Nr. 265. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 12. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 800,— (darunter Vortrag d. Gen. Bernh. am 9. 9. 02 5,—, desgl. vom 17. 10. 6,—, Klingsporn 1,—). 3. Kreis 500,— (darunter Melchior 5,—). 4. Kreis Südost 1000,— (darunter Skatklub „Fünfzig" 15,—, Sparverein „Hufeisen" 5,— Polierpatten von Spinn 5,—, A. B. 23. 30,—). 4. Kreis Osten 1000,— (dar. Ueberschs. d. Sechserkasse v. Hilfebeck, Kroll u. Co. 5,85, Hochzeit bei Klug, Warschauerstr. 7,80. Ueberschuß des Vergnügens vom 14. Sept. vom Männergesangverein „Kornblume", „Deutsche Eiche", „Alpenglocke", „Myrtenblüte" und Musikverein Ost 50,—, Landpartie P. H., Markusstr. 3,—). 5. Kreis 150,— (darunter R. K. 50,—). 6. Kreis 3000,— (darunter A. B. Mister 1,—, frische Cigarre Riedlich 1,40, Genossen des 435. Bezirkes 9,05, Fleischer Wedding 1,—, Ueberschs. Soldatenpfeife 3,70, G. J., Moabit August—Oktober 9,—, F. 13 4. Quartal 4,50). Berlin, diverse Beiträge: Ottilie 5,—. Gesangverein „Olympia" 10,05. Herrenpartie der Ciseleure und Graveure 2,10. A. u. K. R. 20,—. Drechslerei Weyeleben 5,—. Skatklub Kull-Ramsch 5,—. Vom roten Schw., Manteuffelstraße, 2,—. Dr. L. A. 50,—. Extrabeitrag von Sch., Heydtstraße, 10,—. Tischlerei Tomas 15,—. Töpfer der Firma Drescher 3,—, Riecke 10,—. St. 50,—. M. B. 75,—. J. B. 25,—. Von den Tischlern der Werkstatt Friedrich, Fruchtstr. 30, 10,—. Läbicke 12,—. Contobucharbeiter v. Wedding 5,—. Rudolf Wirth 3,70. Kleiner Ranke, Brandenburgstr., 3,—. A. B. 50,—. P. S. 50,—. Ueberschs. einer Sammlung bei Spinn u. Sohn 8,—. Volkszeitung 9,40. Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei 24,—. B. M. 10,—. Mitgl. der U.-Dr., 2 Raten, 12,30. Gesangverein „Tonblüte 3,70. Von den Arbeitern der Filzschuhfabr. von Schliewe, Brunnenstr. 24 20,—. M. G., Extrabeitrag gegen die Volksaushungerer 3,—. Schriftgießerei Wöllmer, Ueberschs. der Bierkasse 75,—. Gemütl. Hochzeitsfeier in Friedrichsberg, durch Br. 3,—. Gutenberg 24,30. Mosler Nachf., Ueberschs. 1,50. Metallschleifer d. Kronleuchterfabr. R. M. Seifert u. Co., Dresden, gef. durch E. J. 5,—. E. Kunz 9,60. Bau Alexandrinenstr. 37a 5,80. Aufgelöst Namenlos Mariendorf 20,30. Verbandsmitglieder der Druckerei Bbll 13,50. M. L., Arzt 10,—. R. S. und M. J. im „Vorwärts" 10,—. Kontobücherfabrik Zumpe, Oranienstraße 5.—. Setzer bei Weber durch O. B. 10,—. Blankenese, amerikanische Auktion bei der Richtfeier am Neubau D. in Nienstedten-Stockenhuden durch H. D. 12,—. Breslau, socialdem. Verein 50,—. Barmen, socialdem. Wahlver. 200,—. Bremen, Maschinenpers. d. „Bremer Bürgerztg." 10,—. Bant, Wahlver. für den 2. oldenb. und 2. hannov. Wahlkr., Beitrag für das III. Quartal 137,—. Cottbus, P. L. 2 Quartale 4,—. Charlottenburg, Ueberschuß einer amerik. Auktion auf der roten Hochzeit am 4. 10. durch F. B. 4,60. Durlach, vom 9. badischen Wahlkr., gemeinschaftl. Ausflug nach Jöhlingen, 9,—. Essen (Ruhr), Beitrag des socialdemokr. Vereins für den Wahlkr. E. IV. Quartal 1902, 50,—. Falkenberg (Oberschl.) 2,—. Forchheim bei Karlsruhe, socialdemokr. Wahlverein 10,—. Gotha, durch den Vertr. H. 30,—. Gießen, E. K. 10,—. Hamburg, von drei socialdemokr. gestimmten Staatsbeamten 60,—. Hamburg, E. F. H. 40,—. Hastedt, von Parteigenossen 10,—. Hamburg, 2. Wahlkreis 1500,—. Hamburg, im Monat Oktober in der Expedition des „Echo" eingegangen 485,62 (darunter vom Radfahrerverein Hamburg 200,—). Königsberg i. Pr., Parteibeitrag 4. Quartal 100,—. Kappel i. S., Darwinismus und Sintflutsage 26,86. Leipzig, vom allgemeinen Radfahrerverein Leipzigs und Umgegend (Nichtmitglied des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität) 100,—. Lüdenscheid, Parteibeitrag 50,—. Lößnitz im Erzgebirge, O. St. 4,90. München, Gau Südbayern 95,20. Mannheim, socialdemokr. Verein 200,—. München, Waldläufer 5,—. Nürnberg, J. G. S. 5,—. Nürnberg Marcel 2,—. Nürnberg, socialdemokr. Verein Nürnberg-Altdorf 20,—. Nieder-Barmmer Wahlkreis 500,—. Nordische Wasserkante 15 000,—. Oberlangenbielau, socialdemokr. Wahlverein von Langenbielau und Umg. 50,—. Oberstein, Volksverein 3. Quartal 4,45. Pieragen, A. P. Quartalsbeitrag 1,30. Peterswaldau, Wahlverein 10,—. Ronsdorf, allgemeiner Arbeiterverein, Parteibeitrag 3. Quartal 25,—. Rinteln a. W., Glasarbeiter-Gesangverein Frohsinn 1,80. Reichszuschuß 8342,98. Rickzenhain, Arbeiter-Bildungsverein 3,—. Straßburg i. E., Altvater 5,—. Schwäbischer Zinsgroschen 250,—. Schöneberg, G. K. 10,—. Striegau, socialdemokr. Wahlverein durch den Kassierer B. 20,—. Stuttgart G. U. 10,—. Schmiedeberg i. Riesengeb., durch den Vertrauensmann A. M. 10,—. Solingen, durch den Kreisvertrauensmann 20.— (darunter Volksverein Solingen 15,—. Torgau-Liebenwerda, Wahlkreis 31,20. „Vorwärts", 3. Quartal 12 712,45. Württemberg 100,—. Wilmersdorf, Teltnow durch O. G., Charlottenburg 5,—. X. Y. Z. 2000,—.

Berlin, den 10. November 1902.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Zollkampf.

§ 35.

In allem Gelobe gegen die Zollopposition und in allem Drängen nach Aenderung der Geschäftsordnung vergessen die Zöllnerblätter das sachlich wichtigste: den Versuch, zu begründen, wie überhaupt es angängig sein soll, den Antrag Aichbichler, unter Aussetzung aller andern vorliegenden Initiativanträge, alsbald auf die Tagesordnung zu setzen. Nirgends findet sich in der konservativen oder Centrumspresse nur irgend ein Anlauf zu einer solchen Begründung.

Nach einer Parlamentskorrespondenz haben die Mehrheitsparteien den Antrag Aichbichler um deswillen nicht schon für Mittwoch auf die Tagesordnung zu bringen versucht, weil sie dadurch den Anschein geben könnten, als handle es sich um einen am Schwerinstage zu behandelnden Initiativantrag. Sie wollen ihn deshalb erst für Donnerstag auf die Tagesordnung zwingen. Dieses Verfahren zeigt nur das schlechte Gewissen der Mehrheitsparteien. Sie sind sich bewußt, daß ihr Antrag nur als Initiativantrag gelten kann, sonst brauchten sie den Schein nicht zu meiden. Ein kümmerlicherer Versuch, die alsbaldige Unzulässigkeit ihres Antrags abzuwehren, ist nicht denkbar.

Die „Nat.-Ztg." bemerkt noch zu dieser Angelegenheit, die Mehrheitsparteien wollen vorbringen, § 35 beziehe sich nur auf den sogenannten Schwerinstag, „daß es aber der Majorität unbenommen sei, für andre Tage beliebig die Tagesordnung zu bestimmen". Den Rednern der Mehrheitsparteien ist schon zuzutrauen, daß sie so etwas vorbringen werden, da es schwer ist, vernünftiges für ihre Absicht zu sagen. Hätten die Mehrheitsparteien ein solches Recht, so wäre die Einführung des Schwerinstages und die für diesen in § 35 getroffenen Bestimmungen gänzlich sinnlos, da eine Mehrheit dann alle ihre Anträge zu beliebiger Zeit beraten lassen könnte, während die Minderheit davon ausgeschlossen bleibt. Gerade dies aber will der § 35 verhüten.

Daher ist es denn durchaus zutreffend, was die „Köln. Volkszeitung" in der einzigen Bemerkung, in der sie diese Angelegenheit streift, sagte. Die „Köln. Volksztg." sagt dazu wörtlich dasselbe, was wir gestern schon aus der „Märk. Volksztg." citierten und was wir seiner ausschlaggebenden Wichtigkeit nochmals wiederholen. Offenbar stammt die Aeußerung aus der parteioffiziösen „Centrumskorrespondenz". Auch das Blatt des Abgeordneten Bachem sagt:

„Zunächst will sie (die Opposition) verhindern, daß er überhaupt auf die Tagesordnung kommt. Sie beruft sich darauf, daß noch von früher her eine ganze Anzahl von Initiativanträgen vorliegen, die nach der Geschäftsordnung diesem neuen Antrage vorgehen würden. Da es von den Antragstellern abhängt, ob sie einem andren Antrage den Vortritt lassen wollen, so kämen bloß die von Socialdemokraten und Freisinnigen gestellten Anträge in Betracht. Vielleicht bietet sich aber für diejenigen, die in der Notwehr die Geschäftsordnung ebenso rücksichtslos handhaben wollen, wie die Linke sie aus skrupellosem Uebermut ausnutzt, eine Möglichkeit, über dieses Hindernis hinweg zu gelangen."

Damit ist unzweideutig anerkannt, daß die vorliegenden Initiativanträge die alsbaldige Beratung des Antrags Aichbichler hindern. Die „Möglichkeit" aber, die sich „vielleicht bietet, um über dieses Hindernis hinweg zu gelangen", ist in keiner Weise aufgewiesen und ist nicht zu finden.

Wenn die Mehrheitsparteien gleichwohl den Antrag Aichbichler sofort auf die Tagesordnung bringen, so brechen sie offenkundig die Geschäftsordnung und lösen alle Bande der parlamentarischen Ordnung.

Wir können nicht glauben, daß das gegenwärtige Präsidium des Reichstages, das sich stets als unparteiischer Hüter der Geschäftsordnung bewährt hat, sich zu diesem Bruch der Geschäftsordnung mißbrauchen lassen wird. —

Verständigungs-Kommissar dringend gesucht!

Da sich die Zollparteien in eine heillos verworrene Situation haben treiben lassen, ertönen nun aus ihren Reihen klägliche Notrufe, die wahrlich das harte Herz der Opposition in Mitleid zerschmelzen müssen. Der „Reichsbote" verrät in einem Artikel „Zur Lage", der dem Blatte „aus dem Reichstage", also von einem wissenden Mitgliede der konservativen Partei geschrieben wird, interessante Zustände unter den Zollparteien. Zunächst wird da die falsche Taktik des Bundes der Landwirte kritisiert, der den zur Verständigung geneigten Konservativen bei den Wahlen „strramme Landbündler" entgegensetzen wolle, dadurch aber nur den Socialdemokraten und Freisinnigen die Wahlkreise ausliefern werde. Weiter erzählt der „Reichsbote":

„Bei den konservativen zeigt sich mit jedem Tage mehr, wie schade es ist, daß Männer, wie Graf Klinckowström und namentlich Herr v. Levetzow nicht mehr diejenige Führung übernehmen können, die jetzt auch der Rechten so not thäte. Graf Klinckowström bewies seine Fähigkeit zu vermitteln und zwar suaviter in modo sed fortiter in re (sanft in der Form, fest in der Sache) beim Zustandebringen des Fleischbeschaugesetzes. Jetzt deckt ihn der kühle Rasen und niemand ist da, der an seine Stelle treten kann . . .

Lägen die Dinge bei der konservativen Partei anders oder richtiger bei den konservativen Parteien, denn auch die Reichspartei ist so gut wie sie führerlos, so würde das auch auf das Centrum einen günstigen Einfluß ausüben. Daß dieses die Verständigung wolle, darf kaum bezweifelt werden. Da aber bei den Konservativen sich diejenigen Männer vermissen lassen, welche der Regierung klar und deutlich sagen, daß sie mit ihrer Rechthaberei die Lage auch für sich selbst immer ungünstiger gestaltet, zieht es vor, sich alle Rücken frei zu halten."

Vielleicht ist die Linke des Reichstages mitleidvoll genug, der führerlos tappenden Zollmehrheit einige „Führer" zu entleihen!

Jedenfalls ist dem Parlamentarier, der im „Reichsboten" seine Not ausströmen läßt, vollauf zuzugeben, daß die ganze Haltung der Zollparteien in den jetzigen Kämpfen diese betrübliche Klage vollauf rechtfertigt! —

Das tobende Centrum.

Die Stimmung des Centrums steigt zur Siedehitze. Die „Germania" rast in tollen Widersinnigkeiten. Sie überschreibt ihren heutigen Wutartikel „Die Obstruktion" und beginnt ihn mit wild gesteigerten Schmähungen gegen die Socialdemokratie, weil sie am Dienstag den Reichstag wiederum künstlich beschlußunfähig gemacht habe. „Rüpelei", „rüpelhafte Ungezogenheit", „revolutionäres, brutales und chikanöses Vorgehen" und ähnliche Koseworte werden der Zollopposition zudedacht und da die „Germania" nichts Vernünftiges zu sagen weiß, erhebt sie sich schließlich, wie immer, wenn ihr der allerletzte Rest ernsthafter Polemik ausgegangen ist, zum Geschimpf der Antisemiten. Der „Jude Singer" und die „jüdisch-socialdemokratische" Obstruktion hat es dem „christlichen" Brotwucher-Centrum angethan!

Nach diesem tobenden Ausfall entdeckt die „Germania" noch andre Feinde des Wuchertarifs, die schlimmer sind als „der Terrorismus des Juden Singer". Wo sie hinblickt, findet sie gräuliche Obstruktion, bei den Konservativen, bei der eignen Centrumspartei, bei der Regierung. Sie wütet:

Vor allem aber und in jedem Falle gehört heute und für spätere Zeiten zur Sicherung des Erfolges im Kampfe gegen die Obstruktion die Beschlußfähigkeit der Reichstagsmehrheit, und damit ist es bisher noch immer nicht so bestellt gewesen, wie es sein sollte und nun erst recht sein muß. Die Rechte des Reichstages wies gestern starke Lücken auf, aber auch vom Centrum fehlte fast ein Viertel. Auf diesem Wege kann der Zolltarif unmöglich fertig werden, und auch die Abänderung der Geschäftsordnung wird nichts helfen. Ein Teil der Abgeordneten ist pflichtgemäß anwesend, bringt große Opfer an Zeit und Geld, vernachlässigt zu Hause das Geschäft und die Familie und all das ist vergeblich, weil viele andre Abgeordnete regelmäßig abwesend sind oder, wenn sie einen Tag in Berlin waren, sofort am folgenden wieder verschwinden... Wir sprechen die dringende Bitte aus, die Presse möge rücksichtslos regelmäßig die Namen jener Reichstags-Abgeordneten veröffentlichen, die bei den namentlichen Abstimmungen abwesend sind.

Es wird sich dann auch herausstellen, daß es keineswegs bloß minder gut gestellte und zu Hause schwer abkömmliche Abgeordnete sind, die fehlen, sondern vielfach gerade solche ihre Pflicht am wenigsten thun, denen die Anwesenheit in Berlin am leichtesten fällt . . . Wenn nur alle diejenigen anwesend wären, die aus bloßer Bequemlichkeit und Lässigkeit zu Hause bleiben, so würde schon die Minderheit außer stande sein, die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. . . . Gestern konnte nicht einmal beschlossen werden, der Antrag Aichbichler sei für heute auf die Tagesordnung zu setzen. Die Linke hat dabei noch den Vorteil auf ihrer Seite, daß sie das Odium der Obstruktion auf die Mehrheit abschieben kann. „Warum sind diejenigen, die die Vorlage wollen, nicht zur Stelle? sagen „die um Singer", wir haben keine Lust, durch unsre Stimmen ihnen die Fertigstellung zu erleichtern."

Die „Germania" hat in ihrem Grimme die Wahrheit entdeckt, daß die Mehrheitsparteien selbst die Schuld tragen, wenn die Beschlußunfähigkeit des Reichstages festgestellt wird. Wozu dann aber das wütende Getobe gegen die socialdemokratische „Obstruktion"?

Und noch einen Schuldigen erfaßt der Zorn des Centrumsblattes:

„Allein bei aller Verantwortung, die die säumigen Abgeordneten trifft, müssen wir doch auch immer wieder betonen: in letzter Linie ist die Regierung für die Zustände verantwortlich. Ohne Diäten ist kein andauernd beschlußfähiger Reichstag mehr möglich. Die Regierung mußte wissen, daß um die Zolltarifvorlage ein hartnäckiger Kampf entbrennen werde, bei dem eine beschlußfähige Mehrheit für längere Zeit zur Stelle sein müßte. Sie hat es versäumt, dafür zu sorgen, wiewohl Graf Bülow noch jüngst erklärt hat, er sei kein Gegner der Diäten."

Also es ist klar: Schuld an dem Steckenbleiben des Zolltarifs sind 1. die hartnäckigen Schwänzer der Zollparteien, 2. die Regierung des Grafen Bülow!

Möge sich also die „Germania" über die Socialdemokratie ein wenig in Ruhe fassen. Sie möge die Socialdemokratie nicht die Sünden der Zollschwänzer und der Zollregierung büßen lassen! —

Das Recht der Opposition.

Im konservativen „Reichsboten" finden wir wiederum eine Aeußerung, die das gute Recht der Socialdemokratie beweist, sich aufs schärfste gegen den Wuchertarif zu wehren.

Die „Deutsche Tageszeitung" hatte gestern Obstruktion angekündigt für den Fall, daß die Regierung die jetzigen Handelsverträge auf 5 oder 10 Jahre zu verlängern gedächte. Dazu sagt der „Reichsbote":

„. . . Aber wir fürchten, daß die Rechte weniger geeignet ist für Obstruktion als die Linke, und daß sich für eine solche Vorlage leicht eine Mehrheit bilden könnte, wenn die Reichstagswahlen daraufhin betrieben würden, da auch die Nationalliberalen und ein Teil des Centrums dafür würden zu haben sein."

Das konservative Blatt bestätigt, daß die Befragung der Reichstags-Wähler über den Zolltarif eine ganz andre Zusammensetzung des Reichstags ergeben würde als sie jetzt ist. Damit ist zugegeben, daß die Erledigung der Vorlage im jetzigen Reichstag eine Vergewaltigung der Wähler bedeutet.

Es ist die ungeheuerlichste Zumutung an die Gegner des Wuchertarifs, daß sie diesen Tarif Gesetz werden lassen sollen, während die Wucherparteien selbst gestehen, daß eine Reichstagswahl die Verwerfung des Tarifs und Handelsverträge, wie sie die Opposition fordert, herbeiführen müßte. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. November.

Der Reichstag

war am Dienstag wieder beschlußfähig, ja die Mehrheitsparteien hätten zu knapper Not aus sich heraus die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von Abgeordneten stellen können. Die Präsenzziffer schwankte zwischen 212 bei der ersten namentlichen Abstimmung und 260 bei der sechsten und letzten, wovon die Linke 50 bis 60 Mann stellte. So gelang es denn auch, die Beratung des Zolltarif-Gesetzes um einige Paragraphen weiterzuführen.

Zunächst wurden die noch ausstehenden namentlichen Abstimmungen über die noch nicht erledigten Anträge zu § 5 vorgenommen. Unser Antrag, der das ungerechtfertigte Privilegium der auf ausländischen Werften erbauten Luxushachten, zollfrei einzugehen, beseitigen wollte, wurde mit 193 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Mit der Mehrheit stimmten [illegible] die Arbeiterschen Wadenstrümpfler und sorgten so

in monarchischer Treue dafür, daß sich der **Yachtsport auch künftig seine Schiffe zollfrei aus England holen darf.**

Abgelehnt wurde mit 181 gegen 70 Stimmen dann der Antrag des freisinnigen Abg. Dr. Müller-Meiningen, die Materialien zur Ausübung des Fischereigewerbes zollfrei eingehen zu lassen. Bei gleichem Stimmenverhältnis etwa fiel auch unser Antrag, wenigstens die Garne zur Herstellung von Fischereinetzen vom Zoll zu befreien. § 5 wurde schließlich unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen genehmigt.

Auch § 6 blieb in der Fassung der Kommission, die seinen ersten Absatz gestrichen hatte, wonach Waren, die nicht besonders im Tarif genannt sind, nach denjenigen Tarifstellen verzollt werden sollen, denen sie ihrer Beschaffenheit und ihrem Verwendungszweck nach zuzurechnen sind. Ein Versuch der Bündler, die Regierungs-Vorlage wiederherzustellen, blieb erfolglos, aber auch der Antrag Pachnicke, die Bestimmung des Vereins-Zollgesetzes, wonach die im Tarif nicht genannten Waren zollfrei bleiben, an dieser Stelle ausdrücklich auszusprechen, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Während der bedeutungslose § 7 debattelos angenommen wurde, entspann sich eine ziemlich umfangreiche Diskussion über den § 7a, der die Ursprungsatteste obligatorisch einführt. Hier hat die Mehrheit in ihrem Eifer, sich zum Zollkrieg zu rüsten, mehr gethan als selbst der Regierung recht ist. Direktor Wermuth erklärte, daß der Bundesrat die ihm hier erteilte Vollmacht gar nicht brauche. Schon jetzt sei ihm für den Fall eines Zollkrieges die Möglichkeit gegeben, die Zölle zu differenzieren. Es wäre der Regierung durchaus willkommen, wenn der Paragraph ganz gestrichen oder wenigstens die von der Freisinnigen Vereinigung beantragte Abschwächung angenommen würde, wonach die Zollatteste nur fakultativ eingeführt werden sollten. Unsre Genossen Molkenbuhr und Stolle wiesen darauf hin, daß obligatorische Ursprungszeugnisse zu einer unerhörten Plackerei für den Handel werden würden. In normalen Zeiten seien sie überflüssig, könnten nur zu Zollchikanen führen und müßten das Ausland zu Gegenmaßregeln veranlassen. Obwohl auch der Hamburgische Bundesrats-Bevollmächtigte Krügmann die obligatorischen Zollatteste eine zweischneidige Waffe nannte, und der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler sich für den Antrag Gothein aussprach, wurde schließlich doch in zwei namentlichen Abstimmungen jede Milderung des Paragraphen abgelehnt.

Dann kam man zum eigentlichen Paragraphen des Zollkrieges, zum § 8. Er giebt dem Bundesrat bei Zollkriegen das Recht zu außerordentlichen Repressalien. Unter Umständen kann der Zoll auf das Dreifache erhöht oder bis zur Höhe des vollen Wertes erhöht werden. Auch im Tarif zollfreie Waren können bis zur Hälfte des Wertes mit Zöllen belegt werden. Und außerdem können alle Zollabfertigungs-Vorschriften derjenigen Länder, mit denen wir in Handelskrieg geraten, von Deutschland übernommen werden. Die Debatte, in der Dr. Pachnicke und Genosse Stadthagen sich mit aller Entschiedenheit gegen eine selbstmörderische und wirkungslose Repressalienpolitik aussprachen, wurde schließlich auf Mittwoch vertagt. —

*

Ueber den ruhigen Fluß der sachlichen Beratungen pfiffen zweimal heftige Windstöße. In den zwei Geschäftsordnungsepisoden kam die verhaltene Wut der Zollmehrheit zu krassem Ausdruck.

Um 1/26 Uhr, also zur normalen Stunde, beantragte der Abg. Barth von der Freisinnigen Vereinigung Vertagung. Die Zollmehrheit saß gerade draußen bei ihrem ewigen Frühstück, und die Opposition besaß in diesem Augenblick zweifellos die Mehrheit. Aber der Vicepräsident Büsing zögerte und zögerte mit der Feststellung der offenkundigen Thatsache, daß die Mehrheit für die Vertagung war. Und plötzlich öffnete sich die Thür auf der rechten Seite und herein strömten die Helden des Zollwuchers in schwarzem Gewimmel, ahnungslos, was denn los sei. Die paar Freunde, die drinnen Schmiere gestanden oder vielmehr gesessen hatten, instruierten die Anrückenden in aller Eile, was sie zu thun hätten. Allen voran beeiferte sich der alleweil aufgeregte Graf Oriola von der nationalliberalen Partei, den Schwarm der Zugvögel zu dressieren: Setzen, setzen, setzen! schrie er unablässig. Jetzt erst erklärte der Vicepräsident, daß das Bureau zweifelhaft sei, ob für die Vertagung sich die Mehrheit erhoben habe, und er verlangte die Gegenprobe, die natürlich, da inzwischen der Saal gefüllt war, die Ablehnung des Vertagungsantrages ergab. Genosse Singer stellte darauf kurz und bündig fest, daß nur die Langsamkeit der Ermittelung des Stimmenverhältnisses aus der ursprünglichen Minderheit eine Mehrheit gemacht habe. Herr Büsing gab die Verzögerung zu, suchte sie aber daraus zu erklären, daß das Bureau eben uneinig gewesen sei. Singer erwiderte schlagfertig, daß diese Verzögerung deshalb eingetreten sei, weil die Schriftführer, statt die Abstimmung zu ermitteln, sich mit dem Herbeiklingeln der Abwesenden beschäftigt hätten. Der heilige Paasche war so freundlich, sich selbst als schriftführende Klingelvorsehung zu denunzieren und als er diese kleine Korrektur der Abstimmung stolz als Pflichterfüllung bezeichnete, umtobte ihn der wilde Beifall der Mehrheit, die endlich eine Gelegenheit suchte, um ihrem Zorn Luft zu machen, daß man sie gezwungen hatte, sich um das Zollgeschäft nicht nur als passive Nutznießer zu kümmern.

Ernster war die Geschäftsordnungsdebatte am Schluß. Die Mehrheit hatte in ihrem schlechten Gewissen darauf verzichtet, den Antrag Aichbichler auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung zu setzen, weil sie sich vor dem Schwerinstag fürchteten. Aber die Debatte wurde ihnen trotzdem nicht erspart. Die Socialdemokraten forderten durch Singer, daß am Mittwoch gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung Initiativ-Anträge beraten würden. Herr Bachem übernahm es die Finte vorzubringen, deren die Mehrheit bedurfte, um die Thatsache zu verdecken, daß sie in ihrer Zollgier für keine andre Frage mehr Interesse hat. Aber der klerikale Führer kompromittierte seine jesuitische Geistesschulung, indem er keine andre Ausrede zu ersinnen wußte als die, daß man die Zolldebatte am Mittwoch fortsetzen müsse aus Rücksicht auf das — Petitionsrecht des Volkes, weil ja — Petitionen die schnelle Erledigung des Zolltarifs wünschen. Singer fing sofort die schlaue Dummheit in der eigenen Schlinge, indem er darauf hinwies, daß ja die erdrückende Mehrzahl der Zollpetitionen die Beseitigung des Tarifes forderten. Weiter erklärte Singer seine Bereitwilligkeit, daß auch Petitionen, selbst die Zollpetitionen, auf die Tagesordnung gesetzt würden.

Die Mehrheit drehte und wandte sich vergeblich, um ihre Ablehnung der Singerschen durchaus berechtigten Anregung zu rechtfertigen. Unsrerseits wurde ihr nicht die schroffe Feststellung erspart, daß ihre Weigerung lediglich auf ihr ausschließliches Interesse an den materiellen Zollvorteilen zurückzuführen sei. Als von der linken Seite der Antrag Aichbichler erwähnt wurde, wurde die Mehrheit von wahren Lachkrämpfen der Verlegenheit befallen; Herr v. Kardorff besonders gestikulierte wie ein Besessener.

Schließlich wurde gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen für Mittwoch doch die Fortsetzung des Zollhandels beschlossen; am Ende der Mittwoch-Sitzung wird sich dann wohl die Debatte über die Zulässigkeit des Antrags Aichbichler für die Tagesordnung der Donnerstags-Sitzung ergeben. —

Die Guildhall-Rede des neuen Premierministers.

Die Guildhall-Rede Lord Balfours fiel gerade in den Augenblick, wo der deutsche Kaiser in London weilt, um, wie die englische Presse fest glaubt, kolonialpolitische Abmachungen von großer Bedeutung mit der englischen Regierung zu treffen. Wenn man deshalb aber hätte annehmen wollen, daß die Rede des neuen Premierministers besonders viel Aufklärung über die Englands Oeffentlichkeit so sehr aufregenden dunkeln Handelsgeschäfte bringen würde, so hätte man dabei nicht mit dem Brauch der Diplomaten gerechnet, die gerade dann um so zugeknöpfter sind und immer behaglicher in nichtssagenden Redensarten schwelgen, je eifriger hinter den Coulissen geschachert wird. Balfour ist von dieser Tradition natürlich nicht abgewichen, und deshalb verdient auch seine langatmige Rede wenig Beachtung. Auch in England erfährt ja, wie unlängst schon hervorgehoben, das Volk bitter wenig von den Dingen, die, unter verschwiegener Mitwisserschaft kleiner politischer Kreise, im geheimen diplomatischen Ränkespiel gesponnen werden. Die Masse hat sich später mit den vollendeten Thatsachen abzufinden.

Was Balfour über die Lage in Südafrika, über Chamberlains Reise und über die Aufrechterhaltung des Weltfriedens sagte, unterschied sich in nichts von den reichen Beschwichtigungsdeklamationen, die andre englische Staatsmänner wiederholt inner- und außerhalb des Parlaments gehalten haben. Man müsse das Beste hoffen, umsomehr, da ja England seine befähigtsten Söhne zur Schlichtung des noch vorhandenen Haders nach Südafrika zu senden im Begriff stehe. Auch der Weltfrieden sei nicht so ernstlich bedroht, daß sich die Staatskunst der Welt der Aussöhnung der vorhandenen Gegensätze nicht gewachsen zeigen sollte. Der Somalikrisis maß Balfour keine allzugroße Bedeutung für die Entwicklung des Reiches bei. Englands und Italiens Interessen gingen zudem in dieser Angelegenheit durchaus parallel.

Was aber den Besuch des deutschen Kaisers und dessen angebliche politische Mission anlange, so handle es sich hier um solche und phantastische Erfindungen, auf die einzugehen seiner nüchternen Art widerstrebe.

Die englische Presse fährt freilich trotzdem fort, mit der Kaiserreise wichtige diplomatische Fragen in Verbindung zu bringen. So versichert „Daily News", die Frage, um die es sich hauptsächlich handle, sei, welche Belohnung Deutschland dafür erhalten solle, daß es sich während der abschließenden Arrangements Englands mit Portugal bezüglich der Delagoa-Bai ruhig verhalte. Kolonialsekretär Chamberlain lehne es ab, hinsichtlich des Delagoa-Bai-Abkommens einen Aufschub zuzulassen. Soweit Portugal in Betracht komme, werde keine Schwierigkeit erwartet, aber Deutschland suche noch Abfindung. Es sei unmöglich, diesen Stand der Dinge von der Weigerung Deutschlands zu trennen, Shanghai unter den üblichen Bedingungen zu räumen. Deutschlands ursprüngliche Forderungen seien nur zurückgezogen worden, um es dem Kaiser zu ermöglichen, die Verhandlungen persönlich weiterzuführen.

Im Zusammenhang damit wird der „Daily Mail" aus Shanghai gekabelt: Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß die deutsche Garnison in Shanghai bisher noch keinen Befehl erhalten hat, die Stadt zu räumen, so ist in der Thatsache zu finden, daß in dem im großen Maßstabe betriebenen Bau von Baracken für die deutschen Truppen keine Unterbrechung eingetreten sei. Die deutschen Baracken würden aus Ziegelsteinen erbaut, und von Gärten und Höfen umgeben, die große Grundstücksflächen bedecken.

Auch „Standard" sagt, die Frage der Räumung Shanghais sei, wie der Berliner Korrespondent des „Standard" aus guter Quelle erfahre, noch nicht geregelt. Die Verhandlungen zwischen Berlin und London seien noch im Gange; Meldungen über ernste, nicht auszugleichende Streitfragen zwischen Deutschland und England seien indes unbegründet.

Soviel scheint also trotz Balfours Spötteleien festzustehen, daß die Shanghai-Angelegenheit noch nicht erledigt ist und daß sie von Deutschland als Schacherobjekt benutzt wird. Da man weiß, wie sehr Wilhelm II. persönliches Eingreifen in alle politischen Dinge liebt, ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß seine Englandreise thatsächlich wichtigen weltpolitischen Abmachungen dient. Irgendwo wird man schon wieder etliche Nägel eintreiben, an den man dann seiner Zeit neue Marinevorlagen befestigen wird. —

* * *

Deutsches Reich.

Die „Freisinnige Zeitung" fährt mit allen nur möglichen Mittelchen fort, die Haltung der Freisinnigen Volkspartei im Reichstage bei der geschäftlichen Behandlung des Zolltarifs zu verteidigen, neuestens befleißigt sie sich zu diesem Zwecke auch der Unterschlagung von Aeußerungen aus ihren eigenen Reihen, wenn sie ihr nicht passen oder auch nur ganz leise etwas Opposition andeuten. So fand am letzten Sonntag in Saalfeld der **Thüringer Parteitag** der Freisinnigen Volkspartei statt und die biedere „Freis. Zeitung" weiß über den ganzen Parteitag weiter nichts zu berichten als die recht unbedeutende Thatsache, daß für den Kreis Saalfeld-Sonneberg, der schon seit zwei Reichstagswahlen zu unsrem festesten Besitzstande zählt, ein neuer freisinniger Kandidat aufgestellt ist.

Auf diesem Parteitage der Thüringer Wasserstiefler, auf dem auch die Abgg. Beckh, Müller-Meiningen und Casselmann vertreten waren, wurde nun aber auch eine Resolution angenommen, die nach der üblichen Portion Anerkennung für die Fraktion bei Beratung des Zolltarifes also wörtlich ermahnt, daß der Parteitag

„hofft, daß die Fraktion **alle zulässigen Mittel** aufwenden wird, um die auf Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel gerichteten, sowie dem Abschluß langfristiger Handelsverträge hinderlichen, selbst den mittleren Landwirt schädigenden hochagrarischen Bestrebungen **zu Fall zu bringen.**"

Für alle die, welche die Haltung der Fraktion des Herrn Eugen Richter im Reichstage verfolgt haben und die Verdunklungen der „Freisinnigen Zeitung" beobachten konnten, bedarf es keiner besonderen Erklärung, warum dieser Schlußsatz der Resolution wie die ganze Resolution in der „Freisinnigen Zeitung" keinerlei Erwähnung findet. Wir halten es deshalb für unsre Pflicht, auch in diesem Falle die Berichterstattung der „Freisinnigen Zeitung" zu ergänzen. —

Am Dienstagabend geht allerdings die „Freisinnige Zeitung" endlich ausführlicher auf den Thüringer Parteitag ein, sie unterschlägt aber immer noch den Wortlaut der Resolution, deren Tendenz sie dadurch direkt fälscht, daß ihr Inhalt wie folgt wiedergegeben wird: „Auf Antrag des Redakteurs Himmelein nahm der Delegiertentag eine Resolution an, welche der Fraktion der Partei vollste Zustimmung zu ihrer Haltung in der Zolltariffrage ausspricht und dieselbe ersucht, alle zulässigen Mittel aufzubieten, um die hochagrarischen Bestrebungen zu Fall zu bringen." Danach müßte man meinen, der Thüringer Parteitag habe von der Fraktion lediglich verlangt, die 7½ Mark-Zöllner zu bekämpfen! —

Die freisinnige Volkspartei und der Kontraktbruch. Die „Freisinnige Zeitung" erklärt jetzt, vor etwa acht Tagen habe man den Brief des Herrn Müller-Sagan an den Köthener Parteigenossen Irmer korrigiert, indem man in einem Schreiben an einen andren anhaltinischen Landtags-Abgeordneten erklärt habe, „daß dieses Verhalten des Herrn Irmer sich in drastischem Widerspruch befinde zu der Richtung, welche die Partei verfolge".

Auch das ist noch eine sehr schwächliche und zweideutige Behandlung der Frage, ob jemand Mitglied der Freisinnigen Volkspartei sein könne, der für die Bestrafung des Kontraktbruchs eintritt. Denn dieses Verhalten steht nicht mit der „Richtung", sondern mit dem Programm der Freisinnigen Volkspartei in Widerspruch. Man hat Herrn Irmer also immer noch nicht mitgeteilt, daß jener erste Brief des Herrn Müller-Sagan unzulässig **gewesen und** daß der Köthener Scharfmacher aus der Partei ausgeschlossen werden müsse. —

Die Kommission für Kinderschutz

beriet am Dienstag den **§ 10** der Regierungsvorlage, welcher bestimmt, daß der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung fremder Kinder eine Anzeige an die Ortspolizeibehörde zu machen sei, aber nicht, wenn eine bloß gelegentliche Beschäftigung stattfindet. Unsre Genossen hatten beantragt: Bei Wiederholungen der gelegentlichen Beschäftigung ist Anzeige zu erstatten. Der Antrag wurde **abgelehnt,** da er zu große Belästigung der Arbeitgeber herbeiführen würde und überflüssig sei, was **Wurm** bestritt.

§ 11 behandelt die **Arbeitskarte,** die bei Beschäftigung eines Kindes der Arbeitgeber von dem gesetzlichen Vertreter des Kindes (Vater, Vormund) eingehändigt erhalten muß; die Ausstellung erfolgt durch die Ortspolizeibehörde. Wurm und Zwick beantragen: nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde. Der Berliner Verein für Schulgesundheitspflege petitioniert, daß die Beschäftigung nur zulässig sein soll, wenn der Kreis- oder der Schularzt durch Attest bescheinigt hat, daß das Kind nicht kränklich oder schwächlich ist. **Wurm** und **Baudert** befürworten die Hinzuziehung der Schulbehörde. Ein Antrag Zwick, daß der Erziehungsberechtigte oder die Schulbehörde die Arbeitskarte entziehen kann, sobald durch die Beschäftigung des Kindes Unzuträglichkeiten für dessen Gesundheit, für Unterricht und Erziehung entstehen, wird von Wurm dahin amendiert: „auf Anordnung der Polizeibehörde nach Anhörung oder auf Antrag der Schulaufsichtsbehörde". Der Antrag wird nach längerer Debatte, bei der die Mehrheit sich für ihn aussprach, zurückgestellt zu § 19.

Damit sind die Bestimmungen über die Beschäftigung fremder Kinder erledigt und es kommen nun die bezüglich der **Beschäftigung eigner Kinder. § 12** zählt die für diese verbotenen Beschäftigungsarten auf und zwar: diejenigen Betriebe, in denen fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, sowie „Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektricität usw.) bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen". Die Handelskammer für die Kreise Lörrach und Waldshut in Schopfheim (Baden) wendet sich gegen die Bestimmung, bezüglich der Werkstätten mit Triebwerken, die durch elementare Kraft bewegt werden. Die auf dem Hotzenwalde betriebene Hausweberei geht zur Anwendung elektrischer Kraft über; dann aber würden Kinder nicht mehr beschäftigt werden können; zu den Vorarbeiten (Vorwerken), z. B. zum Spulen der Zettel- und Schußgarne seien jedoch Kinder nötig. Diese Arbeit sei weder gefahrbringend noch anstrengend, während die Einschränkung des Verfügungsrechtes der Eltern über ihre Kinder zur Untergrabung der Autorität führe usw.

Noch über diese Wünsche hinausgehend beantragt Abg. **Priebe** (natl.) an Stelle der Worte: „sowie in Werkstätten" usw. zu sagen: „sowie an Maschinen, welche durch elementare Kraft bewegt werden".

Abg. **Münch-Ferber** (natl.) beantragt, entsprechend jener Petition dem § 12 als Absatz 2 anzufügen:

„Für die Vorwerke der Weberei ist die Beschäftigung von Kindern gestattet, sofern nach dem Zustand der einzelnen Einrichtung die Kinder nur mit besonders leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden und bei der Beschäftigung eine Gefährdung durch elementare Kraft ausgeschlossen ist.

Eine Ausnahme findet keine Anwendung, wenn die Vorwerke durch elementare Kraft angetrieben werden."

Der badische Bundesrats-Bevollmächtigte **v. Jagemann** stellt sich entgegen der Regierungsvorlage, auf den Boden der Lörracher Petition und zwar im Namen der **badischen Regierung.** Diese habe **erst jetzt, nach** Vorlage des Gesetzentwurfs, ihre Erhebungen über Kinderarbeit abgeschlossen und befürworte die Forderung jener Handelskammer. Er habe auch, um der Kommission Auskunft über die obwaltenden Verhältnisse zu verschaffen, einen Sachverständigen kommen lassen, den Obermeister Bock aus Lörrach. Wurm stellte an diesen die Anfrage, wie hoch der Lohn eines Hauswebers sei, wie lang die Arbeitszeit und ob er die Mitarbeit der Kinder für durchaus erforderlich halte, ferner ob nicht durch Einführung des elektrischen Betriebes die Arbeit derart intensiv geworden, daß sie Kindern noch mehr wie früher gesundheitsschädlich sei. Obermeister **Bock** erklärt, daß er nicht auf ausführliche Auskunfterteilung vorbereitet sei, da er telegraphisch herberufen, ohne sich genügend orientieren zu können; er macht daher auch nur ganz allgemeine Mitteilungen.

Abg. **Münch-Ferber** verteidigt die Lörracher Petition mit technischen Hinweisen, die aber vom Gen. **Baudert** als völlig unzutreffend bekämpft werden. Jene Hausindustrie sei gerade wegen ihrer Kinderarbeit ein Krebsschaden für die ganze Weberei, in der sie die Löhne drücke. Eine **ganze Hausweberfamilie verdiene höchstens 2—2½ M.** täglich und auch nicht einmal regelmäßig, so daß sie eine ganz elende Existenz führe. Nicht im Interesse der Hausweberei, sondern in dem der Fabrikanten liege die von Münch-Ferber beantragte Vergünstigung, da diese dadurch in die Lage kämen, die Löhne der Fabrikarbeiter herunter zu drücken.

Der **Antrag Priebe** wie der **Münch-Ferber** werden gegen 5 Stimmen (Konservative und Nationalliberale) **abgelehnt,** § 12 nach der Regierungsvorlage angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittags 10 Uhr.

Hänge-Peters als Hüter der öffentlichen Moral.

Herr Karl Peters kann sich noch immer nicht beruhigen. Nachdem er vor einiger Zeit lärmend angekündigt hatte, daß er einen der Hauptbelastungszeugen in dem Disciplinarprozeß des Jahres 1897, der die deutsche Kolonialverwaltung von diesem rühmlichen Vertreter deutscher Kultur befreite, den Lieutenant a. D. Bronsart v. Schellendorff, durch beabsichtigte Preßbeleidigungen zur Anstrengung einer Injurienklage provoziert habe, durch die er den Nachweis zu führen können glaube, daß dieser Zeuge der Erfinder des Tucker-Briefes gewesen sei und deshalb als Zeuge keinen Glauben verdiene, hat er wiederholt von sich reden machen. Bekanntlich hat der Vater des Lieutenants a. D. Bronsart v. Schellendorff kürzlich erklärt, daß sein Sohn auf die Provokation des Peters einfach deshalb nicht habe antworten können, weil er sich in Ostafrika befindet und wahrscheinlich die Petersschen Angriffe nicht einmal erfahren hat, daß er aber auf alle Fälle den Peters sobald als möglich gerichtlich zur Rechenschaft ziehen werde. Da Peters seinen Unschuldsbeweis lediglich durch die Unglaubhaftmachung der Aussagen dieses Zeugen führen zu wollen erklärt hatte, hätte er aber alle Veranlassung gehabt, seine so wenig sympathische Person einstweilen nicht mehr in den Vordergrund zu stellen, sondern hübsch geduldig den Ausgang des Beleidigungsprozesses abzuwarten. Statt dessen erschien er bekanntlich unlängst im Reichstag, um Bebel nach dem Namen seines Gewährsmannes zu fragen, der Bebel 1896 die Existenz des Tucker-Briefes vorgespiegelt hatte. Diese Auskunft zu geben, hatte Bebel — abgesehen davon, daß er ja sein seiner Zeit verpfändetes Wort gebrochen hätte — um so weniger Veranlassung, als er dadurch ja nur eine dreiste Komödie des Peters unterstützt hätte. Haben wir doch erst in der letzten Zeit wiederholt nachgewiesen, daß der Tucker-Brief in dem Disciplinarverfahren 1897 nicht die geringste Rolle gespielt hat, daß vielmehr Peters' Verurteilung auf Grund eines ganz andren Beweismaterials erfolgte.

Es ist deshalb nur die dreiste Fortsetzung dieser lächerlichen Komödie, wenn nunmehr Peters im „Tag" einen an leitender Stelle abgedruckten Artikel losläßt, in dem er fortfährt, sich als grundlos angeschwärzte Unschuld hinzustellen. Daß der „Tag" sich zu diesem frechen Spiel hergiebt, darf nicht

weiter in Erstaunen setzen. Dies Blatt der „Gebildeten“ folgt dabei nur einer redaktionellen Tendenz, die unlängst darin ihren Ausdruck fand, daß sie im redaktionellen Teil, nicht einmal im „Sprechs —“, die bestialischen amerikanischen Lynchakte des Lebendig-Verbrennens von Negern mit beispiellosem Cynismus verteidigen ließ. Warum sollte es da einem Kulturverbreiter ähnlichen Kalibers seine Spalten spröde sperren?

Daß der Peters sich in seinem Artikel in einer Vorlesung über öffentlichen und parlamentarischen Anstand gefällt, ist zwar überaus grotesk, aber das Unwesentlichste an der Sache. Dagegen verdient die Art, wie er auch hier wieder seinen Unschuldsbeweis zu führen sucht, einer kritischen Beleuchtung. Zwar nicht des Peters selbst wegen, über den die Akten geschlossen sind, wohl aber wegen der politischen Beziehungen, deren sich ein Mann von solcher Vergangenheit noch immer rühmen kann. Renommiert er doch auch in diesem Artikel wieder damit, daß die Abgeordneten v. Arnim, Kardorff, Mirbach, Limburg-Stirum, Manteuffel, Arend ꝛc. noch immer zu ihm hielten und daß auch zahlreiche Zuschriften aus dem Lande und Besuche ihm die Hochachtung bewiesen, die noch immer zahlreiche Personen für ihn hegten. Diese Thatsache wirft denn doch ein interessantes Licht auf die Moralanschauungen dieser Kreise.

Peters erzählt, daß lediglich der Tucker-Brief, jener angebliche Brief an Bischof Tucker, nach dem Peters zugegeben haben sollte, daß er einen Diener und eine Konkubine aus Eifersucht habe hängen lassen, zur Neueröffnung des Disciplinarverfahrens den Anlaß gegeben habe. Das habe am 14. März 1896 der damalige Kolonialdirektor Kayser im Reichstag selbst erklärt. Denn frühere amtliche Untersuchungen in den Jahren 1892 und 1895, die infolge englischer Anschuldigungen erfolgt seien, hätten nichts Belastendes für ihn ergeben. Erst die Bebelsche Enthüllung des angeblichen Tucker-Briefes habe die neue Disciplinaruntersuchung zur Folge gehabt. Und dieser Tucker-Brief habe sich bekanntlich als eine Erfindung herausgestellt! Folglich ... Diese Folgerung unterläßt Peters wohlweislich, er ist so großmütig, sie den nicht näher unterrichteten Lesern des „Tag“ zu überlassen, die anzunehmen geneigt sein werden, unsern größten deutschen Kolonialhelden für das Opfer einer schändlichen Kabale zu halten.

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Die neue Disciplinaruntersuchung wurde am Beginn des Jahres 1896 unter dem Eindruck der Bebelschen Anklagerede erhoben. Aber — und diese einzig wichtige Thatsache **unterschlägt** der wackere Peters geflissentlich — die Anklage und Verurteilung selbst erfolgte unter **vollständiger Ausscheidung der Tucker-Angelegenheit**, da Bischof Tucker selbst 1896 bereits die Erklärung abgegeben hatte, daß er einen derartigen Brief niemals geschrieben habe. Die Verurteilung erfolgte vielmehr auf Grund eines **anderweitigen erdrückenden Beweismaterials**, das nach dem Erkenntnis des Disciplinar-Gerichtshofes ergeben hatte, daß Peters **mehrere Neger thatsächlich aus Eifersucht** hatte **hängen lassen**, daß er den Bericht über diese Hinrichtung an seine vorgesetzte Behörde gefälscht hatte, daß er widerrechtliche, grausame Auspeitschungen hatte vornehmen und dem Sultan Melamia, der sich einiger seiner Opfer angenommen hatte, widerrechtlich hatte den Krieg erklären lassen!

Das alles ist von zwei richterlichen Instanzen im Jahre 1897 festgestellt worden — und da findet dieser Mann noch den traurigen Mut, darüber zu lamentieren, daß Bebel durch eine für die Thatsachen selbst ganz gleichgültige, ihm von anscheinend vertrauenswürdigster Seite zugegangene Nachricht getäuscht worden war.

Uebrigens ist es ein nicht genug zupreisender Glückszufall, daß Bebel dieser Täuschung damals zum Opfer gefallen ist, denn ohne die Tucker-Brief-Affaire hätte die Kolonialverwaltung sich bei den früheren unzulänglichen Disciplinaruntersuchungen beruhigt und der Peters wäre der — viel zu milden — Strafe der Amtsenthebung nicht nur entgangen, sondern er hätte möglicherweise auch späterhin noch Gelegenheit gefunden, durch Befriedigung seiner Sultansneigungen Menschenleben zu opfern!

Man darf füglich gespannt darauf sein, ob auch jetzt nach diesem für Peters so vernichtend ausgefallenen Reinigungsversuch dieses Mannes die von ihm reklamierten im öffentlichen Leben stehenden Freunde nicht Veranlassung nehmen werden, die kompromittierende Freundschaft unzweideutig zurückzuweisen. —

Aus Preußisch-Sibirien.

Zu den Polizeiskandalen liefert die in Braunschweig erscheinende „Landeszeitung“ einen beachtenswerten Beitrag. Dort erzählt ein Herr Tampke, Inhaber des Braunschweiger Grundbesitz-Verkehrsinstituts, wie es ihm im Polizeigefängnis in Hannover ergangen ist.

Tampke war von einem Zahlmeister Ritzau in Celle wegen einer Beleidigung verklagt. Den Termin am 17. September hatte er irrtümlich versäumt; er setzte das Amtsgericht in Celle telegraphisch von seinem Ausbleiben in Kenntnis. Am 30. September morgens 1/2 8 Uhr wurde er, ohne daß ihm ein Haftbefehl zugegangen war, verhaftet, um nach Celle transportiert zu werden. Tampke erzählt nun weiter:

„Ich legte telegraphisch dagegen Beschwerde beim Amtsgericht Celle ein unter der Begründung, daß ich Familienvater, Bürger und Grundbesitzer, sowie auch kautionsfähig sei, erhielt aber trotz bezahlter Rückantwort keine Nachricht. Ich wurde nun, ohne etwas genossen zu haben, 12.23 Uhr — so lange hatte ich mich auf der hiesigen Polizeidirektion aufhalten müssen — der sogenannten Gendarmeriekorrespondenz übergeben und **in einem Coupee mit Verbrechern** und zerlumpt aussehenden Menschen **befördert.** Anstatt nach Celle wurde ich zu meinem Entsetzen nach Hannover transportiert.

Hier angekommen, wurde ich **mit etwa 50 Personen in einen Transportwagen** gepackt, der wohl unter normalen Verhältnissen nur für die Hälfte Raum hat, und in das Polizeigefängnis abgeliefert. **Dort ging es wüst her.** Ein Unterbeamter **riß** mir, ohne mich vorher zu fragen, den **Rock auf**, nahm mir zugleich meinen Hut vom Kopf und warf in ihn die in meinen Taschen gefundenen Sachen hinein; den Hut mit den Utensilien stellte er dann auf einen recht schmutzigen Tisch. Den auf dem Flur im Kreise Herumstehenden wurde dann Essen in wenig appetitlich aussehenden Schüsseln gereicht; ich habe selbstverständlich darauf verzichtet, da für einen gebildeten Menschen **schon der Anblick ekelerregend** war. Bald darauf teilte ich mit einer zerlumpt aussehenden, wegen Einbruchsdiebstahls festgenommenen Person den mir angewiesenen Raum. Hier herrschte ein Duft, der mich fast übel machte. Als Quelle des Gestankes fand ich dann einen in der Ecke stehenden, **seit langem nicht geleerten Abort.** Mein wiederholtes Klopfen — Klingelzug usw. ist nicht vorhanden — fand kein Gehör. Gegen Abend, ungefähr um halb 6 Uhr, kamen noch drei, wie ich hörte, zu mehreren Jahren verurteilte, mich anwidernde Personen hinein. Zugleich wurden fünf Strohsäcke, die den Raum vollständig ausfüllten, als Nachtlager hereingebracht. Zu dieser Zeit wurde dann auch der erwähnte Abort auf meinen Hinweis geleert. Was nun durch den Abort entfernt war, entströmte dem Nachtlager. Ich verbrachte die Nacht sitzend auf einer Bank. Früh am Morgen 5 Uhr sollte ich mit einem Transport nach Celle gebracht werden. Wie jeder civilisierte Mensch, so hatte auch ich das Bedürfnis mich **zu waschen**, fand aber hierzu **keine Utensilien.** Endlich machte mich einer der Anwesenden auf ein in der Ecke stehendes Bierfaß (25 Liter) aufmerksam, das gewiß als Waschgerät dienen sollte. Das darin befindliche Wasser war total faul. Als ich dies dem Aufseher mitteilte, erhielt ich zur Antwort, wenn mir das nicht passe, möchte ich mir frisches holen. Kurz vor Abgang des Transportes wurden wir zu Zweien aufgestellt und ich mit einem nach Celle **ins Zuchthaus kommenden Menschen mittels Kette zusammengefesselt.** Als ich hiergegen Widerspruch erhob und darauf hinwies, ich sei nur wegen Terminversäumnis in Haft genommen, erwiderte der Beamte: **„Freundchen, das macht nichts, wir bilden ja geschlossene Gesellschaft!** So mußte ich mich denn wohl oder übel darin finden und die Fesseln wurden mir erst im Eisenbahnwagen gelöst.

In Celle angekommen, mußte ich mich vor einem noch jugendlichen Beamten ausziehen und mich sogar des Hemdes, der Schuhe und der Strümpfe entledigen, wie er sagte, um festzustellen, ob ich nicht hautkrank sei. Als ich mich wieder angekleidet hatte, bat ich, sofort einem Richter vorgeführt zu werden. Dieses wurde jedoch zurückgewiesen mit dem Bemerken, die Richter seien jetzt zum Schöffengericht zusammengetreten. Ungeduldig bat ich nun um Schreibmaterial und reichte nun ein Gesuch schriftlich ein, das ich nachmittags urschriftlich zurückerhielt mit dem Hinzufügen, daß das Amtsgericht unzuständig sei und die Akten mit der Beschwerde per Eilboten zum Strafsenat Lüneburg gesandt seien; dieses war am 1. Oktober. Noch am selben Tage telegraphierte ich — auf Anraten des Herrn Amtsgerichtsrates Nöldeke — außerdem mit etwa 60 Worten, indem ich Kaution anbot, nach Lüneburg und bat um Freilassung, erhielt aber trotz bezahlter Rückantwort keinen Bescheid. Erst am 4. Oktober, nachdem ich noch mehrere Depeschen nach Lüneburg gesandt hatte, wurde mir seitens des Amtsgerichts Celle mitgeteilt, daß meine Beschwerde zurückgewiesen sei. Diese Nachricht wurde von Lüneburg mittels Depesche auf vorhergegangene telegraphische Anfrage des Amtsgerichts gegeben. Die fraglichen Akten mit der schriftlichen Verfügung trafen aber erst beim Amtsgericht Celle am 7., nachmittags um 4 3/4 Uhr, also sieben Tage nach Einreichung meiner Beschwerde von Lüneburg ein.“

Herr Tampke versuchte dann durch seinen Rechtsbeistand Freilassung zu erwirken. Aber erst die Anrufung des Oberlandesgerichts hatte Erfolg; am 9. Oktober wurde er endlich freigelassen, nachdem er wegen Terminversäumnis in einem Bagatellprozeß zehn Tage in Haft behalten worden war.

Der gute bürgerliche Herr hat nun einmal sowohl die unerhörten Zustände, die in gewissen Gefängnissen bestehen, die Reize des Strafvollzugs und die Garantie des preußischen Rechtsstaates kennen gelernt. Im Deutschen Reich giebt es zwar keine „administrative“ Bestrafung wie in Rußland, aber einen „administrativen“ Strafvollzug, da wir bis zum heutigen Tage kein Strafvollzugsgesetz haben, so daß die Polizeiwillkür alleiniges Recht ist.

Es muß wohl erst ein inkognito reisender Monarch, vielleicht der König von England, oder ein General in Civil mit dieser Art Rechtssicherheit unangenehme Bekanntschaft machen, ehe wir endlich zu einem Strafvollzugsgesetz kommen. —

„Verächtlichmachung“ von Staatseinrichtungen. Genosse Rollwagen, Redakteur der „Augsburger Volkszeitung“ ist jetzt nach dreimonatlicher Voruntersuchung wegen einem Artikel „Majestätsbeleidigungen einst und jetzt“ vors Schwurgericht geladen. Termin ist am 22. November. Anfänglich lautete die Anklage auf Majestätsbeleidigung, wurde aber dann auf Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen (§ 131) gewendet.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Die Wiener Polizeibrutalitäten vor dem Reichsrat. In der Dienstagssitzung des Reichsrats kamen die Polizeibrutalitäten bei der Favoritener Stichwahl zu einer vorläufigen Besprechung. Auf socialdemokratische und christlichsociale Dringlichkeitsanträge wegen dieser Vorkommnisse erklärte der Ministerpräsident v. Koerber: Der Befehl zum Eindringen der Sicherheitswache in das Arbeiterheim wurde von keinem Polizeibeamten erteilt. Es steht zweifellos fest, daß aus den offenen Fenstern des Arbeiterheims Gläser auf die Straße geworfen wurden. (Proteste seitens der Socialdemokraten, Gegenrufe bei den Christlichsocialen. Zwischen den einzelnen Abgeordneten beider Parteien kommt es zu stürmischen Streitigkeiten.) Der Ministerpräsident versichert, der Sachverhalt werde klargestellt werden, es werde geschehen, was Rechtens ist. Abgeordneter Pernerstorfer verlangt das Wort, vermag jedoch nicht zu sprechen, da es zu langanhaltenden, lärmenden Streitigkeiten zwischen den Christlichsocialen und den Socialdemokraten kommt, die sich ununterbrochen Schmähreden und Beschimpfungen entgegenschleudern. Endlich beantragt Abgeordneter Pernerstorfer, dessen Ausdruck „christlichsociale Fanghunde“ neuerlich Lärm und Streit hervorruft, die sofortige Eröffnung der Debatte über die Interpellationen. Die Beantwortung der Anträge wird abgelehnt. Die lärmenden Auftritte zwischen den Socialdemokraten und Christlichsocialen dauern eine geraume Zeit fort. —

Die niederöstreichischen Großgrundbesitzer wählten bei den heutigen Landtagswahlen einem abgeschlossenen Kompromiß gemäß 13 Verfassungstreue und drei Konservative. —

Frankreich.

Fortsetzung des Bergarbeiterstreiks.

St. Etienne, 10. November. Der National-Ausschuß der Grubenarbeiter hat an die französischen Grubenarbeiter und das Arbeiterproletariat ein Manifest gerichtet, in welchem der Ausschuß die Grubenarbeiter zur Geduld mahnt, sie an ihre Annahme des Schiedsgerichtes erinnert und den Gesellschaften Winkelzüge, Verschleppungs-Politik und schlechte Absichten gegenüber den Ausständigen vorwirft. Not und entehrende Unterwerfung einzelner Ausständiger würden die Gesamtheit nicht zum Nachgeben bewegen, sie würde vielmehr kämpfen bis zum siegreichen Ende. Gegenüber dem Proletariat erklärt der Ausschuß, daß angesichts der Kampfbegier und der mala fides der Arbeitgeber die Grubenarbeiter nicht mehr isoliert dastehen dürfen, und fordert das gesamte Proletariat auf, sich am Kampfe zu beteiligen. Der Ausschuß appelliert an alle Arbeiterverbände, durch ein allgemeines entschiedenes Vorgehen sämtlicher Arbeiter die Bemühungen der Grubenarbeiter zu unterstützen.

Denain, 10. November. In einer Versammlung von 2000 Bergarbeitern wurde die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. — In Liévin kam es zu Zusammenstößen; die Gendarmerie ging mit der Waffe vor; mehrere Personen wurden verhaftet. —

Clermont Ferrand, 11. November. In den Kohlengruben von St. Florentine hat gestern kein einziger Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. —

Marseille, 11. November. Die Bergarbeiter von Garda und Faveau erklärten in einer Versammlung die Zugeständnisse der Grubengesellschaften für ungenügend und beschlossen die Fortsetzung des Ausstandes. —

Bevölkerungszuwachs. Die amtliche Aufstellung über die Bewegung der Bevölkerung in Frankreich im Jahre 1901 ergiebt eine Vermehrung um 72 398, gegenüber einer Verminderung um 25 988 Köpfe im Jahre 1900. Das Ergebnis ist die Folge einer Vermehrung der Geburten und besonders einer Verminderung der Sterblichkeit. —

Niederlande.

Das Haager Bagatellgericht wird nächstens wieder in Aktion treten. Es wird nämlich Anfang 1903 zusammentreten, um die zwischen Japan einerseits und Deutschland, England und Frankreich andrerseits bestehenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Frage fremder Niederlassungen in Japan zu schlichten. —

Dänemark.

Die Civilehe. Der Justizminister hat dem Folkething einen Gesetzentwurf zur Einführung der obligatorischen bürgerlichen Eheschließung vorgelegt. Ob sie sich kirchlich trauen lassen wollen, das soll in Zukunft dem freien Ermessen der Brautleute überlassen bleiben. —

Der gemäßigte Liberalismus. Die moderate Linkenpartei im Folkething hat beschlossen, sich aufzulösen und zwar mit der Begründung, daß nun nach dem Ministerwechsel kein so großer Unterschied mehr zwischen ihnen und der Linken-Reformpartei bestehe, um das Dasein einer besondern Parteigruppe in der Linken zu rechtfertigen. Die Moderaten wollen jedoch als Wahlgruppe weiterbestehen. Wirkliche Parteien giebt es im Folkething jetzt nur noch zwei: die Linke mit 77 Mitgliedern und die Socialdemokratie mit 14 Mitgliedern. Die 8 Mitglieder der Rechten bilden ebenso wie die 14 Moderaten nur noch eine Wahlgruppe. —

Afrika.

Niederlage des marokkanischen Prätendenten. Die „Times“ melden aus Fez vom 5. d. M.: Der Prätendent griff am 3. November bei Tagesanbruch mit einem großen Gefolge die maurischen Truppen an und drang in deren Lager ein. Die Truppen des Sultans sammelten sich jedoch, schlugen dann die Rebellen in die Flucht, verfolgten sie und brachten ihnen große Verluste bei. Der Prätendent floh mit einigen Mann auf ein Schloß, welches die Truppen darauf umzingelten. Das Schloß wurde gestern genommen, der Prätendent entkam jedoch. Viele Rebellen sind gefangen genommen oder getötet worden. —

Gewerkschaftliches.

Die Heldenthat der Rathenower Gewerkvereinler und die „socialdemokratische Streiktaktik“.

Man schreibt uns: Zur „Widerlegung“ des Berichts im „Vorwärts“ vom 1. November über den Ausgang des Streiks der Brillen- und Pincenezarbeiter der Firma Ritsche u. Günther in Rathenow läßt der „Gewerkverein“ das schwere Geschütz eines Leitartikels über „Socialdemokratische Streiktaktik“ auffahren. In diesem Artikel wird uns „bewußte Fälschung der Thatsachen“ vorgeworfen. Von konservativen Gegnern, von der „Post“, der „Arbeitgeber-Zeitung“ und Organen ähnlichen Schlages wäre das nicht anders zu erwarten, aber ein Organ, welches nur zur Vertretung der Interessen einer Arbeiterorganisation da sein will, sollte doch wohl etwas vorsichtiger sein. — Nun, wir werden die Behauptungen einzeln prüfen und dann unsre Schlüsse ziehen.

Der „Gewerkverein“ behauptet, daß die Firma R. u. G. in Rathenow deswegen die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht abgelehnt habe, weil sämtliche Plätze der Brillen- und Pincenezarbeiter durch Arbeitswillige besetzt gewesen seien.

Thatsache ist: Vor dem Streik arbeiteten in den betreffenden Abteilungen 235 Mann. In Streik getreten sind 213 Mann. In den letzten Wochen waren (nach Kenntnis der Streikleitung) 40 bis 50 Arbeitswillige. Mithin waren ca. 140 Plätze leer. Daß die Plätze nicht besetzt waren, beweist die Einstellung von zunächst 23 Gewerkvereinlern sofort nach ihrem Verrat, und des weiteren Einstellung von 55 Mann sofort nach Aufhebung des Streiks. Weitere Einstellungen sind inzwischen noch erfolgt. Die Firma war nicht zu Verhandlungen geneigt der großen Zahl der Arbeitswilligen wegen, sondern weil die Streikenden die Entlassung aller Arbeitswilligen forderten.

Der „Gewerkverein“ behauptet, daß seine Leute nicht zu den Beratungen herangezogen seien. — Thatsache ist: Der Streik wurde in einer Versammlung beschlossen, zu der alle Beteiligten Zutritt hatten. Die Gewerkvereinler stimmten unter sich ab, und zwar ein stimmig für den Streik. An den ersten Verhandlungen mit der Firma nach 6wöchentlichem Streik nahm als Delegierter des Gewerkvereins Herr Radeboldt teil. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Es wurde wieder in einer Versammlung in Gegenwart aller Streikenden, also auch der Gewerkvereinler und des Vorsitzenden derselben, Herrn Kahlbau, einstimmig beschlossen, den Streik fortzusetzen.

Nach abermals 6 Wochen sollte vor dem Gewerbegericht verhandelt werden. Und wieder war als Vertreter des Gewerkvereins Herr Lochow delegiert! Eine Vertretung im Streikkomitee ist niemals von den Gewerkvereinlern auch nur beantragt worden. Vielmehr ist dem Metallarbeiter-Verband nur mitgeteilt worden, daß 2 Personen das Streikkomitee des Gewerkvereins bilden und an diese alle Angelegenheiten zu berichten seien. **Der Gewerkverein ist von keiner wichtigen Beschlußfassung ausgeschlossen gewesen, hat aber selbst hinter verschlossenen Thüren den Beschluß gefaßt, den Streik aufzuheben!**

Nachdem dieser Beschluß von den streikenden Gewerkvereinlern gefaßt war, ohne den Verbändlern auch nur Zutritt zu gestatten, hat am folgenden Tage eine Sitzung des Ausschusses des Gewerkvereins der Klempner in Rathenow stattgefunden, zu der das Generalrats-Mitglied, Herr Krist, sowie die Genossen Makait und Früngel vom Metallarbeiter-Verband geladen und erschienen waren.

Zu dieser Sitzung bemerkt der „Gewerkverein“: 1. daß unsre Genossen erklärt hätten, es den streikenden Gewerkvereinlern nicht verdenken zu können, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen; 2. daß unsre Genossen der Ueberzeugung seien, daß der Streik verloren sei; 3. daß unsre Genossen die Hoffnung ausgesprochen haben, daß bei ferneren Streiks man ebenso fest wie in diesen 14 Wochen zusammenstehen möge; 4. soll Früngel die Fehler, die in Bezug auf die gegenseitige Verständigung gemacht seien, anerkannt haben; 5. daß ein Protokoll aufgenommen sei, welches unsre Genossen unterschrieben haben.

Thatsache ist nur, daß das Protokoll aufgenommen **und von** unsren Genossen unterschrieben ist. In diesem Protokoll steht aber nahezu das Gegenteil von dem, was der „Gewerkverein“ behauptet! 1. Makait und Früngel haben nicht den Beschluß der Wiederaufnahme der Arbeit gutgeheißen, sondern nur den Schritt, daß die Gewerkvereinler unterhandelt haben. 2. Blödsinnig müßten unsre Genossen gewesen sein, wenn sie den Streik für verloren erklärt hätten, denn in einer Versammlung der Streikenden, die vier Tage vorher stattfand, ist in Gegenwart und ohne Widerspruch der Gewerkvereinler beschlossen worden, den Streik nicht nur fortzuführen, sondern ihn auf andre Branchen, die die Industrie beeinflussen können, auszudehnen. Hierzu hatten die Genossen Makait und Früngel die Genehmigung des Verbandsvorstandes in der Tasche, und weil die Hochkonjunktur die Unternehmer zur Nachgiebigkeit gezwungen hätte, war diese erteilt!

Und dieselben Leute sollen den Streik für verloren erklärt haben!! Wo der Informator des „Gewerkvereins“ die Stirn zu solchen Fälschungen herninmt, begreife wer kann! 3. Die Hoffnung zum Zusammenhalt wurde noch für den gegenwärtigen Streik ausgesprochen, weil M. und F. annahmen, daß der Gewerkverein doch zum mindesten erst unsre Beschlüsse abwarten würde. 4. Fehler

der Verständigung sind „anerkannt" worden — — aber Fehler des Gewerkvereins.

Der Vorwurf der „bewußten Fälschung der Thatsachen" fällt, das beweist das Vorstehende, auf den Urheber in doppelter Schärfe zurück.

Der „Gewerkverein" nimmt aber nicht nur seine eigne Fälschung als Entschuldigung für den Verrat seiner Anhänger, sondern er verallgemeinert das zu einer „socialdemokratischen Streiktaktik". Demgegenüber erinnern wir an den Streik der Dreher bei der Firma Flöther in Gassen wo 14 Streikbrecher des Gewerkvereins ausgeschlossen werden mußten und durch den Streikbruch der 14 Mann unsrerseits 10—12 Maßregelungen zu verzeichnen waren; wir erinnern an den Streik der Firma Stein, Berlin, Blumenstraße, wo die Gewerkvereinler, die mitberaten hatten, ebenfalls eigenmächtig Aufhebung beschlossen.

Wenn der „Gewerkverein" sagt, seine Leute wollen erst mitraten und dann mitthaten, so müssen wir verlangen, daß, wo sie mitraten, sie das Mitthaten wie bei Flöther, bei Stein und in Rathenow nicht zuerst einstellen. Bis heute war die Gewerkvereins-Streiktaktik in fast allen Fällen die, sich beizeiten als die lieben braven Kinder beim Fabrikanten in Empfehlung zu bringen, ihre Plätze zu sichern und den Fabrikanten zu sagen: Wir sind doch besser als die bösen Socialdemokraten, die da draußen immer noch streiken! Ja, ja, so ein freisinniger Socialdemokratenfresser von Gewerkvereinsredakteur hat's nicht leicht! Er soll einmal mit Helm und Schwert die Arbeit verteidigen, darf aber dem Kapital auch nicht auf die Hühneraugen treten!

Berlin und Umgegend.

Maurer
werden beim Bau des Kanals in der Kaiser Wilhelmstraße verlangt. — Stundenlohn 60 Pf. — Meldungen auf der Baustelle.

So ist auf großen roten Plakaten, die an den Anschlagsäulen Berlins prangen, zu lesen. Es muß also doch wohl nichts mit dem Stampfbeton, mit dem man uns graulich machen wollte, sein. Wir haben ja auch gleich die Aeußerung des Herrn Bauführers als das erkannt, was sie ist: eine leere Drohung, die jedenfalls nur im Interesse der ausführenden Firma erfolgte.

Daß das Plakat seinen Zweck vollkommen verfehlt, müßte selbst einer Bauleitung nicht unbekannt sein. Man läßt auch sonst kein Mittel unversucht, wenn es auch noch so unbrauchbar ist, um Maurer zu bekommen, die ihren ausgesperrten bezw. streikenden Kollegen in den Rücken fallen, und die, entgegen den Bestimmungen, die vor dem Berliner Gewerbegericht am 24. Juni 1899 festgesetzt wurden, für nur 60 Pf. Stundenlohn arbeiten sollen.

So werden die bekannten Maßregeln gegen die Streikposten nicht nur von unteren Polizeiorganen mit sehr viel Schneidigkeit auch bei diesem Ausstand angewandt. Einige hat man verhaftet, andre drohte man sofort zu verhaften, wenn sie nicht weitergehen und so geht es in üblicher Weise weiter. Diese Maßregeln werden freilich an der Sache sehr wenig ändern. Die Ausgesperrten bezw. streikenden Maurer sind von dem besten Geiste beseelt und denken gar nicht daran, die Arbeit unter den alten Bedingungen aufzunehmen. Auch auf den übrigen Strecken ist dieselbe Einmütigkeit unter den Massen vorhanden wie hier. Wir wissen allerdings ein Mittel, welches dazu angethan ist, die Arbeit wieder flott zu machen, und das ist: die Bewilligung des 65 Pf.-Stundenlohnes und die Wiedereinstellung der Ausgesperrten. So lange dieses Mittel nicht angewandt wird, glauben wir nicht, daß es der Bauleitung gelingen wird, ihren Willen durchzudrücken. Hierzu ist aber nötig, daß der Zuzug streng ferngehalten wird.

Der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Lohnbewegung der Bauglaser. In einer öffentlichen Versammlung der Glaser Berlins und Umgegend, die am Montag im Gewerkschaftshause tagte, berichtete Starke über das Ergebnis der Lohnbewegung. Die Lohnkommission hat mit der Kommission der Arbeitgeber Vereinbarungen getroffen, die bis zum 1. August 1904 gelten sollen, bei einer Kündigungsfrist von drei Monaten. Die von den Gehilfen gestellten Forderungen sind zwar nicht ganz bewilligt, jedoch beachtenswerte Vorteile erreicht worden. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Vertrages sind folgende: Bei Accordarbeit muß die neunstündige Arbeitszeit innegehalten werden, wegen Ablehnung der Accordarbeit darf keine Maßregelung stattfinden. Vom 1. August 1903 ab soll eine Erhöhung der Stundenlöhne auf 60 Pf., 55 Pf. für schwächere Arbeiter und 50 Pf. für Junggesellen eintreten. Der Lohn muß am Sonnabend bis 5 Uhr ausgezahlt werden. An den Tagen vor den drei großen Festen wird ohne Lohnabzug nur 7 Stunden gearbeitet. Für Ueberstunden bis 9 Uhr abends wird ein Zuschlag von 25 Proz., für weitere Ueberstunden von 50 Proz. gezahlt. Bei Arbeiten nach außerhalb wird die Fahrzeit im Lohn berechnet, Nachtfahrt als Nachtarbeit, Fahrgeld 3. Klasse vergütet, und für Uebernachten von 3 M. an pro Tag entschädigt. Der Arbeitsnachweis der Innung bleibt bestehen, der der Gehilfen wird aufgehoben. Den Mitgliedern des Ausschusses für das Gesellen- und Herbergswesen wurde das Recht zugestanden, in den Sprechstunden an der Leitung des Nachweises teilzunehmen. Arbeiter dürfen nur durch Vermittelung des Nachweises eingestellt werden. Eine Ueberwachungskommission von 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitnehmern soll für die Durchführung dieser Vereinbarungen sorgen. Die Versammlung erklärte sich nach längerer Diskussion mit den Vereinbarungen stillschweigend einverstanden. Sodann berichtete Jahn über die Listensammlung, die eine Gesamtsumme von 877,40 M. ergeben hat. Die Versammlung beschloß, die Listensammlung fortzusetzen, und setzte den Beitrag hierzu auf 30 Pf. fest. In die Ueberwachungskommission wurden Fauerbach, Starke, Klünder, Bellach und Albertz gewählt; Fauerbach ist der Obmann, an den alle auf die Vereinbarungen bezüglichen Beschwerden zu richten sind. — Des weiteren beschloß die Versammlung, die Bleiglaser noch weiter zu unterstützen.

Zum Rohrleger-Streik. Gewerbegerichts-Direktor v. Schulz hat es abermals versucht, Verhandlungen vor dem Einigungsamte anzubahnen. Die Vertreter beider Parteien sind von ihm zum heutigen Mittwoch behufs erneuter Besprechungen eingeladen worden.

Deutsches Reich.

Die Steinbildhauer in Leipzig streiken. Sie hatten vor einiger Zeit an die Arbeitgeber das Ersuchen gerichtet, für Leipzig allgemein die Lohnarbeit einzuführen. Diese Forderung haben die Arbeitgeber jetzt abgelehnt und den Gehilfen gleichzeitig mitgeteilt, daß am Neubau des Rathauses nicht mehr Tage-, sondern Stundenlohn gezahlt werden solle. Die Bildhauer-Gehilfen sind mit dieser Ablehnung natürlich nicht einverstanden. Sie haben am Montag auf allen Bauten, auch am Rathausbau, die Arbeit niedergelegt.

Wegen Lohndifferenzen haben die Handwerker an der Cöthen—Radegaster Kleinbahn die Arbeit niedergelegt.

Der Textilarbeiter-Ausstand bei der Firma Ernst Schmidt in Forst ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Lohnbewegung der Textilarbeiter in Gera. Die Antwort der Fabrikanten auf die Forderungen der Arbeiter ist jetzt erfolgt. Die Mitglieder des Fabrikantenvereins haben sich im „beiderseitigen Interesse" dahin geeinigt, sämtliche bisher niedriger gelohnten Artikel vom nächsten Zahltage (21. November) ab nach dem neuen Tarif zu zahlen und für die bisher höher gezahlten Artikel eine Reduktion nicht eintreten zu lassen. Die tägliche Arbeitszeit soll künftig für Accordarbeiter 10 Stunden (ausschließlich Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause) sein. Die Reinigung der Arbeitsräume soll außerhalb der Betriebszeit stattfinden. Wieweit der neue Lohntarif wirkliche Lohnerhöhungen vorsieht, läßt sich erst nach näherer Prüfung des Tarifs beurteilen.

An alle (Mohair-) Doppel-Plüschweber Deutschlands!

In Hainichen (Sachsen) glauben die Kollegen, daß sie infolge des geringen Lohnes und des teilweise sehr schlechten Materials die Lohndrücker für die übrigen Berufskollegen abgeben müssen. Es ergeht deshalb an alle die Bitte, die betreffenden Kollegen dadurch mit Material zu versehen, daß unverzüglich Lohntabellen eingesandt werden mit Angabe der Dichte in Kette und Schuß per Centimeter Breite der Ware und die Länge der Arbeitszeit sowie Schußzahl der Stühle per Minute. Alle Sendungen wolle man an Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstr. 14, richten.

Von den arbeitswilligen Maurern in Rostock, die in der fürsorglichsten Weise von den Maurermeistern empfangen wurden, haben zwei Italiener sofort den Entschluß gefaßt, wieder abzureisen. Vorher wurden sie jedoch von einem Polizeibeamten in der Herberge aufgesucht, der sie recht höflich einlud, nach dem Polizeibureau zu kommen, damit ihre Papiere in Ordnung gebracht werden könnten. Die Italiener folgten der freundlichen Einladung. Auf dem Polizeibureau wurden sie von zwei dort anwesenden Maurermeistern empfangen, die sich die größte Mühe gaben, die beiden Italiener zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Das verständnisinnige Zusammenwirken von Polizei und Unternehmern hatte jedoch keinen Erfolg, trotz der von dieser Seite aufgebotenen Liebenswürdigkeiten reisten die Italiener ab.

Das Gewerkschaftskartell in Essen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, gemeinsam mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen Erhebungen zu veranstalten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in Essen beschäftigten gewerblichen Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaften, die man gleichfalls hierzu heranziehen wollte, wollen von einer Beteiligung an den Erhebungen nichts wissen, sie ziehen es vor, in einer „socialen Kommission" mitzuwirken, in der Nichtarbeiter die erste Rolle spielen. Eine Anregung der Hirsch-Dunckerschen, das Kartell möge mit ihnen und den christlichen eine gemeinsame Kandidatenliste für die Gewerbegerichtswahl aufstellen, lehnte das Kartell ab und erklärte sich, einem früher gefaßten Beschluß gemäß, für selbständiges Vorgehen bei den Wahlen.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftsergebnisse größerer Bierbrauereien. Ist auch das Braugewerbe von der Krise keineswegs verschont geblieben, so leidet es doch im ganzen unter der Ungunst der Verhältnisse entschieden weniger, als eine Reihe andrer großer Industrien. Deutlich zeigt sich das in den Jahresabschlüssen verschiedener größerer hiesiger Brauereien, die soeben zur Veröffentlichung gelangen. Die Schultheiß-Brauerei schließt das Geschäftsjahr 1901/02 mit einem Bruttogewinn von 11 042 851 M. gegen 10 635 002 M. im Vorjahr. Der Reingewinn stellt sich einschließlich Gewinnvortrag auf 1 901 805 M. (1 608 489 M.), von welchem 14 Proz. Dividende auf das 12 Millionen Mark betragende Aktienkapital verteilt werden sollen, während im voraufgegangenen Jahr auf das alte Kapital von 9 Millionen Mark 14 Proz. und auf das neue Kapital von 3 Millionen Mark 5 Proz. Dividende verteilt wurden. — Die Schloßbrauerei in Schöneberg, deren Geschäftsjahr mit dem 30. September schließt, hat einen Reingewinn von 299 467 M. erzielt (im Vorjahr 340 896 M.), wovon eine Dividende von 9 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahr zur Verteilung gelangt. — Bei der Berliner Unionsbrauerei ist der Bruttogewinn, der sich auf 329 475 M. stellt, dem vorjährigen ziemlich gleich, der Reingewinn steht aber mit 146 412 Mark um 9667 M. niedriger, als im Vorjahr. Die Dividende beträgt wieder 5 Proz.

Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. L. Schwartzkopff-Berlin. Im abgelaufenen Geschäftsjahre erzielte die Gesellschaft einen Umsatz von 11 874 952 M. (im Vorjahre 11 512 678 Mark) und nach Abschreibungen von 754 157 M. (im Vorjahre 588 812 M.) einen verteilbaren Gewinn von 1 192 341 M. gegen insgesamt 1 172 832 M. im Vorjahre. Derselbe findet folgende Verwendung: dem Aufsichtsrat 56 409 M. (im Vorjahre 54 615 Mark), 10 Proz. Dividende = 1 080 000 M. (wie im Vorjahre), Gratifikationen für Beamte 40 000 M. (im Vorjahre 30 000 M.), Vortrag für 1902/1903 15 931 M.

Wie es im Geschäftsbericht heißt, sichern die eingegangenen Bestellungen der Gesellschaft für das nächste Jahr gute Beschäftigung. Die bis zum 29. Oktober d. J. für die Werkstätten vorliegenden Aufträge belaufen sich insgesamt auf 10 589 322 M. Die Abteilungen für allgemeinen Maschinenbau und Elektrotechnik haben in erster Linie unter der ungünstigen Geschäftslage zu leiden. Dagegen hatte die Torpedo- und Kriegsmaterial-Abteilung im verflossenen Jahre einen erhöhten Umsatz aufzuweisen und ist zur Zeit auch noch besser als in den Vorjahren beschäftigt. In der Abteilung für den Bau der Linotype-Setzmaschine haben die erweiterten Anlagen noch nicht voll ausgenützt werden können. Bei der hohen Anerkennung, welcher sich die Maschine andauernd erfreut und welche in zahlreichen Nachbestellungen zum Ausdruck kommt, ist die Verwaltung der Ueberzeugung, daß mit dem Aufhören der zur Zeit auch auf dem Druckereigewerbe lastenden Depression auch diese zur vollen Zufriedenheit arbeitende Branche einen weiteren Aufschwung nehmen wird. Die Lokomotivfabrik Wildau hat in dem Betriebsjahre bereits erfolgreich gearbeitet.

Die Potsdamer Handelskammer hielt gestern im großen Saale des Teltower Kreishauses zu Berlin eine Vollversammlung ab, in welcher unter andren Punkten auch über die Frage der Verlegung des Sitzes der Handelskammer nach Berlin verhandelt und Beschluß gefaßt wurde. Dieser Antrag war eingebracht worden, da sich der zuvor bestehenden Absicht, in Berlin ein Zweigbureau zu eröffnen, wirtschaftliche wie auch sonstige Bedenken entgegengestellt hatten. Nach langer lebhafter Verhandlung wurde der Antrag angenommen, für den insbesondere die Vertreter der Industrie aus den neu zu dem Kammerbezirk hinzugetretenen Kreisen Teltow und Niederbarnim, aber auch Kammermitglieder aus den übrigen Kreisen des Bezirkes wie Prenzlau, Oberbarnim, Jüterbogk-Luckenwalde und Beeskow-Storkow lebhaft eingetreten waren.

Diesem Beschluß wurde seitens der Potsdamer Mitglieder eine lebhafte Opposition entgegengebracht; unmittelbar nach geschehener Beschlußfassung legten der Präsident der Handelskammer, Herr Friedrichs-Potsdam, sowie der erste Vicepräsident, Herr Otto Eckert-Potsdam, ihr Mandat als Leiter der Kammer nieder.

Kohlenbergbau in Preußen. Trotz der Zunahme der Kohlenproduktion einzelner preußischer Reviere im September bleibt die Gesamtkohlenförderung Preußens während der drei ersten Quartale immer noch um mehrere Prozent gegen das Jahr 1901 zurück, obgleich schon dieses infolge der Krise unter einer beträchtlichen Abnahme des Absatzes litt. Nach amtlichen Aufstellungen betrug in den ersten drei Vierteljahren:

	Förderung 1902 gegen 1901		Absatz 1902 gegen 1901	
	t	t	t	t
Steinkohlen	73 447 617	75 761 092	68 950 508	71 163 568
Davon im Ober-Bergamtsbezirk:				
Breslau	21 286 838	22 411 219	19 337 278	20 444 862
Dortmund	42 563 205	43 818 930	40 287 328	41 402 663
Bonn	9 090 924	9 018 238	8 848 022	8 824 539
Braunkohlen	25 715 896	27 431 551	19 558 377	20 901 503
Davon im Ober-Bergamtsbezirk:				
Halle	20 886 124	21 715 053	16 250 425	17 035 839
Bonn	3 731 704	4 546 898	2 463 661	3 025 386

Es ist demnach die Förderung von Steinkohlen um ca. 3 Proz., der Absatz um 3,1 Proz. gegen das Vorjahr zurückgeblieben, während bei Braunkohlen sich die Förderung um 6,2, der Absatz um 6,7 Proz. niedriger stellt.

Rußlands Außenhandel. Die russische Statistik hinkt immer hinterher; so werden denn auch jetzt erst die Ziffern des auswärtigen Handels Rußland während der ersten sieben Monate des laufenden Jahres bekannt. Danach erreichten die Umsätze eine Höhe von 715 279 000 Rubel gegen 694 175 000 und 680 538 000 Rubel in dem gleichen Zeitraum der Jahre 1901 und 1900. Diese Zahlen verteilen sich auf die Ein- und Ausfuhr wie folgt:

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr-Ueberschuß
	Tausend Rubel		
1900	346 294	334 244	+ 12 050
1901	382 391	311 784	+ 70 607
1902	412 779	302 500	+ 110 279

Im Vergleich zum Vorjahre ist der russische Export um 7,9 Proz. gestiegen, der Import um 3 Proz. gesunken.

Die Ausfuhr stellte sich in den Hauptwaren-Gruppen folgendermaßen:

	Lebensmittel	Rohe und halbbearbeitete Materialien	Vieh	Fabrikate	Zusammen
	Tausend Rubel				
1900	192 914	133 930	8 886	10 555	346 294
1901	215 800	144 977	9 085	12 579	382 391
1902	247 077	142 975	12 144	10 583	412 779

Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr beträgt also über 110 Millionen Rubel; dennoch würde es völlig verfehlt sein, aus dieser Ziffer auf eine Besserung der russischen Wirtschaftslage zu schließen. Wie schon der flüchtige Vergleich lehrt, entfällt die Zunahme der Ausfuhr fast allein auf Lebensmittel, vornehmlich auf Getreide, Butter, Eier, Flachs 2c. Da aber im letzten Jahre die Ernte keineswegs außergewöhnliche Erträge gebracht hat, so bleibt nur die Annahme übrig, daß die Vermehrung der Ausfuhr eine Folge der steigenden Unterkonsumtion der ärmeren russischen Volksschichten ist.

Der englische Eisenmarkt hat sich, wie schon kürzlich an dieser Stelle näher ausgeführt wurde, wesentlich verschlechtert, da die amerikanischen Bestellungen stetig abnehmen, während andrerseits die deutsche Konkurrenz, um ihren Ueberschuß auf dem verengerten Markt unterzubringen, zu weiteren Unterbietungen greift. In einem Bericht der „Rh.-Westfäl. Ztg." aus London heißt es hierüber: Seit unsrem letzten Bericht hat sich die Lage des Marktes keineswegs gebessert, im Gegenteil, die Anzeichen einer Depression, die sich in einigen Bezirken bemerkbar machten, haben sich noch verschärft. In einigen Rohmaterialien ist der Preis etwas heruntergegangen und die Nachfrage war ruhiger wie in der Vorwoche. Der Niedergang in den Preisen ist zweifelsohne in der Hauptsache der Verflauung im amerikanischen Begehr zuzuschreiben; die Lage daselbst hat eine merkbare Wirkung auf die Tendenz des hiesigen Roheisenmarktes bekommen. . . . Die Lage des Marktes für Fertigfabrikate bleibt wenig befriedigend. In verschiedenen Zweigen herrscht ein flauerer Ton und es werden Käufe zu etwas gewichenen Preisen getätigt, wenn auch die Fabrikanten in Anbetracht der heutigen hohen Kosten für Rohstoffe, kaum dazu in der Lage sind. Der einzige Artikel, der noch recht flott geht, sind Stahlschienen, abgesehen von der guten inländischen Nachfrage, für den Export erhebliche Mengen verschifft werden. Schiffsbaumaterial liegt in einzelnen Bezirken etwas besser, aber man kann nicht sagen, daß das Geschäft irgendwo glänzend wäre; im Norden Englands sollen 50 Docks leer liegen. Der fest[illegible]sche Wettbewerb wird immer kühner und in vielen Fällen drängt er die einheimischen Fabrikanten zurück. In Lancashire z. B. beträgt der offizielle Preis für Stabeisen 6 L. 15 s., verkauft wird zu 6 L. 12 s. 6 d., während die belgischen Offerten auf 6 L. lauten; ein ähnliches Verhältnis herrscht bei Stahlknüppeln, die von deutscher Seite 10 s. unter dem Inlandssatz von 4 L. 15 s. angeboten werden und verkauft wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oestreich-ungarischer Zollausgleich.

Wien, 11. Nov. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.) Auf den Ausgleich mit Ungarn und auf die Handelsverträge übergehend erklärte der Ministerpräsident, die Regierung habe die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung rechtzeitig eingeleitet; ob sie dabei ihrer Pflicht, die östreichischen Interessen mit allem Nachdruck zu wahren, nachgekommen sei, werde das Haus später zu beurteilen haben. Um für den Abschluß von Handelsverträgen jederzeit gerüstet zu sein, glaube die Regierung den Ausgleich mit Ungarn und den autonomen Zolltarif so früh fertigzustellen, daß wenigstens diese Vorbedingungen für eine längere Vereinbarung erfüllt sind und der einheimischen Produktion endlich die notwendige Beruhigung zu teil wird. Redner wendet sich dann der Sprachenfrage zu und hebt hervor, daß mit der Erörterung der Schaffung einer sprachlichen Ordnung in Böhmen und Mähren der erste Schritt gethan sei, wofür die Regierung dem Hause Dank wisse. (Zwischenrufe bei den Czechisch-Radikalen.) Redner schließt mit der Aufforderung, für die Inangriffnahme des Friedenswerkes keine Zeit zu verlieren und neben den politischen Fragen die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung nicht zu vergessen. (Langanhaltender Beifall. Händeklatschen. Der Minister wird lebhaft beglückwünscht.) Die Verhandlung wird darauf abgebrochen; nächste Sitzung morgen.

Ergänzung des französischen Vereinsgesetzes.

Paris, 11. November. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Das Haus beginnt die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Ergänzung des Vereinsgesetzes. Castelnau bekämpft den Entwurf, da er dem Staate das Recht gebe, das Gesetz zu interpretieren, während dies Sache der Gerichte sei. Grousseau spricht sich ebenfalls gegen den Entwurf aus, der als Ordensniederlassung jede Niederlassung betrachte, bei der ein einziges Ordensmitglied beschäftigt werde. Der Berichterstatter Rabier empfiehlt den Entwurf und weist auf die Notwendigkeit hin, das Gesetz vom Jahre 1901 zu vervollständigen, indem man eine Bestimmung schaffe, die es ermögliche, die Wiedereröffnung der Kongregationsschulen zu verhindern.

Nach Ablehnung verschiedener Abänderungsanträge nimmt das Haus den Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Vereinsgesetzes in der Gesamtabstimmung mit 337 gegen 245 Stimmen an.

Parlamentarisches aus England.

London, 11. November. (W. T. B.) Unterhaus. Balfour brachte heute einen Antrag ein, welcher für den Abschluß in den Beratungen für das Unterrichtsgesetz eine bestimmte Frist festsetzt, und zwar soll die Komiteeberatung am 20. und die Beratung des Berichts über die Abänderungsanträge am 28. dieses Monats beendet sein. Balfour führt zur Begründung seines Antrages aus, das Gesetz werde schon seit 28 Tagen im Komitee beraten, und bedauert, daß ein Antrag, wie der von ihm eingebrachte, nötig sei; das Haus dürfe aber selbst nicht zugeben, daß es durch verlängerte Diskussion arbeitsunfähig gemacht werde. Die Regierung habe in Anbetracht der geringen Minderheit, die das Gesetz bekämpfe, genug Geduld gezeigt, ehe sie den Antrag einbrachte. Campbell Bannerman bringt einen Gegenantrag ein, in welchem es heißt, das Haus lehne den Vorschlag einer Abkürzung der Debatten über ein Gesetz, das genaueste Prüfung verlange, ab. Campbell Bannerman bestreitet, daß Obstruktion getrieben worden sei, und betont, die Natur des Gesetzes fordere längere Beratung.

Verschüttet.

Altenkirchen, 11. November. (W. H.) In der benachbarten Gemeinde Friesen wurden drei in einer Kiesgrube beschäftigte Arbeiter verschüttet. Der eine, Vater von sechs Kindern, war sofort tot.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

213. Sitzung. Dienstag, den 11. November 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky, Freiherr v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

Es erfolgt zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht und Genossen (Soc.) zu Ziffer 12 des § 5 des Zolltarif-Gesetzes, wonach von der Zollfreiheit alle Luxusschiffe (nicht nur Binnensee- und Flußschiffe zu Luxuszwecken) ausgeschlossen sein sollen. (Bei der gestrigen namentlichen Abstimmung über diesen Antrag hatte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt.)

An der Abstimmung beteiligen sich 243 Abgeordnete, von denen 50 für den Antrag Albrecht, 193 dagegen stimmen. (Die freisinnige Volkspartei stimmte mit der Mehrheit gegen den Antrag.) Der Antrag ist somit abgelehnt.

In einfacher Abstimmung wird der Antrag Gothein (frs. Vg.), der auch das Kajüts- und Küchengut der Schiffe zollfrei lassen will, abgelehnt.

Der Antrag Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.), wonach auch Materialien zur Ausübung des Fischereigewerbes zollfrei sein sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzziffer von 251 Abgeordneten mit 181 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht (Soc.), zollfrei zu lassen „Garne, welche zur Herstellung von Fischernetzen zum eignen Gebrauch von Fischern oder deren Angehörigen verfertigt werden.

An der Abstimmung beteiligen sich 256 Abgeordnete; für den Antrag stimmen 72, dagegen 184, der Antrag ist also abgelehnt.

§ 5 wird darauf unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 6 Abs. 1 bestimmt in der Fassung der Regierungsvorlage:

„Waren, die im Tarif nicht besonders genannt und auch in keiner Tarifstelle inbegriffen sind, werden denjenigen Tarifstellen zugewiesen, in denen die ihnen nach Beschaffenheit oder Verwendungszwecken am nächsten stehenden Waren eingeführt sind.“

Diese Bestimmung hat die Kommission gestrichen.

Die Abgg. Frhr. v. Wangenheim (k.), Dr. Rösicke (B. d. L.), Dr. Hahn (B. d. L.) beantragen diesen Passus wiederherzustellen.

Der Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vg.) beantragt, statt dessen zu bestimmen:

„Im Tarif nicht besonders genannte, auch in keiner Tarifstelle einbegriffene Waren sind zollfrei.“

Für den Fall der Annahme des Antrags v. Wangenheim beantragt Abg. Dr. Pachnicke:

a) hinter „werden“ einzufügen „durch den Bundesrat“,

b) folgenden Zusatz: „Die getroffenen Bestimmungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Abg. Speck (C.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. Dr. Rösicke-Kaiserslautern (B. d. L.) befürwortet seinen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Die Industrie entwickelt sich so rapide, die Möglichkeit, daß neue Nuancen geschaffen werden, ist so groß, daß es notwendig ist, über die zolltechnische Behandlung im Tarif nicht aufgeführter Waren keine Unsicherheit bestehen zu lassen. Die Streichung dieses Passus ist nur geeignet, die ausländische Surrogat-Industrie zu fördern.

Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vg.): Mein Antrag will, daß alle im Tarif nicht genannten Waren ausdrücklich als zollfrei bezeichnet werden sollen. Mit der Bezeichnung des betreffenden Absatzes aus der Regierungsvorlage ist die Klarheit, die wir wünschen, nicht in genügender Weise hergestellt. Mein Antrag aber würde jeden Zweifel daran, daß es bei dem seit dem Vereins-Zollgesetz von 1869 bestehenden Zustand bleiben soll, beseitigen. Wir von der Linken beweisen uns hier also wieder als die gut konservativen Leute, die wir in handelspolitischen Dingen sind. (Lachen rechts.) Warum soll dieser Grundsatz jetzt geändert werden? Hat etwa der bestehende Zustand sich nicht bewährt? Es ist bisher nur in zwei Fällen vorgekommen, daß im Zolltarif nicht genannte Waren eingeführt wurden, nämlich bei gestäubter Kreide und ausgeglühten Glühstrümpfen. Das kann uns doch nicht veranlassen, jetzt ein bewährtes Princip zu verlassen. Sollte trotzdem mein Principalantrag abgelehnt werden, so bitte ich wenigstens meinen Eventualanträgen zustimmen zu wollen.

Ein Antrag des Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vg.) auf namentliche Abstimmung über seinen Principalantrag findet genügende Unterstützung.

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Thielmann tritt kurz für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Die Behauptung des Abgeordneten Dr. Pachnicke, daß dadurch die Stellung der Regierung bei Handelsvertrags-Verhandlungen geschwächt werde, sei unhaltbar; die Verhandlungen beziehen sich natürlich nur auf solche Produkte, die bereits in den Zolltarif aufgenommen seien.

Abg. Dr. Spahn (C.) bittet es bei dem Beschluß der Kommission zu belassen.

Abg. Stadthagen (Soc. [mit Unruhe rechts empfangen]): Der Antrag Pachnicke bedeutet gar keine Neuerung, auch wenn er abgelehnt würde, so würde doch der § 1 des Vereins-Zollgesetzes die Wirkung haben, daß im Tarif nicht genannte Waren zollfrei sind. Herr Rösicke hat nicht gesagt, wie er sich eine Einstellung dieser Waren in ihnen „nach Beschaffenheit oder Verwendungszweck am nächsten stehende“ Tarifstellen denkt. In der Kommission ist auf Grund vieler Fälle mit Recht darauf hingewiesen worden, daß diese Bestimmung technisch ganz unausführbar ist, und dadurch, daß Herr Rösicke die Regierungsvorlage einfach wiederholt, wird die Sache nicht ausführbarer. Trotzdem in der Kommission eine große Reihe praktischer Fälle angeführt sind, die dies beweisen und obgleich doch auch die Freunde des Herrn Rösicke in der Kommission zugegen waren — ob sie auch zugehört haben, weiß ich freilich nicht (Heiterkeit), kommt nun Herr Rösicke mit demselben Antrag wieder, ohne auch nur den geringsten Beweis für die Möglichkeit seiner praktischen Durchführung zu erbringen. Ich bin danach überzeugt, daß sein Antrag abgelehnt wird. Den Antrag Pachnicke bitte ich anzunehmen, wenn er auch nach meiner Anschauung etwas vorschreiben will, was auch sonst Gesetz wäre. Da aber die Ansichten in dieser Hinsicht geteilt sind, so ist es besser, durch Annahme des Antrags Pachnicke Klarheit zu schaffen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (nat.): Daß die vom Herrn Stadthagen erwähnte Bestimmung des Vereinszollgesetzes noch besteht, trotzdem eine gleichlautende Bestimmung im Tarifgesetz 1879 gestrichen wurde, ist allerdings eine Unsinnigkeit — wie der moderne Ausdruck lautet — unsrer Gesetzgebung. Sie existiert aber und so wäre die Annahme des Antrages Pachnicke lediglich eine Schönheitssache. Wegen dieser Schönheitssache; wäre es wirklich nicht nötig, dem Reichstag eine namentliche Abstimmung aufzuerlegen; ich hoffe, Herr Pachnicke zieht diesen Antrag noch zurück. Wir werden für die Kommissionsfassung stimmen.

Damit schließt die Diskussion. Der Principal-Antrag Dr. Pachnicke wird in namentlicher Abstimmung mit 179 gegen 76 Stimmen abgelehnt.

Die Eventual-Anträge Pachnicke werden gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt, ebenso der Antrag Wangenheim gegen die Stimmen der Konservativen, § 6 wird hierauf in der unveränderten Kommissionsfassung angenommen.

§ 7, wonach das für die Ausführung von staatlich vereinbarten Eisenbahnverbindungen zwischen dem Deutschen Reich und einem Nachbarstaat erforderliche Material 2c. zollfrei sein soll, wird ohne Debatte in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Als § 7a hat die Kommission folgende Bestimmungen neu eingefügt: „Bei der zollamtlichen Abfertigung einer Ware, die je nach ihrem Herstellungsland einer unterschiedlichen Zollbehandlung unterliegt, ist von dem Einbringer zu erklären und auf Erfordern nachzuweisen, in welchem Lande die Ware hergestellt worden ist. Die näheren Bestimmungen über den Inhalt und die Form der Erklärung und über die Erbringung des Nachweises erläßt der Bundesrat. Kommt der Einbringer seinen vorstehend festgesetzten Verpflichtungen nicht nach, so tritt die für ihn ungünstigste Zollbehandlung ein, unbeschadet der etwa daneben verwirkten Strafen oder sonstigen Rechtsvorteile.“

Abg. Gothein (frs. Vg.) beantragt, dem § 7a folgende Fassung zu geben: „Unterliegen die eingehenden Waren je nach ihrem Ursprung verschiedenen Zollsätzen, so kann die Anwendung des niedrigeren Zollsatzes von dem Nachweis des Ursprungs abhängig gemacht werden. Die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat.

Abg. Albrecht und Genossen (Soc.) beantragen, dem § 7a hinzuzufügen, daß die vom Bundesrat zu erlassenden Bestimmungen der nachträglichen Genehmigung des Reichstages unterliegen.

Abg. Brömel (frs. Vg.) beantragt a) principiell, den § 7a zu streichen, b) eventuell, identisch mit dem Antrag Albrecht die Genehmigungsbefugnis des Reichstages festzusetzen.

Abg. Gothein (frs. Vg. — Als der Redner die Tribüne betritt, verlassen zahlreiche Konservative und Centrumsleute den Saal): Der Antrag der Kommission verlangt den Nachweis des „Herstellungslandes“ als obligatorisch. Das führt zu erheblichen Belästigungen unsres Einfuhrlandes. So leben wir gegenwärtig in einem Zollkrieg mit dem hochwichtigen Lande Haiti. (Heiterkeit.) Infolge dessen müßte für jede Sendung Kaffee, die nach Deutschland eingeführt wird, der Ursprung nachgewiesen werden, obwohl von Haiti nur sehr wenig Kaffee, aus andern Ländern, wie Südamerika, aber ein ganz unverhältnismäßig größeres Quantum eingeführt wird. Der Kommissionsantrag ist auch schon deshalb unbrauchbar, weil dann von einem „Herstellungsland“ die Rede ist. Dieser Ausdruck paßt nicht auf alles, was wächst oder in rohem Zustande in der Natur vorkommt. Es wird auch durch eine solche Bestimmung keineswegs das Ursprungsland, sondern vielmehr der deutsche Importeur, der deutsche Handel getroffen. Wir haben aber alle Ursache, nicht eine Verschärfung herbeizuführen wie sie § 7a will. Wollte dieser Paragraph lediglich das bisherige Verfahren bestehen lassen, so wäre er ja überflüssig. Es lag aber in der ausgesprochenen Absicht der Kommissionsmehrheit, die bestehende Praxis in Bezug auf die Ursprungszeugnisse zu verschärfen. Ich werde in erster Linie für den Antrag Brömel auf Streichung dieses § 7a stimmen und bitte im Falle der Ablehnung dieses Antrages um Zustimmung zu meinem Antrage, der den Ursprungsnachweis nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ machen will. Es ist dies keine Fraktionssache, sondern es handelt sich lediglich um eine Erleichterung unsres Handels. (Bravo! links.)

Direktor im Reichsamt des Innern Wernuth: Es kann uns nur willkommen sein, wenn Sie gemäß dem Antrage Brömel den Kommissionsbeschluß ganz streichen oder ihn in der abschwächenden Form des Antrages Gothein annehmen. Auf keinen Fall aber würde es der Regierung möglich sein, dem Eventualantrag Brömel oder dem Antrag Albrecht zuzustimmen.

Präsident Graf Ballestrem: Es sind zwei Anträge auf namentliche Abstimmung eingegangen (Hört! hört! rechts) und zwar über den Antrag Albrecht und über die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Molkenbuhr (Soc.): Nachdem die Regierung beim § 1 erklärt hat, daß sie nicht hoffe, daß wir zu Zollkriegen kommen, so mußte ich annehmen, daß sie sich ganz energisch gegen alles wehren würde, was geeignet wäre, Zollkriege herbeizuführen. Ursprungszeugnisse sind aber unter allen Umständen eine Plackerei. Ich brauchte, um dies zu beweisen, nur die Reden vorzulesen, die z. B. Herr Münch-Ferber und andre Herren hier gehalten haben, in denen sie sich beschwerten über die unendlichen Plackereien, welchen die Exporteure ausgesetzt sind, sobald sie an Amerika liefern. Die Ursprungszeugnisse bedeuten eine Plackerei zunächst für den ausländischen Exporteur, dann für die betreffende Behörde, welche Ursprungszeugnisse ausstellt, und auch für den Importeur, der das Zeugnis immer zur Stelle haben soll, wenn er seine Ware zur Verzollung vorführt. In normalen Zeiten sind Ursprungszeugnisse überflüssig und haben lediglich den Charakter chikanöser Maßregeln. Selbstverständlich werden andre Staaten mit Gegenchikanen vorgehen. Wenn man auf Amerika verweist, so mache ich darauf aufmerksam, daß es ganz etwas andres ist, wenn ein Land mit Wertzöllen Ursprungszeugnisse verlangt, oder ein Land, das Gewichtszölle erhebt. Bei dem ersteren sind Ursprungszeugnisse ganz berechtigt; für die Beurteilung des Wertes eines Kleides kommt es z. B. sehr darauf an, ob es ein Pariser Modell ist oder aus irgend einer andren Gegend lediglich zum Verkauf kommt. Die ganze Bestimmung hat einen um so häßlicheren Charakter, als jedermann sie als eine lediglich chikanöse erkennen muß. Sie wird im Auslande eine berechtigte Erbitterung hervorrufen. Deswegen haben wir die Einfügung der Bestimmung verlangt, wonach der Reichstag das Recht haben soll, chikanöse Vorschriften des Bundesrats nachträglich außer Kraft zu setzen. Principiellter sind wir für Ablehnung des ganzen § 7a, als Mindestes aber wollen wir dem Reichstag das Recht der Mitwirkung bei der Zollgesetzgebung auch hier erhalten wissen. Deshalb haben wir unsern Eventualantrag eingebracht. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (C.): Ich bitte, alle Abänderungsanträge abzulehnen und dem Kommissionsantrage zuzustimmen.

Abg. Dr. Semler (natl.) bittet, dem Antrag Gothein zustimmen zu wollen.

Abg. Brömel (frs. Vg.): Ich möchte diejenigen, die in der Kommission für den § 7a gestimmt haben, bitten, sich in diesem Fall auf

---

Eine adlige Notlüge.

Der hochwohlweise Magistat von Krähwinkel macht bei Heine das verbrecherische Wirken ausländischer Revolutionsemissäre für die Schreckenstage verantwortlich, die über Krähwinkel hereingebrochen sind:

„Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.“

Diese Krähwinkler Weisheit wird noch heute als Erklärung der Berliner Märzrevolution von jenen nationalliberalen Historikern vertrieben, deren ordnungsliebenden Mannesseelen der Gedanke unerträglich ist, daß das bißchen Liberalismus am preußischen Staat dem tapferen Straßenkampf der Barrikadenhelden vom 18. März zu danken ist. Daher das heiße Bemühen, die Märzrevolution als gänzlich überflüssig und sinnlos zu erweisen, daher die Aufwendung edlen Schweißes, um den Verlauf des großen Konflikts zu verdrehen, daher endlich die Kotwürfe gegen die Volkskämpfer. Anstatt in dem Zusammenstoß das unvermeidliche Ergebnis der allgemeinen Empörung über das militärische Säbelregiment zu erkennen, möchte man ihn aus den Hetzereien und Verschwörungskünsten ausländischer Revolutionsmacher erklären, möchte man die falsche Vorstellung verbreiten, daß nicht das Volk von Berlin, sondern eine Rotte von Menschen, die nicht wert gewesen, den Namen Deutsche zu tragen, Franzosen, Polen und der Abhub des Pöbels auf den Barrikaden gestanden hätten. So liest man z. B. in der „Geschichte der Neuesten Zeit“, die Oskar Jäger als Fortsetzung und Verfüngung von Schlossers „Weltgeschichte“ verbrochen hat: „Zu allen Thoren Berlins war in diesen letzten Wochen und Tagen revolutionäres Gesindel eingeströmt, Polen, Franzosen, in den Künsten der Emeute des Straßenkampfes erfahren, das dort bereite Genossen fand.“ Und weiter: „Allerwärts wachsen die wohlvorbereiteten Barrikaden aus der Erde, von denen herab man bald französische und polnische Kommandoworte hört . . .“

Die freche Lüge ist nicht auf liberalem Miste gewachsen, sondern dem konservativen Junkertum nachgebetet, dessen Geschäfte der Nationalliberalismus so eifrig besorgt. Die Junker sind mit der Legende von den aus dem Ausland zugereisten Revolutionspionieren während der ganzen Reaktionszeit hausieren gegangen und haben sie bereits im tollen Jahre für bare Münze ausgegeben, sobald sie sich von dem ersten Schrecken erholt hatten. Als ein Zeugnis für viele diene die saftige Ansprache, die in der ersten Zeit nach der Märzrevolution General v. Webern im Potsdamer Landwehr-Zeughause vor einer Versammlung von Landwehrmännern hielt: „Kameraden, wem haben wir denn eigentlich die Revolution zu verdanken? Doch niemand anders als den französischen und polnischen Emissären und den verdorbenen Litteraten, die wert wären, daß sie alle aufgehängt würden. Ich weiß wahrlich nicht, wie ich diese Schurken passend bezeichnen soll. Mit einem Wort, es sind Sch . . . kerls und noch einmal Sch . . . kerls und zum drittenmal Sch . . . kerls!“

Herr v. Webern und die andren Dunglichhaber seines Standes konnten sich auf einen erlauchten Gewährsmann für die Verleumdungen berufen, mit denen sie das Andenken der gefallenen, die Ehre der lebenden Volkskämpfer zu beschmutzen strebten: auf keinen andern als König Friedrich Wilhelm IV. in allerhöchsteigner Person. In offiziellen Kundgebungen wie in privaten Meinungsäußerungen hat der König seit dem verhängnisvollen 18. März immer wieder die Ueberzeugung ausgesprochen, daß er es nicht mit dem Volk von Berlin, sondern mit Polen und Franzosen, Räubern und Mördern zu thun gehabt habe. Schon während des Kampfes in der Nacht vom 18. zum 19. März ließ Friedrich Wilhelm in der berühmten Proklamation, die mit ihrer fettgedruckten Ueberschrift „An meine lieben Berliner!“ von Witzbolden an einer Pumpe in der Breitestraße direkt unter eine darin stecken gebliebene Granate angeklebt wurde, sich dahin vernehmen, daß eine „Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend“, die Schuld an allem trage. Darüber mögen die Bürger nicht wenig erstaunt gewesen sein.

Beim König aber handelte es sich nicht um einen vorübergehenden Einfall, sondern um eine fixe Idee, die mit allen Einzelheiten eines kompletten Räuberromans ausgestattet war. Man ersieht das aus einem Schreiben des Königs an Bunsen, das vom 13. Mai 1848 datiert in der von Ranke veröffentlichten Briefsammlung zu finden ist und folgende Angaben über die Vorgeschichte und den Verlauf des Straßenkampfes enthält: „In Berlin war seit mehr als vierzehn Tagen alles zur infamsten Revolte, die jemals eine Stadt entehrt hat, vorbereitet. Es waren Steine zum Steinigen meiner treuen Soldaten in allen Häusern vom eigentlichen Berlin, von der Neu- und Friedrichstadt usw. gesammelt. Man hat dieselben lange vorfahren sehen, wie auch Rasenstücke, um als Brustwehr gegen das Feuer der Truppen zu dienen, und hatte sich dies sonderbare Bedürfnis nach Rasen und Steinen gar nicht erklären können. Ferner waren in der Hauptstraßen alle Böden in Verbindung gesetzt, um von den Dachfenstern aus die Vor- oder Rückbewegung der Truppen mit Schüssen und Steinwürfen verfolgen zu können. Es war nachgewiesen über 10 000 Mann und nicht nachgewiesen wohl das Doppelte des allergrößlichsten Gesindels seit Wochen in die Stadt geströmt und verborgen worden, so daß die Polizei mit ihren schwachen Mitteln sie nicht auffinden konnte, darunter der Abschaum von Franzosen (galérirens), Polen und Süddeutschen, namentlich Mannheimern, aber auch sehr truppierte Leute, angeblich Milaneser Grafen, Kaufherren usw. Ein reicher Mannheimer Kaufmann hat seinen Tod in der Königstraße gefunden, nachdem ihm Mannschaft von meinem göttlichen 1. Garde-Bataillon das Leben geschenkt und er sie rücklings mit der Axt wieder anfiel. Unter den zu bestattenden Verbrechern der „großen Tage“ waren 40—50, von denen kein Mensch ein Wort, nicht Vaterland, nicht Namen wußte. Aus Paris, Karlsruhe, Mannheim, Bern weiß ich von den Tagen selbst offiziell, daß die Häupter der Bewegung am 18. März laut sagten: „Heute fällt Berlin!“ Namentlich Hecker, Herwegh und viele andre von der Schuftenschaft!“

Daß der König die Fieberphantasien des Briefes in gutem Glauben niederschrieb, kann nicht dem mindesten Zweifel unterliegen: er hat seinem intimen Freunde Bunsen gegenüber niemals aus seinem Herzen eine Mörderhöhle gemacht, sondern ihm stets seine geheimsten Gedanken offenbart, ihm die Wahrheiten gesagt oder wenigstens das, was er dafür hielt. In diesem Fall nun hat der König gern geglaubt, was er wünschte.

Es erhebt sich also die Frage, wer das von dem König geglaubte ungeheuerliche Lügengewebe ausgesponnen hat, dessen schriftlichen Niederschlag der Brief an Bunsen darstellt. Für die Erinnerung der verbrecherischen Einbläser liefert höchst wertvolles Material die Veröffentlichung urkundlichen Materials aus der Zeit der Märzrevolution, die Felix Rachfahl im neuesten Heft der „Preußischen Jahrbücher“ vornimmt.*) Herr Rachfahl hat sich zuerst einen Namen gemacht durch die greuliche Abfuhr, die ihm Karl Lamprecht zu teil werden ließ, als der damalige Privatdozent es unternahm, die wirtschaftsgeschichtliche Auffassung Lamprechts vom Rankeschen Standpunkt aus zu widerlegen. Inzwischen ist Herr Rachfahl Professor geworden und dürstet nach neuen Lorbeeren. Er hat sich an die erhebende Aufgabe gemacht, Friedrich Wilhelm IV. politisch zu retten, und betrachtet denn auch seine vorliegende Publikation als Beweismaterial dafür. Das ist ja nun bloß interessant als Beitrag zur Psychologie des deutschen Professorentums. Dagegen ist man ihm aufrichtigen Dank schuldig für die Bekanntgebung bisher ungedruckter Dokumente aus den Märztagen. Es handelt sich um Auszüge aus umfangreichen Niederschriften, die der Berliner Stadtrat Robiling in jener Zeit über seine Erlebnisse und Erfahrungen gemacht hat. Sie sind um so wertvoller, als dazu kommen Auszüge aus Aufzeichnungen andrer einflußreicher Persönlichkeiten, die Robiling für seinen eignen Gebrauch angefertigt hat. Vor allem sind es der General v. Prittwitz, der die Truppen im Straßenkampf befehligte, und der Polizeipräsident v. Minutoli, deren Erinnerungen uns so wenigstens bruchstückweise erhalten sind, nachdem die beiden ihre bereits gedruckten Schriften über die Märztage aus persönlichen und politischen Rücksichten hatten einstampfen lassen.

Auf die Frage nach den Urhebern der Lüge von den ausländischen Emissären fällt aus der Rachfahlschen Publikation eine

*) König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution im Lichte neuer Quellen. Von Felix Rachfahl. „Preußische Jahrbücher“, Bd. 110 S. 264 ff.

den Standpunkt der verbündeten Regierungen zu stellen. Die Kommission hat hier eine Bestimmung in das Zolltarif-Gesetz gebracht, die gar nicht hineingehört. Das Zolltarif-Gesetz hat nur die Höhe der Zollsätze vorzuschreiben, nicht aber die Zollabfertigungs-Bestimmungen. Der ganze Antrag ist auch nur erklärlich durch die Geschichte seiner Entstehung in der Kommission. Die Annahme dieses § 7a ist in der Kommission nur deswegen erfolgt, weil ein Vertreter der Regierung erklärte, allenfalls könne man sich diese Fassung gefallen lassen. Heute aber hat uns ein Vertreter der verbündeten Regierungen, wie ich annehme, autoritativ, erklärt, daß auch die verbündeten Regierungen die Beseitigung dieses Paragraphen wünschen. Daher sollte sich auch die Mehrheit ihre Stellungnahme noch einmal überlegen. Auf jeden Fall bitte ich, meinen Eventualantrag auf Einfügung der Beschränkungsklausel anzunehmen.

Senator Dr. **Klugmann**: Die obligatorische Einführung der Ursprungszeugnisse ist eine zweischneidige Waffe. Am besten wäre es, den Paragraphen ganz zu beseitigen. Wollen Sie das nicht, so nehmen Sie die Bestimmung wenigstens in der abgeschwächten Fassung des Antrags Gothein an.

Abg. **Stolle** (Soc.), auf der Tribüne infolge der großen Unruhe des Hauses sehr schwer verständlich): Die chikanösen Bestimmungen des § 7a bedeuten eine Schädigung des deutschen Handels. Das Ausland würde unzweifelhaft Repressalien ergreifen. Auf jeden Fall ist das Verlangen berechtigt, daß der Bundesrat dem Reichstag Rechenschaft über die von ihm erlassenen Bestimmungen ablege. In erster Linie aber entspricht die Streichung des ganzen § 7a den Interessen des deutschen Handels und der deutschen Konsumenten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Das Amendement Brömel zum Antrag Gothein (Genehmigung des Reichstages) wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und des Abg. Dr. Semler (natl.) abgelehnt, ebenso der Antrag Gothein selbst (fakultativer Ursprungsnachweis) gegen die Stimmen der Linken und der Nationalliberalen.

Der Antrag Albrecht (Soc., Einschränkungsklausel im Falle der Annahme des Kommissionsantrages) wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzziffer von 290 mit 189 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird die Kommissionsfassung des § 7a in namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 71 Stimmen angenommen.

§ 8 bestimmt in der Kommissionsfassung: Zollpflichtige Waren, die aus Ländern herstammen, in welchen deutsche Schiffe oder deutsche Waren ungünstiger behandelt werden als diejenigen andrer Länder, können neben dem tarifmäßigen Zollsatz einem Zollzuschlage bis zum doppelten Betrage dieses Satzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes unterworfen werden. Tarifmäßig zollfreie Waren können unter der gleichen Voraussetzung mit einem Zoll in Höhe bis zur Hälfte des Wertes belegt werden.

Auch können, so weit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, ausländische Waren denselben Zöllen und Zollabfertigungsvorschriften unterworfen werden, die im Ursprungsland auf deutsche Waren Anwendung finden.

Die hier vorgesehenen Maßnahmen werden nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats durch kaiserliche Verordnung in Wirksamkeit gesetzt. Die Genehmigung des Reichstags ist für die getroffenen Anordnungen einzuholen.

Die Abg. Albrecht (Soc.) u. Gen. beantragen in Absatz 1 das Wort „Länder" durch „Staaten" zu ersetzen; 2. hinter „können" (im ersten Satz) einzuschalten „soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen".

Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vg.) beantragt die Worte „oder bis zur Höhe des vollen Wertes" zu streichen.

Die Abg. Albrecht (Soc.) u. Gen. und Gothein (frs. Vg.) beantragen, den Absatz 2 zu streichen.

Abg. Gothein (frs. Vg.) beantragt im Absatz 1 das Wort „doppelten" durch „vollen" zu ersetzen und statt „zur Hälfte" zu sagen „einem Fünftel".

Abg. **Brömel** (frs. Vg. zur Geschäftsordnung): Ich beantrage getrennte Beratung der beiden ersten Absätze. Es handelt sich hier um verschiedene Materien. Während der erste Absatz nur von Zollsätzen spricht, handelt es sich bei dem zweiten auch um die Zollabfertigung.

Abg. Dr. **Spahn** (C.): Der Paragragh besteht nicht nur aus zwei, sondern sogar aus drei Absätzen und der dritte bezieht sich auf beide vorhergehenden. Ich sehe absolut keinen Grund für getrennte Beratung.

Abg. **Singer** (Soc.): Ich beantrage nunmehr, über alle drei Absätze getrennt zu beraten. (Unruhe rechts.) Speciell der Absatz 2 ist aus der Initiative der Kommission entstanden und bedarf einer eingehenden Erörterung.

Abg. **Stadthagen** (Soc.): Der Absatz 2 behandelt nicht nur eine andre Materie, sondern er sollte eigentlich sogar ein besonderer Paragraph werden, und die Bestimmung ist dann schließlich als zweiter Absatz dieses Paragraphen in das Gesetz hineingearbeitet worden. Wenn Sie trennen, geht es schneller. (Heiterkeit. Unruhe rechts.)

Der Antrag Singer wird hierauf gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei, mit Ausnahme des Abg. Richter, abgelehnt, ebenso der Antrag Brömel gegen die Stimmen der gesamten Linken.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.): Die Aufnahme der Worte „oder bis zur Höhe des vollen Wertes" in die Kommissionsfassung des § 8 bedeutet den Erfolg lebhafter agrarischer und leider auch nationalliberaler Bestrebungen. Werden diese Worte aufrecht erhalten, so wird damit das Princip der Wertzölle, das im deutschen Zolltarif bis auf wenige Reste gestrichen ist, wieder in unsre Zolltarif-Gesetzgebung eingeführt, wenn auch nur für Repressalien bei Zollkriegen. Mein Antrag will diese Worte streichen. Amerika und einige asiatische Staaten, in denen Wertzölle bestehen, brauchen uns nicht als Vorbilder zu dienen. Welcher Wert soll denn der Zollbemessung zu Grunde gelegt werden? Wie soll der Wert festgestellt werden, etwa nach der Deklaration? Wer prüft diese Deklaration? Es müßte geradezu eine Zollakademie für die Zollbeamten eingerichtet werden, um eine sachgemäße Wertschätzung zu ermöglichen. Erinnern Sie sich doch des 1893 ausgebrochenen Zollkrieges mit Rußland! Ueber das Verlangen nach Ursprungszeugnissen bei Zollkriegen sind in der Kommission sehr ausgedehnte Verhandlungen gepflogen worden. Der uns vorliegende Vorschlag der Kommission geht nicht so weit, wie es der hochschutzzöllnerische Fanatismus der Agrarier und Nationalliberalen in der Kommission gewünscht hatte. Aber auch der Vorschlag geht noch über den bestehenden Zustand hinaus und bedeutet eine Schädigung des Handels. Welche Verschleppung des Transports bedeutet das Verlangen eines Ursprungszeugnisses! Nach den wiederholten Erklärungen der Regierung gegen das Verlangen von Ursprungszeugnissen sollte sich die Mehrheit doch doppelt hüten, eine solche Bestimmung in das Gesetz hineinzubringen.

Um $5^1/_2$ Uhr beantragt Abg. Dr. Barth (frs. Vg.) die Vertagung der Sitzung.

Vicepräsident **Büsing** stellt die Unterstützungsfrage.

Der Antrag wird von den Socialdemokraten und den beiden freisinnigen Parteien unterstützt. Die Rechte und das Centrum sind während dessen im Saale nur sehr schwach vertreten.

Vicepräsident **Büsing** erklärt die Unterstützung für genügend. (Abg. **Singer** ruft: Das war die Mehrheit!)

Bei der Abstimmung erheben sich wieder die Socialdemokraten und Freisinnigen für den Vertagungsantrag, während die Abgeordneten der Rechten und des Centrums allmählich aus den Foyers in den Saal hereinkommen.

Nach längeren Besprechungen mit den Schriftführern erklärt Vicepräsident **Büsing** das Ergebnis der Abstimmung für zweifelhaft und bittet um die Gegenprobe; da inzwischen die Bänke der Rechten und des Centrums sich stark gefüllt haben, wird der Vertagungsantrag abgelehnt.

Abg. **Singer** (Soc., zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir zu konstatieren, daß die **Abstimmung ungewöhnlich lange gedauert hat** (Oho!-Rufe rechts und im Centrum) und zwar so lange, bis die im Saale nicht anwesenden Herren Gelegenheit hatten, die Majorität für einen Antrag zu bilden, den sie selbst **gar nicht gehört hatten.** (Sehr gut! links. Große Unruhe rechts und im Centrum.)

Vicepräsident **Büsing**: Wenn in diesen Worten ein Vorwurf gegen das Präsidium liegt, so muß ich ihn zurückweisen. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.) Wenn es vielleicht etwas länger gedauert hat als sonst, so lag es daran, daß die Schriftführer nicht einig waren. Infolgedessen konnte ich nichts andres als die Gegenprobe vornehmen zu lassen. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. **Singer** (Soc.): Ich habe dem Präsidenten keinen Vorwurf machen wollen. Aber er hat ja selbst zugegeben, daß die Feststellung des Resultats etwas lange gedauert hat. Die Uneinigkeit des Bureaus lag vielleicht daran, daß einige seiner Mitglieder **anderweitig beschäftigt** waren; nämlich damit, die **Klingel zu rühren,** um die Abwesenden in den Saal hineinzurufen.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Als Schriftführer möchte ich erklären, daß es die Pflicht der Schriftführer bei bevorstehenden wichtigen Abstimmungen ist, die Klingel zu rühren, um die Herren aus den Foyers hereinzurufen. Diese Pflicht bestand umsomehr, als der Antrag Barth ganz plötzlich und unerwartet kam. Die Schriftführer haben ihre Schuldigkeit gethan. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Als darauf Vicepräsident Büsing dem Abg. **Stadthagen** (Soc.) das Wort erteilt, ertönen von der Rechten und aus dem Centrum lärmende Zurufe und sonstige Aeußerungen des Unwillens.

Abg. **Stadthagen** (Soc.): Die von uns beantragte Hinzufügung, daß die im Absatz 1 des § 8 vorgesehenen Erschwerungen nur eintreten dürfen, „soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen", sind in dem bestehenden Gesetz enthalten. Wenn hier entgegen unserm Antrage diese Worte gestrichen werden, so bedeutet das nichts andres, als daß Sie die Möglichkeit schaffen, Verträge, die auf Treu und Glauben von Staat zu Staat geschlossen und eventuell zu brechen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Treu und Glauben müssen aber auch für Verträge zwischen Staaten Geltung haben.

Die Bestimmung des Absatz 2 ist ganz undurchführbar. Wie sollen die Zollbeamten im Kopf haben, welche Zölle und Zollabfertigungs-Vorschriften im Ursprungslande jeder Ware auf deutsche Waren Anwendung finden? Wenn so die Rohstoffe beim Eingang nach Deutschland chikaniert werden, so schädigen Sie damit weit mehr die deutsche Industrie als die ausländische. Absatz 2 bedeutet den Gipfel der Schikane, der überhaupt erklommen werden kann. Man verweist auf ähnliche Bestimmungen im Auslande. Warum wollen Sie aber nur das Schlechte aus dem Auslande nachahmen; das zeugt von einer großen Abhängigkeit vom Auslande. Ich bitte Sie, diesen Absatz, der den Charakter der kleinlichen, gehässigen, hämischen Schikane an der Stirn trägt, abzulehnen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag der Abg. Dr. Spahn (C.) und v. Normann (kons.) angenommen.

Präs. Graf **Ballestrem** beraumt die nächste Sitzung an auf Mittwoch 12 Uhr und als Tagesordnung Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. **Singer** (Soc., zur Tagesordnung): Herr Präsident, ich möchte mir erlauben, Ihre und des Hauses Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß wir seit langer Zeit keine sogenannten Schwerinstage mehr gehabt haben. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Nach unsrer Geschäftsordnung soll „in der Regel" alle Woche ein Tag benutzt werden, um Anträge aus dem Hause zu diskutieren. Nun glaube ich, niemand wird diese Worte „in der Regel" so auslegen, daß überhaupt **keine Schwerinstage** mehr im Jahre stattfinden. In der That werden aber Initiativanträge aus dem Hause seit langer Zeit sehr stiefmütterlich behandelt. Neben der Beratung des Zolltarifs glaube ich giebt es doch noch eine ganze Reihe von Gegenständen, die der Verhandlung in diesem Hause wert sind. (Sehr wahr! links.) Ich glaube daher, wir müssen mit der Gepflogenheit, daß solche Schwerinstage nicht mehr stattfinden, endlich einmal brechen. Für den Fall, daß der Herr Präsident nicht die Absicht hat, meiner Anregung zu folgen, bitte ich einen Beschluß des Hauses darüber herbeizuführen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Bachem** (C.): Meine politischen Freunde sind ebenfalls nach Kräften bestrebt, Initiativanträge aus dem Hause zu fördern. Trotzdem bitte ich in diesem Falle, von dem Wunsche des Abgeordneten Singer abzusehen (Aha! links.) und zwar mit Rücksicht darauf, daß ein andres überaus wichtiges Volksrecht in Frage steht, nämlich das Recht der Petitionen. Unendlich viele Petitionen an den Reichstag legen dar, wie schwer die Arbeiterverhältnisse leiden würden, wenn der Zolltarif nicht zu stande käme. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Damit diese Petitionen zu ihrem Rechte kommen, ist in erster Linie die Erledigung des Zolltarifs notwendig. (Bravo! im Centrum und rechts.)

Abg. **Singer** (Soc.): Herr Bachem hat uns nicht mitgeteilt, daß eine **Petition mit $3^1/_2$ Millionen Unterschriften** den **Reichstag bittet, diesen Zolltarif in den Papierkorb zu werfen.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dazu kommen noch viele andre Petitionen, die denselben Wunsch haben. Bisher haben wir merkwürdigerweise weder aus dem Munde des Berichterstatters, noch der Zolltariffreunde auch nur ein Wort von Petitionen gehört. Deshalb wird diese Auffassung des Dr. Bachem bei denen, deren Rechte er zu vertreten vorgiebt, einen sehr eigentümlichen Eindruck machen. Uebrigens habe ich ja selbst hervorgehoben, daß unsre Geschäftsordnung von Anträgen der Mitglieder und Petitionen spricht. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn der Präsident außer dem Initiativantrag, der an der Reihe ist, noch Petitionen auf die Tagesordnung setzt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das wäre eine bessere Wahrung des Petitionsrechtes, als wie sie Herr Bachem will. Wenn Sie Rücksicht nehmen wollen auf die Petitionen, thun Sie am besten, die Zolltarif-Beratung abzubrechen (Aha! rechts) und so das Volk **vor** dem Zolltarif zu bewahren.

Abg. Dr. **Bachem** (C.): Es ist ja richtig, daß unter den Petitionen zum Zolltarif auch Petitionen sind, die sich gegen den Tarif aussprechen. (Ruf links: Auch ist gut!) Aber im letzten Petitionsverzeichnis, das uns übermittelt worden ist, ist nur eine geringe Anzahl gegen den Tarif, viele hunderte sprechen sich für ihn aus. Ich halte den Vorschlag des Herrn Präsidenten für im Interesse der Industrie und Tausender industrieller Arbeiter liegend, die notleiden würden, wenn der Zolltarif nicht zu stande käme. Wer das Petitionsrecht des Volkes also dem Sinne nach wahren will, der muß in der Beratung des Zolltarifs fortfahren. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. **Heine** (Soc.): Das Beispiel mit den Petitionen ist von Herrn Bachem recht unglücklich gewählt worden. Er sollte sich doch daran erinnern, daß, bevor wir in die Zolltarif-Beratung eintraten, Petitionen auf der Tagesordnung standen, und daß wir die Beratung einer **sehr wichtigen Petition über das Vereinsrecht der Frauen mitten drin abgebrochen haben.** Ich bin überzeugt, der Abg. Singer wird damit einverstanden sein, wenn morgen die damals abgebrochene Debatte fortgesetzt würde.

Abg. **Singer** (Soc.): Ich kann meinem Freunde Heine nur bestätigen, daß mein Wunsch, die Zolltarif-Beratung zu unterbrechen, damit erfüllt wäre, wenn morgen Petitionen beraten würden. Da wir aber jeder guten Anregung, mag sie kommen von welcher Seite

---

Fälle neuen Lichtes. Man glaubte bisher, daß die Regierung damals wirklich durch ein gewisses „Thatsachenmaterial" auf den grotesken Glauben gekommen sei: wenn man „Thatsachenmaterial" die lügenhaften Angaben von Polizeispionen nennen darf, die sich durch zeitgemäße Erfindungen ihren Auftraggebern empfehlen wollen. Bei diesen ehrenwerten Leuten läge also die Schuld, bei der Umgebung des Königs dagegen nur insofern, als sie den Spitzelphantasien ohne kritische Prüfung leichtfertig Glauben geschenkt und dann dem Könige jene Wahnvorstellung eingeredet hätten. Aus den Nobilingschen Papieren ergiebt sich aber nun zur vollsten Evidenz, daß solche Polizeiberichte überhaupt gar nicht vorhanden gewesen sind. Der klassische Zeuge dafür ist niemand anders als der Polizeipräsident von Minutoli in eigner Person.

Aus Minutolis Schrift „Erinnerungen aus meinem Leben" zieht nämlich Nobiling u. a. folgendes aus: „Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß man Tausende von französischen oder polnischen Emissären in Berlin geduldet und solche nicht vor dem 18. März ausgewiesen hätte, da durch diese allein der längst vorbereitete Barrikadenkampf geleitet worden wäre. Hierauf bemerke ich, daß allerdings viele Fremde und namentlich Polen damals in Berlin sich aufhielten. Die Fremdenkontrolle in den Gasthöfen wurde mit Strenge gehandhabt. Revolutionsmacher wohnen nicht in Hotels, sondern in Kneipen, bei Studenten, Handlungskommis und liederlichen Dirnen, und polizeiliche oder außerordentliche Meldungen über dergleichen verdächtige Fremde habe ich nicht erhalten; eine entsprechende Besichtigung der kleinen möblierten Wohnungen war in Ermangelung des dazu notwendigen Beamtenpersonals unausführbar. Mit den wegen des Polenprozesses anwesenden Polen sollte infolge hoher Verwendung mit großer Schonung verfahren werden. . . . Wenn auch von den anwesenden Fremden eine Anzahl, namentlich Polen, sich beim Kampfe beteiligt haben, so bestreite ich, bis daß der Gegenbeweis bis zur Wahrscheinlichkeit geführt sein wird, daß Tausende oder Hunderte von Franzosen und Polen, um einen Straßenkampf zu organisieren, nach Berlin gekommen sind. Ich zweifle, daß die französische Revolution viele deutschsprechende Franzosen nach Berlin gespien hatte, ebenso wie ich zweifle, daß sich das Berliner Volk bei solchen Veranstaltungen von Ausländern leiten lassen wird, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Ebenso gehört in den Bereich der Märchen, daß in der Breiten- und Königstraße die Wände der Häuser schon vor dem Kampfe durchgeschlagen, die Treppen mit Rasenstücken belegt, die Häuser abgedeckt und die Böden mit Steinen angefüllt gewesen wären, weil darüber von den gutgesinnten Hausbewohnern oder Nachbarn mir doch irgend eine Nachricht zugekommen sein würde, umsomehr, da seit dem 18. März von Tag zu Tag die Aengstlichkeit des einen Teiles der Bewohner Berlins mit der Erbitterung des andren Teiles in gleichem Maße zugenommen hatte."

Die letzten Reste der ganzen Legende werden durch die Bemerkungen vernichtet, die Nobiling selber zu der Frage macht. Vorausgeschickt muß werden, daß der von Minutoli erwähnte Polenprozeß aus einer von ihm selber „entdeckten" Verschwörung hervorgegangen war, die eine große Anzahl Polen, worunter Mieroslawski, nach Berlin ins Gefängnis geführt hatte. Nach dem Siege des Volkes wurden sie freigelassen. Nobiling, der die Organisation der Bürgerwehr leitete, sagt nun über die Polen: „Dieselben verlangten am 20. März nachmittags zu ihrer Bewaffnung 60, sage sechzig Säbel, schwerlich weniger, als Personen vorhanden waren . . . Die Zahl der am 20. März in Berlin befindlichen waffenfähigen Polen betrug daher höchstens 60 Mann, wobei noch überdies die aus dem Gefängnis Entlassenen, wie z. B. Mieroslawski, mitgerechnet sind. Und diese hätten eine Revolution in Berlin hervorgebracht!"

Wie sich die Zahl der Polen, die am 18. März mitgekämpft haben mögen, so auf ein paar Mann reduciert, so verschwindet der eine Franzose, den man bisher unter den Barrikaden-Kämpfern sicher nachgewiesen haben wollte, durch Nobilings Angaben spurlos. Unter den 700 Gefangenen aus dem Volke befand sich nämlich ein einziger Franzose. Welche Bewandtnis es aber mit diesem Unglücksmenschen hatte, ersieht man aus Nobilings Bericht. Am Abend des 18. März begab der Stadtrat sich nach dem Rathaus in der Königstraße: „Während ich mich hier befand, ward von einem Posten ein Mensch aufgegriffen, der nur französisch sprach, — für die erbitterten Grenadiere genügend, ihn sofort niederstoßen zu wollen, was ich denn doch verhinderte. Der Hauptmann von St. Paul vernahm ihn selbst, und sagte er aus, er sei Friseur und hätte geglaubt, da jetzt alles ruhig wäre, in das Haus seines Herrn zurückkehren zu können. Bei der Durchsuchung fand sich nicht das geringste Verdächtige; überhaupt erschien der Mensch, der in einem Frack gekleidet war, nichts weniger als gefährlich. Es geschah ihm natürlich kein Leids, doch wurde er nach dem Schlosse geschickt und ist der einzige Franzose, welcher in der Liste der Gefangenen figuriert. Die „Märztage vom militärischen Standpunkte" (des Obersten v. Schulz) referieren falsch, daß dieser Franzose im Köllnischen Rathause gefangen worden sei." Der gute Mann war so wenig ein Revolutionär, wie der Barbier im „Don Quixote" ein fahrender Ritter.

Das Ergebnis ist, daß nicht das geringste Material in Gestalt von Thatsachen oder Polizeiberichten vorhanden gewesen ist, worauf der Glauben an die Revolutionsemissäre hätte fußen können. Den König hat also seine persönliche Umgebung über Entstehung und Bedeutung der Märzbewegung planmäßig irregeführt, über Entstehung, um ihn zu den Maßregeln zu bringen, die man von ihm haben wollte. Man hat ihn systematisch angelogen mit einer Räubergeschichte, die von A bis Z aus den adligen Fingern gesogen war. Einen der Schuldigen kennen wir direkt beim Namen. Es ist Herr v. Minutoli selber, der nachgewiesenermaßen dem König das Märchen von den Revolutions-Emissären vorgeredet hat: wider besseres Wissen, wie aus seinen „Erinnerungen" hervorgeht. Die übrigen Lügner sind unter der nämlichen Camarilla von Junkern zu suchen, die den König immer nach ihren Standesinteressen zu lenken verstand. Aus dem kürzlich veröffentlichten Brief des jungen Prinzen Friedrich Wilhelm geht ja auch hervor, wie tief der Glaube an die „Emissäre" der Revolution sich in den Gemütern der Königsfamilie eingefressen hatte.

Unter den Eindrücken des Straßenkampfes freilich entglitt der König zeitweise der Führung der Camarilla. So wurde nichts aus ihrem Plane, die Truppen aus Berlin herauszuziehen, wenn der Barrikadenkämpfer nicht Herr zu werden sei, und die Stadt einer regelrechten Belagerung und Beschießung zu unterwerfen. Ihre Machenschaften in der zuletzt angedeuteten Richtung hörten aber deshalb nicht auf. Wir wissen aus Bismarcks eignem Munde, daß er daran gedacht hat, über den Kopf des Königs weg und wider den königlichen Willen das verhaßte Berlin anzugreifen. Er hat damals mit den Generalen von Möllendorf und von Prittwitz die Möglichkeit selbständigen Handels besprochen. Auf die Frage v. Prittwitz, wie man das anfangen solle, antwortete er damit, daß er auf dem Klavier den Infanteriemarsch zum Angriff klimperte. Und als der General, Bismarck unter Thränen umarmend, ausrief: „Wenn Sie uns das besorgen könnten!" erwiderte der königstreue Junker: „Kann ich nicht; aber wenn Sie es ohne Befehl thun, was kann Ihnen dann geschehen?" Prittwitz wollte, wenn Wrangel und Hedemann mitthäten. Wrangel ist willig. Als aber Bismarck bei General v. Hedemann in Magdeburg mit seinem Plane vorspricht, droht dieser, ihn als Hochverräter verhaften zu lassen.

Leute von solchem patentierten Monarchismus konnten natürlich nichts Verwerfliches darin finden, den König zu belügen und zu betrügen, wenn es ihnen zur Behauptung ihrer Machtstellung nötig erschien, wie die Junker auch ohne Skrupel bereit waren, gegen den allerhöchsten Kriegsherrn zu meutern, wenn es ihr Klasseninteresse erforderte. Und so ausschließlich besaßen die braven Junker das Ohr des Königs, daß er auch nachträglich nie die Wahrheit über den Kampf vom 18. März erfahren hat, wie sie sein Zeitgenosse Heine mit dem ahnungsvollen Auge des Dichters schon im voraus geklindet hatte:

„Ich rate euch, nehmt euch in acht,
Es bricht noch nicht, jedoch es kracht;
Und es ist das Brandenburger Thor
Noch immer so groß und so weit wie zuvor.
Und man könnt' euch auf einmal zum Thor hinaus schmeißen,
Euch alle, mitsamt den Prinzen von Preußen —
Die Menge thut es."

sie wolle, Folge geben, so stelle ich jetzt den neuen Antrag, morgen auch die Petitionen zum Zolltarif auf die Tagesordnung zu setzen. (Lachen rechts.) Es würde vielleicht auf die verhärteten Gemüter der Centrumsagrarier einigermaßen wirken, wenn sie sehen, **wie groß die Zahl der Petitionen gegen den Zolltarif und wie minim dagegen die Zahl derjenigen ist**, die sich für das Zustandekommen aussprechen. Wogegen ich mich verwahre, ist, daß wir hier außer dem Zolltarif alles stehen und liegen lassen. Wir sind doch hier nicht nur zu einer Zolltarifsession zusammenberufen. Der Zolltarif ist eine Vorlage der Regierung wie andre Vorlagen auch und der Reichstag hat sich nie das Recht nehmen lassen, andre Beratungsgegenstände einzuschieben, wenn er dies für richtig und wichtig gehalten hat. Thun Sie es nicht, so beweisen Sie von neuem, daß Sie nicht anders wollen, **als die materiellen Interessen einer kleinen Minderheit im Staate zu fördern.** (Sehr gut! links, großer Lärm rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.): Der letzte Vorschlag des Abg. Singer, morgen die Petitionen zum Zolltarif zu beraten, wird meines Erachtens nur auf geringe Gegenliebe stoßen. (Heiterkeit und laute Sehr richtig! im Centrum und rechts.) Aber für unerläßlich halte ich es, daß die in so großer Zahl vorliegenden noch unerledigten andren Petitionen allmählich aufgearbeitet werden. Auch die Erledigung der Initiativanträge liegt doch nur im Interesse der Mehrheitsparteien, denn diese Anträge sind doch nicht zum Vergnügen, sondern aus ernsten sachlichen Erwägungen gestellt. Wir tagen seit dem 14. Oktober und haben keinen Tag für die Initiativanträge freigelassen. Es ist doch aber unerläßlich, daß wir bis zu den Wahlen wenigstens die hauptsächlichsten Anträge erledigt haben. Das liegt ja auch im Interesse des neuesten Antrages der Mehrheitsparteien. Denn ehe nicht die sämtlichen bei Beginn dieser langen Session eingebrachten Anträge erledigt sind, kann ja der Antrag Aichbichler (Oho! rechts und im Centrum) ohne einen Bruch der Geschäftsordnung (Erneuter Lärm, rechts und im Centrum) nicht auf die Tagesordnung gebracht werden. (Sehr gut! links. Wiederholter Lärm rechts und im Centrum. Abg. v. Kardorff gestikuliert heftig mit den Händen und giebt unartikulierte Laute von sich.)

Abg. Dr. **Bachem** (C.): Wenn die Linke die Zahl der namentlichen Abstimmungen auf das gewöhnliche Maß beschränken würde, wäre Zeit zur Erledigung der Initiativanträge vorhanden. (Sehr gut, im Centrum und rechts.)

Abg. **Singer** (Soc.): Ich kann Herrn Bachem keine Aussicht machen, daß wir auf seinen Vorschlag eingehen. (Heiterkeit.) Abgesehen davon, daß wir gewöhnt sind, unsre Anträge auf namentliche Abstimmung nur nach sachlichen Erwägungen zu stellen, (Lärm rechts. Ruf: Bebel in Hamburg!) würde der Bachemsche Vorschlag dem Gefühl meiner Freunde schon deshalb widersprechen, weil wir für Kuhhandel nicht geeignet sind. (Lärm rechts. Lebh. Beifall links.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich habe mich nicht überzeugen können, daß mein Vorschlag unrichtig war. Nicht ohne Grund haben die Verfasser der Geschäftsordnung hineingeschrieben: „in der Regel findet in jeder Woche an einem vorher bestimmten Tage ein Schwerinstag statt", das heißt also, wenn nicht andre wichtige Geschäfte vorliegen, deren Erledigung schwierig und langwierig ist und die erledigt werden müssen. (Bravo! rechts und im Centrum.) Ich würde geglaubt haben, meiner Pflicht als Präsident, die Geschäfte des Hauses zu fördern, nicht nachzukommen, wenn ich meinen Vorschlag nicht gemacht hätte. (Bravo rechts und in der Mitte.)

Es ist Widerspruch gegen meinen Vorschlag erhoben worden, ich lasse also das Haus entscheiden.

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der gesamten Linken abgelehnt. Es bleibt also beim Vorschlag des Präsidenten.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Schluß 6½ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Einigung in Solingen ist am Sonnabend auch in der Versammlung des dortigen socialdemokratischen Vollsvereins ohne Debatte und einstimmig unter lebhaftem Beifall gutgeheißen worden. Danach fand eine große öffentliche Versammlung statt, in der Genosse E. Bernstein über kommunale Fragen sprach. Dann wurden die vier Kandidaten für die Stadtverordneten-Wahlen, die Genossen Forkert, Bollengraben, Kreutzer und Eichhorn, proklamiert, die die ausdrückliche Erklärung abgaben, daß sie im Falle ihrer Wahl das Mandat als Socialdemokraten und im Einverständnis mit der Partei ausüben werden.

Gemeindewahlen. Je zwei socialdemokratische Stadtverordnete wurden gewählt in Eisenberg und in Schmölln.

Totenliste der Partei. Ein alter Parteigenosse, der Kolporteur Schulz, ist in Hamburg im Alter von 65 Jahren gestorben. In den sechziger Jahren lernte er die Arbeiterbewegung kennen, schloß sich später den Eisenachern an und war, weil er die Druckschriften derselben vertrieb, in den Parteikreisen eine bekannte Persönlichkeit. Als das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" herauskam, war Schulz auch an dessen Kolportage beteiligt, wie später bei der „Gerichtszeitung", „Bürgerzeitung" und „Hamburger Echo". In den letzten Jahren machte sich bei Schulz die Altersschwäche geltend und er hatte unter mancherlei Krankheiten zu leiden. Er war bis an sein Lebensende Mitglied des Socialdemokratischen Vereins für den zweiten Wahlkreis.

Sociales.

Der Arzt als Unfallgutachter.

Als Privatdocent der Unfall-Heilkunde, ein bisher noch nicht vertretenes Fach der Chirurgie, hat sich an der Universität Bonn der Anstalts-Oberarzt Dr. Liniger habilitiert. In seiner Antrittsrede sprach er über die Stellung des Arztes im Rahmen des Unfallversicherungs-Gesetzes. Er wies darauf hin, daß allein im Jahre 1900 110 000 Unfälle entschädigt wurden. Durch das Unfallgesetz hätten sich in der ärztlichen Wissenschaft völlig neue Bahnen eröffnet, worauf die Forschung erfolgreich fortschreite. Die begutachtende Thätigkeit des Arztes sei durch die großen Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfall-Heilkunde und durch die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes wesentlich erleichtert und geklärt, besonders auch die schwierige Frage des Zusammenhanges eines Leidens mit einem Unfall. Sehr erfreulicherweise habe sich immer mehr herausgestellt, daß reine Simulation viel seltener sei, als man ursprünglich anzunehmen geneigt war, während die in der menschlichen Natur begründete Uebertreibung allerdings noch immer die größten Schwierigkeiten für die begutachtende Thätigkeit des Arztes schaffe. Der Gutachter soll seine wissenschaftlich begründete Ansicht jeder Zeit unter Eid vertreten können. Er habe bei den Unfallgerichten dieselbe Stellung als Sachverständiger wie bei den ordentlichen Gerichten. Weder zu streng, noch zu milde dürfe seine Beurteilung ausfallen. Die Forderung der Humanität werde auch Unfallverletzten gegenüber allein erfüllt durch Gerechtigkeit. Auch die Behandlung des verletzten Arbeiters sei wesentlich besser und vollkommener geworden. Man strebe vor allem nach rascher und möglichst guter funktioneller Heilung. Diese werde durch die speciellen Einrichtungen der großen modernen Krankenhäuser wesentlich gefördert. Sobald als irgend angängig solle aber der Verletzte seine Arbeit so weit wie möglich wieder aufnehmen; denn diese bleibe das beste Mittel, ihn und die Seinen vor Not und Elend zu schützen.

Herr Dr. Liniger, ein kundiger Mann, kritisiert durch diese Bemerkung, wohl ohne es zu beabsichtigen, scharf unsre gepriesene sociale Gesetzgebung, die, wie er zugesteht, das Opfer des Unfallmolochs nicht vor der Not schützt.

Die Central-Krankenkasse der Tabakarbeiter hat auf ihrer jetzigen Generalversammlung in Mannheim beschlossen, auf die Rechte aus § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes zu verzichten und sich in eine Zuschußkasse zu verwandeln. Für Leistung und Gegenleistung wurde folgende Skala beschlossen:

	I. Kl. M.	II. Kl. M.	III. Kl. M.	IV. Kl. M.	V. Kl. M.
Beitrag	0,60	0,40	0,30	0,25	0,15
Wöchentl. Krankengeld .	15,—	10,—	7,50	6,25	3,75
Sterbegeld	90,—	60,—	45,—	37,50	22,50

Der Verband sächsischer Konsumvereine beschloß am Sonntag in außerordentlicher Tagung in Chemnitz, in Gesamtheit dem neuen Gesamtverbande deutscher Konsumvereine beizutreten.

Im öffentlichen Dienste.

Daß Staat und Gemeinde ihre unteren Angestellten nicht gerade nobel bezahlen, ist eine bekannte Thatsache; dennoch ist es interessant, dann und wann einige Einzelbeispiele aus diesem Kapitel zu erfahren. Wir blätterten zufällig in der „Vakanzliste für Militäranwärter", die im Auftrage des preußischen Kriegsministers herausgegeben wird und bestimmt ist für Leute, die es nach Absolvierung ihrer Militärzeit gelüstet, so eine Art „Amtsperson" zu werden.

Da ist in der Gemeinde Drengfurth (Ostpreußen) die Stelle eines Wachmannes und Steuerdieners frei. Das Jahreseinkommen beträgt einschließlich der Nebeneinnahmen 348,20 M., wozu noch Gebühren von etwa 45 M. — im Jahre — und freie Wohnung im Werte von 45 M. kommen. Aussicht auf Verbesserung ist nicht vorhanden.

Die Gemeinde Strasburg in der Uckermark will einen Nachtwächter mit dem gleich fürstlichen Jahreseinkommen von 396 M. beglücken, auch ohne jede Aussicht auf Verbesserung.

Ein „pensionsfähiges" Jahreseinkommen von 300 M. bietet die Stadt Schurgast (Oberschles.) einem „Stadt- und Polizeidiener", dazu außerhalb der Pensionsfähigkeit Wohnung, Beleuchtung, Heizung und 30 M. Kleidergeld, sowie 150 M. Nebeneinnahmen, diese jedoch ohne Garantie, also etwas wie Trinkgelder. Auch diesem Hüter der öffentlichen Sicherheit bietet sich in seinem Amte keine Aussicht auf Verbesserung.

Beim Amtsgericht Marklissa kann einer, der eine gute, korrekte Handschrift schreibt und Fertigkeit im Lesen von Handschriften hat — wozu sich ein guter Schriftsetzer eignen dürfte —, Kanzleigehilfe werden. Er bekommt für die Seite Schreibwerk 5 Pf. und kann, wenns ihm nicht mehr gefällt, jederzeit ohne Kündigung gehen.

Wenn ihm die Accordquälerei bei diesem Gericht nicht gefällt, so kann er in gleicher Eigenschaft an das Amtsgericht in Katzenelnbogen (Wiesbaden) gehen, wo ihm ein festes Monats-Einkommen von — — 10 bis 15 M., allerdings ohne Aussicht auf Verbesserung geboten wird. Auch hier kann er trotzdem jederzeit ohne Kündigung die fette Pfründe, in der er keinen Reichsrentner zu beneiden braucht, verlassen.

Im Gebiete der Postverwaltung giebt es anständige Stellen als Landpostboten in Württemberg. So ein Landpostbote muß eine Prüfung über seine Fähigkeit ablegen, muß über ein zur Botenniederlage geeignetes Lokal verfügen, sofort 500 M. Kaution stellen und bekommt dann ein Jahresgehalt von 576 M. in Roßberg, 516 M. in Wachendorf, 375 M. in Söflingen.

Für höhere geistige Leistungen wird allerdings mehr geboten. So sucht die Gemeinde Nowawes bei Potsdam einen Büreau-Diätar, der die bei der Polizeiverwaltung vorkommenden Kriminalsachen selbständig bearbeiten kann, energisch und gewandt im Protokollieren ist und Gesetzes-, Lokal- und Personenkenntnis hat. Wer das alles kann, bekommt dafür 900 M. Jahresgehalt ohne Pension und ohne Aussicht auf Verbesserung.

Die Stadt Ibbenbüren (R.-B. Münster) sucht einen Amtssekretär. Er muß alle in einer umfangreichen Verwaltung vorkommenden Sachen selbständig bearbeiten können, die Geschäfte des Amtsanwalts wahrnehmen und deshalb alle zur Anwendung kommenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften genau kennen. Das Gehalt beträgt jährlich 1200 M. ohne Aussicht auf Verbesserung.

Man kann die Reihe dieser Angebote noch lange fortsetzen, immer zeigen sie, daß die niederen Dienste in den öffentlichen Verwaltungen im höchsten Grade armselig bezahlt sind und daß selbst in Stellungen, die schon verhältnismäßig hohe Anforderungen stellen, wie z. B. Ibbenbüren, die Bezahlung in keinem Verhältnis steht zu den geforderten Diensten. Staat und Gemeinde scheinen immer noch großes Vertrauen in den Idealismus ihrer Angestellten zu setzen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenpflichten im Kampfe ums Brot.

Eine von etwa 800 Personen besuchte Volksversammlung, einberufen von den Vertrauenspersonen der socialdemokratischen Frauen Berlins, tagte am 10. November im großen Kellerschen Festsaale. Als Referentin war die bekannte Wiener Parteigenossin Adelheid Popp erschienen. Sie sprach über: „Frauenpflicht im Kampfe gegen die Verteuerung der Lebenshaltung". Die äußerst temperamentvolle Rednerin riß die Versammelten oft zu den lebhaftesten Beifallsbezeugungen hin. Sie schilderte treffend den Segen unsrer heutigen Gesellschaft, die man die von Gott gewollte und beste nenne, die aber die Arbeiter, die Schaffenden, die Fleißigen ausschließe nicht nur vom Genuß der Kulturerrungenschaften, sondern ihnen sogar die kräftige Nahrung verwehre, auf die gerade sie das größte Anrecht hätten. Obenein schimpfe man sie noch begehrlich und unzufrieden, wenn sie Fleisch essen wollten und gegenüber der Teuerung der notwendigsten Nahrungsmittel die Oeffnung der Grenzen verlangten. Wir achteten allerdings die Unzufriedenheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten als eine Zierde. Mehr noch als der Arbeiter sei die proletarische Frau bedrückt. Sie habe gewöhnlich doppelte Pflichten, doppelte Lasten; sie könne erst Gattin und Mutter sein, nachdem sie Lohnarbeiterin gewesen. Und wie wirke auf sie, die schon im Haushalt mit jedem Pfennig so wie so rechnen müsse, eine Lebensmittel-Verteuerung, wie sie heute schon gegeben sei und noch mehr infolge der engherzigsten Geldsacksbestrebungen der Agrarier in Deutschland erwartet werden müsse? Gerade die Frau, auch das schlecht gelöhnte Mädchen, habe das größte Interesse, gegen den Lebensmittel-Wucher zu protestieren. Die Entbehrungen der jungen Mütter der Arbeiterklasse empfänden deren Kinder schon, ehe sie geboren seien; nicht nur die Mutter leide empfindlich unter der schlechten Ernährung, sondern auch das künftige Kind. Wie viele Frauen gäbe es nicht, die zerrüttet seien von dem Moment an, wo sie ein Kind geboren hätten. Zu der Not in der Ernährung komme noch die Wohnungsmisere.

Rednerin wies dann nach, daß, wenn überhaupt, es nur der Socialdemokratie möglich sei, das agrarische Attentat auf die Gesundheit, auf die Ernährung des Volkes abzuwehren. Ferner erörterte Frau Popp die allerwärts vorhandene politische Entrechtung der Frauen, welche das östreichische Wahlgesetz mit Idioten und gemeinen Verbrechern auf eine Stufe stelle. Sie warf hierbei einige grelle Streiflichter auf die bekannten korrupten Wahlmachenschaften der Christlichsocialen in Oestreich und die Polizeiwirtschaft unter Herrn Lueger, welche den gestern auch vom „Vorwärts" gemeldeten Einbruch in das Arbeiterheim ermöglichte. Die Versammelten beantworteten die Mitteilung der Thatsachen mit einem kräftigen vielfältigen Pfui! — und die drastische Kritik, die die Vortragende an den Vorkommnissen und dem sonstigen schoflen Verhalten der allerchristlichsten Lueger-Männer übte, fand im Beifall der Versammlung stürmischen Widerhall. Sie glossierte dann die Männer, die, wie der Freiherr von Gautsch, es angesichts unsrer heutigen privatkapitalistischen Ausbeutung von Mann und Frau fertig bekommen zu sagen, am schönsten erscheine ihnen die Frau, wenn sie nichts sei, als zärtliche Gattin und Mutter. Heute müsse die Frau hinaus in den Kampf ums Dasein und so müsse sie auch teilnehmen am politischen Kampf, der zugleich ein Kampf für ihre wirtschaftlichen Interessen sei. Jeder müsse an der politischen Aufklärung der Frauen mitwirken, versuchen, ihre möglichst viele zu Kampfgenossinnen heranzuziehen. Schwer möge es manchmal sein, schon wegen der doppelten Belastung der Frauen, und sei doch meist durch die elterliche Erziehung an dem Mädchen schwer gesündigt worden. Doch dürfe nicht der Mut verloren werden. Sei es den Christlichsocialen Wiens mit ihren Verblödungsbestrebungen gelungen, einen großen Frauenbund zu schaffen und die Frauen zu ihren vorzüglichsten Wahlagitatorinnen und Wahlorganisatorinnen heranzubilden, wie sollte es nicht möglich sein, für unsre großen, wirklich idealen Ziele die Frauen zu gewinnen. Rednerin schloß mit einem flammenden Aufruf zu dieser Aufklärungsarbeit, die die Frauen fähig machen werde, in den Reihen der Socialdemokratie zu kämpfen, soweit dies heute möglich, und die zugleich die beste Vorbereitung sei zur Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit der Frauen. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Socialdemokratie und auf die Referentin endete die Versammlung.

Arbeiterinnen und Arbeiter. Heute abend öffentlicher Vortrag des Genossen Arthur Stadthagen in den Arminhallen über „Arbeiterschutz und Arbeitsrecht". Es wird um zahlreiche Beteiligung ersucht. Die Vertrauensperson.

Eingelaufene Druckschriften.

„Süddeutschen Postillon". Die eben erschienene Nr. 23 des enthält als farbiges Titelbild: Fräulein liebst Du mich, oder ich zerhack Dir die Kommode — einen König Mammon von A. Fiebiger — Moritz als Kritiker, von Parsekow; das Schlußbild illustriert das alte Sprichwort von dem Großen und dem Kleinen. Weiter sind zu nennen Ernst Klaars Gedicht Junker und Wucherzoll; Ahasver von A. Str. L. R.'s Ehrbarkeit, Federzeichnung, und Motto der Welt. — Das Telegramm. (Schluß.) — Jägerglück. — Stoßseufzer eines Sittenpolizisten und eine Reihe Kleinbeiträge.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

J. G. 62 Jahre.

B. O. 27. Die Mietssteuer wurde bis 1. April 1895 erhoben und zwar lange Zeit hindurch auch von Wohnungen unter 150 Mark.

Ernst 10. Ungünstiges ist uns über die betreffende Kasse nicht bekannt; immerhin würden wir an Ihrer Stelle vorziehen, das Geld in einer sicheren Hypothek anzulegen.

Witterungsübersicht vom 11. November 1902, morgens 8 Uhr

Stationen	Barometerstand mm	Bewölkung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Bewölkung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	767	SSW	1	wolkenl	3	Haparanda	752	Still	—	wolkig	2
Hamburg	766	SO	1	Nebel	4	Petersburg	765	S	1	Regen	1
Berlin	767	SO	1	heiter	3	Cork	743	S	6	bedeckt	12
Frankf. M.	765	ONO	1	hlb. bed.	5	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	O	4	bedeckt	4	Paris	759	SO	3	wolkig	4
Wien	768	SO	1	hlb. bed.	4						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 12. November 1902.
Zeitweise nebelig, sonst meist heiter und trocken, nachts ziemlich kalt, am Tage mild bei mäßigen südöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Todesanzeige.
Allen Freunden, Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau und unsre gute Mutter
Pauline Scholtz geb. Gritschke
am 8. November verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Nov., nachm. 4 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof von der Halle aus statt. 3735
Paul Scholtz nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau
Elsa Lier
geb. Greve
am 9. d. M. sanft entschlafen ist.
Um stilles Beileid bittet
Paul Lier, Raumynstr. 9.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 13. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Luisen-Kirchhofs (Rixdorf) Hermannstraße aus statt. 3756

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte
Berlins und Umgegend.
Am 9. d. M. starb die Frau unsres Mitgliedes, Kollegen Paul Lier,
Elsa Lier, geb. Greve.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 3¼ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 186/190, aus statt. 70/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse d. Zimmerer.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Carl Schulz,
wohnhaft Pappel-Allee 109, am 8. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. M., nach. 3½ Uhr, von der Leichenhalle d. Gethsemane-Kirchhofs in Nieder-Schönhausen aus statt. 250/14
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand Berlin VI.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. and. gew. Arbeiter.
Verwaltung Berlin O. Moabit.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied 189/11
Robert Flötert
am 9. November gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Mittwochnachmittag 3 Uhr, vom Krankenhause Moabit nach dem Hellands-Friedhof (Plötzensee) statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am 7. d. M. verschied plötzlich durch Unglücksfall unser lieber Vater, Bruder, Onkel, Schwieger- und Großvater, der Sattler
Gustav Scharsig
im 72. Lebensjahre. 3845
Dies zeigen tiefbetrübt, um stille Teilnahme bittend, im Namen der Hinterbliebenen an
Gustav Scharsig u. Frau.
Waldemarstr. 28.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Brix, Rudowerstraße, aus statt.

Danksagung.
Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und schöne Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau meinen tiefgefühlten Dank. 56442
Franz Klawitter nebst Kindern,
Reinickendorferstr. 38.

Danksagung.
Sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung unsres lieben Sohnes den herzlichsten Dank. 3799
Familie Schinz, Blumenthalstr. 10.

Orts-Krankenkasse
für das **Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.**
Am **Donnerstag,** 20. November 1902, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15, Saal 1:
General-Versammlung
der
Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des Rendanten. 3. Wahl eines Hilfsarbeiters. 4. Wahl eines Krankenkontrolleurs. 5. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer. 6. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber. 7. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 374b
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse Boxhagen — Rummelsburg.
Dienstag, den 18. d. M., abends 8½ Uhr, im Lokal **Café Bellevue:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern, 1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer. 2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung. 3. Abänderung des § 49 des Statuts. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. geg. Budde.

5½ Pfund Brot 50 Pf. Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangelstraße 9. Krautstraße 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2. Markthalle Pücklerstr., Stand 222/23. Markthalle Kindreasstr., Stand 16/18.

Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46—49 — Krausenstrasse 46—49

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Vorzugspreise für Lebensmittel

in sämmtlichen Special-Abtheilungen — soweit der Vorrath reicht.

Gemüse-Conserven.

		1/1 Dos.	1/2 Dos.
Pa. Stangenspargel	82/36 Stg.	1,45 M.	78 Pf.
Pa. Stangenspargel	(Diner-Sp.) 28/30 Stg.	1,55 M.	83 Pf.
Pa. Stangenspargel	20/24 Stg.	1,65 M.	88 Pf.
Pa. Stangenspargel	(Consumspargel)	1/1 Dose 85 Pf	u 1,15
Pa. Brechspargel I	Riesenstangen mit Köpfen	1,35 M.	73 Pf.
Pa. Brechspargel II	extra stark mit Köpfen	1,25 M.	68 Pf.
Pa. Brechspargel III	stark mit Köpfen	95 Pf.	53 Pf.
Pa. Brechspargel IV	mittel mit Köpfen	80 Pf.	—
Pa. Brechspargel	ohne Köpfe (Suppensp.)	63 Pf.	38 Pf.
Feinste junge Schoten I		1,05 M.	58 Pf.
Feinste junge Schoten II	Diner-Schoten	80 Pf.	45 Pf.
Gemüse-Schoten I		50 Pf.	—
Gemüse-Schoten II		45 Pf.	—
Gemüse-Melange	(Leipziger Allerlei)	75 Pf.	43 Pf.
Pfefferlinge		45 Pf.	—
Steinpilze		85 Pf.	48 Pf.
Carotten		55 Pf.	33 Pf.

Frucht-Conserven

Preisselbeeren	1/1 Dose	75 Pf.
Preisselbeeren	8 Pfd. Dose	2,80 M.
Reineclauden	1/1 Dose	85 Pf.
Pflaumen 1/2 Fr.	1/1 Dose	70 Pf.

10 Dosen Sortiment

enthaltend je 1/1 Dose

Apricosen, Pfirsiche, Preisselbeeren, Pflaumen, Birnen, Mirabellen, Reineclauden, Kirschen m. St., Melange — Kirschen o. St. —

M. **9,25**

Melange-Marmelade

10 Pfund-Eimer . . . . . 2,25 Mk.

Fisch-Conserven.

Gabelbissen	per Dose	65 Pf.
Apetit Sild	1/8 Dose 32 Pf.	1/4 Dose 50 Pf.
Krabben	1/2 Dose 33 Pf.	1/1 Dose 60 Pf.
Neunaugen	per Dose	90 Pf.
Anchovis	1/4 Dose 42 Pf.	1/2 Dose 60 Pf. 1/1 Dose 1,10
Bismarck- u. Bratheringe	in oval. Dos. p. Dose	45 Pf.
Hering in Gelée		45 Pf.
Bratheringe	in 8 Ltr. Dose, ca. 60 Fische	3,10
Sardellen	in Gläsern . . . . per Glas	70 u. 95 Pf.
Delicatess-Heringe	in Wein, Bouillon, Tomaten, Mixed-Pikles, Senf- u. Champignon-Sauce	per 1/1 Dose 78 Pf. 1/2 Dose 47 Pf.
Sardinen	l. Oel, p. Dos. ca. 8 Fische	35 Pf. ca. 10—12 Fische 45 Pf.
Sardinen,	1/4 Dose m. Schlüssel	65 Pf. 1/2 Dose mit Schlüssel 1,20 Pf.

Feinster Malossol-Caviar

ganz mild gesalzen (helles Korn) in Schlüsseldosen

netto	1/4 Pfd.	1/2 Pfd.	1/1 Pfd.
eingewogen	2,25	4,40	8,65

		1 Pfd.	bei 5 Pfd.
Backobst, gemischt	II	30,	27 Pf.
Backobst, gemischt	I	45,	42 Pf.
Reis	bei 1 Pfd.	17, 21, 23, 33 Pf.	
	bei 5 Pfd.	16, 20, 21, 30 Pf.	

Maccaroni (Hausmarke) 1 Pfd. 32 Pf., bei 5 Pfd. 30 Pf.

Hausmachereiernudeln 1 Pfd. 34, bei 5 Pfd. 32 Pf.

Deutsches Speiseoel (Erdnussoel) . . 1 Ltr. 1,60 M.

Colonialwaaren

Pflaumen	p. 1 Pfd.	25, 35, 40, 50 Pf
	b. 5 Pfd.	22, 30, 35, 45 Pf
Prünellen	p. 1 Pfd.	55 Pf.
	b. 5 Pfd.	50 Pf
Apricosen	p. 1 Pfd.	45, 58 Pf.
	b. 5 Pfd.	43, 55 Pf.
Kirschen, saure	p. 1 Pfd.	38, 48 Pf
	b. 5 Pfd.	35, 45 Pf.

Mehl in Säckchen

Feinstes Kaiser-Auszug

2 Pfd.	5 Pfd.	10 Pfd.
35 Pf.	85 Pf.	1,65 Mk.

Feinstes Weizenmehl 000

2 Pfd.	5 Pfd.	10 Pfd.
30 Pf.	70 Pf.	1,35 Mk.

Cacao

Cacao, Deutscher,	per Pfd.	1,10 M. u. 1,30 M.
Cacao, Holländischer,	per Pfd.	1,80 M.
Haushalt Chokolade,	per Pfd.	80 Pf.

Kaffee

Kaffee gebr.	Mischung	3a 1,00 M.	4a 1,15 M.
Kaffee roh, Santos		70 u.	62 Pf.
Kaffee roh, Guatemala		80 u.	95 Pf.

Thee

No.	I.	II.	III.	IV.	V.
per Pfd.	1,40 M.	1,80 M.	2,10 M.	2,60 M.	3,40 M.

Feinster Dessert-Cakes (Kinderlust) à Carton 50 Pf.

Butter — Käse

Feine Tischbutter	p. Pfd.	1,10 M.
Feine Tafelbutter	p. Pfd.	1,20 M.
F. Bairische Süssrahmbutter ungesalzen	p. Pfd.	1,20 M.
F. Holländer Käse	p. Pfd.	85 Pf.
	bei 5 Pfd.	80 Pf.
F. Tilsiter Käse	p. Pfd.	65 Pf.
	bei 5 Pfd.	60 Pf.

Wild- u. Geflügel.

Pa. junge Gänse	p. Pfd.	58 Pf.
Pa. junge Enten	p. Pfd.	68 Pf.
Junge Poulets	p. St.	1,00 M.
Junge Puten	p. Pfd.	85 Pf.
Stopfgänse	p. Pfd.	70 Pf.
Hasen	p. St.	3,20 M.

Fleischwaaren

Holsteiner Cervelatwurst	Pfd.	1,20 M.
Westfäl Cervelatwurst	Pfd.	1,30 M.
Westfäl. Schinkenwurst	Pfd.	1,15 M.
Braunschw. Schinkenspeck	Pfd.	1,05 M.
Pökelzungen	per Stück	3,15 M.
Pökelzungen geräuchert	per Stück	3,00 M.

Obst

Amerik. Aepfel Serie I
5 Pfd. 70 Pfg. 10 Pfd. 1,30 M.
„ Serie II
5 Pfd. 90 Pfg. 10 Pfd. 1,70 M.

Original-Fässer ca. 120 Pfd. Inhalt
17,00 M. 21,00 M.

Weine — Spirituosen

Moselweine

	1 Fl.	bei 10 Fl.
Remicher	70 Pf.	65 Pf.
Maringer	1,05 M.	1,00 M.
Veldenzer Kirchenberg	1,70 M.	1,65 M.

Bordeauxweine

	1 Fl.	bei 10 Fl.
Medoc	75 Pf.	70 Pf.
St. Estephe	95 Pf.	90 Pf.
93er Chat. Beychevelle	2,10 M.	2,00 M.

Ungarweine

	1 Fl.	bei 10 Fl.
Süsser Ober-Ungar	75 Pf.	70 Pf.
Medicinal-Ausbruch	1,30 M.	1,20 M.
Herber Ober-Ungar	1,65 M.	1,55 M.

Rheinweine

Erbacher	65 Pf.	60 Pf.
Geisenheimer	90 Pf.	85 Pf.
95er Rüdesheimer	1,30 M.	1,25 M.

Dessertweine

Portwein	85 Pf.	80 Pf.
Weisser Portwein	1,35 M.	1,30 M.
Alter Douro Portwein	1,90 M.	1,80 M.

Spirituosen

Feiner alter Rum	95 Pf.	90 Pf.
Feiner alter Jam.-Rum	1,75 M.	1,65 M.
Feiner Arac de Goa	1,65 M.	1,55 M.

24000 Flaschen Original Franz. Cognac 1,80 M.

von Arnold, Meunier & Co., Cognac Flasche

per Kiste 12 Flaschen **20,40** M., bei 5 Kisten per Kiste **19,20** M.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteigenossen!

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 30. November 1902. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin und Umgegend, Aenderungen und Neuaufnahmen bis spätestens **Freitag, den 21. November 1902, einsenden** zu wollen: für

„Teltow-Beeskow“ an den Genossen Hermann Schliebitz in Britz, Jahnstr. 2;

„Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Riebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4;

„Potsdam-Ost-Havelland“ an den Genossen Albert Neue in Spandau, Jagowstr. 9;

„Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Fellwook, Eberswalde, Eisenbahnstr. 67.

Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14.

Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einsendungen umgehend zu besorgen, da spätere Einsendungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Nachträge können in der Folge **nicht** mehr veröffentlicht werden. Vielfach ist es in den letzten Wochen vorgekommen, daß Zuschriften in „Lokal-Angelegenheiten“ an die Redaktion des „Vorwärts“ gesandt worden sind; wir teilen daher den Genossen mit, daß alle Anfragen und Zusendungen **nur** an den Genossen **Wilhelm Hinz**, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und **nicht** an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der genannten Kreise werden um Abdruck ersucht.

Die Lokal-Kommission.

Sechster Wahlkreis. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß in den Donnerstag, den 13. d. M. stattfindenden Zahlabenden die Ausgabe der Parteitags-Protokolle erfolgt.

Die Bezirksführer haben die von ihnen bestellten Protokolle von heute (Mittwoch) abend ab an folgenden Stellen abzuholen: Für Moabit bei Anders, Salzwedelerstraße 8; für Wedding bei Tauschel, Wiesenstr. 29; für Oranienburger Vorstadt bei Kaiser, Pflugstr. 6; für Gesundbrunnen bei Raschke, Brunnenstr. 93; für Rosenthaler Vorstadt bei Bachgänger, Swinemünderstr. 34, und für die Schönhauser Vorstadt bei Mars, Kastanien-Allee 95.

Der Vorstand.

Rixdorf. Die Parteigenossen machen wir auf die heute abend 8½ Uhr in Werneckes Festsälen, Hermannstr. 49 stattfindende Wählerversammlung aufmerksam. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Bericht unsrer Stadtverordneten über ihre Thätigkeit und Aufstellung der Kandidaten der dritten Abteilung zu der am 17. November stattfindenden Stadtverordnetenwahl. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Parteigenossen, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Reinickendorf. Morgen, Donnerstagabend 8½ Uhr, finden zwei Volksversammlungen im „Kastanienwäldchen“, Schönholz, und bei Witwe Thomas, Eichhornstraße, statt. Tagesordnung: Siehe Inserat. Zahlreiches Erscheinen, hauptsächlich der Frauen, erwünscht.

Spandau. Morgen Donnerstag spricht Reichstags-Abgeordneter Genosse Antrick hierselbst, Schönwalderstr. 80 (bei Kumke), in der Versammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins über das Thema: „Bülows Heimatspolitik und die Arbeiterklasse“. Recht starker Besuch der Versammlung wird bestimmt erwartet. Gäste sind willkommen.

Lokales.

Freisinnige Weisheit.

Die städtischen Finanzen Berlins erörterte Stadtverordneter Wallach in einem Vortrage, den er am Montagabend im Luisenstädtischen Bezirksverein hielt. Er wies zunächst darauf hin, daß die Ueberschüsse früherer Jahre von 18 Millionen und mehr jetzt einem Fehlbetrag gewichen wären, und daß die Stadt genötigt sei, eine Anleihe von 228 Millionen aufzunehmen, um dringende Ausgaben für die städtische Verwaltung zu bestreiten, die in der nächsten Zeit unabwendbar seien. Diese 228 Millionen seien erforderlich zur Erweiterung der Gas- und Wasserwerke, der Kanalisation, des Vieh- und Schlachthofs, der Markthallen, für Brückenbauten, Straßenverbreiterungen, Beseitigung des Scheunenviertels, Ankauf des Inselspeichers, Bau von Krankenhäusern und Irrenanstalten, zur Rückzahlung des bei der Sparkasse aufgenommenen Darlehns behufs Erwerbung der Siemensschen Straßenbahnen, zur Anlage des Nordparks, für den Bau von neuen Schulen, für die Erhöhung des Betriebsfonds usw. Falls die städtische Unterpflasterbahn „Nord-Süd“ und verschiedene Straßenbahn- und Hafenprojekte genehmigt werden, würde eine neue Anleihe von 100 Millionen notwendig werden. Redner betonte, daß nur große Sparsamkeit in der Verwaltung Berlin vor einem noch größeren Fehlbetrage und vor Ueberschreitung des Steuerzuschlages von 100 Prozent bewahren könne. In den letzten Jahren hätten die Ausgaben eine Steigerung erfahren, die bei jedem Bürger gerechte Bedenken erregen müsse. Die Kosten der Unterrichtsverwaltung seien von 10 auf 18 Millionen gestiegen, der Armenetat von 6 auf 11 Millionen, die Ausgaben der Bauverwaltung von 11 auf 29 Millionen, die Verwaltungskosten von 5¾ auf 10 Millionen, die Polizeikosten hätten sich ebenfalls verdoppelt. Nicht besser sei es bei der Straßenreinigung, Gesundheitspflege, Waisenverwaltung usw. Während die Ausgaben, besonders für Gehälter auf 41 Millionen und für Arbeitslöhne auf 16 Millionen angewachsen seien und diese Ausgaben den Etat dauernd belasteten, sei von den Interessenten gegen die Einnahmen Sturm gelaufen worden. Diese hätten sich deshalb besonders bei den Gas- und Wasserwerken, sowie bei dem Vieh- und Schlachthof verringert. Eine solche Finanzwirtschaft mit verminderten Einnahmen und ständig zunehmenden Ausgaben könne kein gutes Ende nehmen. Stadtv. Wallach nahm dabei Bezug auf den Ausfall der Einnahmen aus dem Wegfall der Schuldotation, der Mietssteuer, der lex Huene, der Haussteuer usw. Aus all' diesen Gründen müsse man bei den Fragen des Baues von Unterpflasterbahnen, Straßenbahnen, der Eingemeindung nicht steuerkräftiger Vororte genau prüfen, wohin diese Mehrbelastungen der Bürgerschaft führen, da man jetzt schon die Beobachtung mache, daß gerade die steuerkräftigen Bürger nach den westlichen Vororten ziehen. Bei einer Ueberschreitung des üblichen Steuerzuschlages von 100 Proz. werde die Regierung sicherlich von ihrem Rechte der Prüfung der städtischen Finanzverwaltung Gebrauch machen.

Diese Klagen des Herrn Wallach entsprechen einer Anschauung, welche die freisinnige Partei auf den Hund gebracht und der unter liberalem Regiment stehenden Reichshauptstadt den Ruf verschafft hat, socialpolitisch von allen deutschen Städten am rückständigsten zu sein. Die Mahnung, bei den Projekten der städtischen Bahnen recht vorsichtig zu verfahren, bedeutet, auch ferner dem privaten Großkapital beileibe nicht ins Gehege zu kommen und ihm zu Gefallen auf Einnahmequellen zu verzichten, welche die Stadt sich schon längst hätte erschließen sollen. Nach der Sparsamkeitstheorie gewisser freisinniger Herren müßte Berlin in der Verknöcherungsperiode der fünfziger Jahre am glänzendsten dagestanden haben.

Sehr unangebracht ist übrigens der Hinweis darauf, daß der Steuerzuschlag 1892 nur 70 Proz. betragen habe. Herr Wallach weiß so gut wie andre, daß damals noch die Mietssteuer erhoben wurde.

Ein Kampf gegen das Spielzeug. Es ist nicht allein in der hohen Politik ein alter Grundsatz, daß wer etwas erreichen will, viel fordern muß, und im Sinne dieser vom Mühlendamm aus über die Kulturwelt verbreiteten Lehre mag es zu verstehen sein, wenn die Abstinenzler unsereinem das bescheidenste Gläschen Bier als Gift zu verekeln suchen, die Vegetarier in einer Knobländer Leichenteile wittern und nunmehr unter der Führung des Vereins „Die Kunst im Leben des Kindes“ ein auf den ersten Blick eigentümlicher Feldzug gegen den „Spielzeugteufel“ beginnt. Mit dem Spielzeugteufel hat es nach dem Erfinder dieses Wortes, Herrn Fritz Stahl folgende Bewandnis:

Das Kind schafft sich aus seiner eignen Phantasie eine reiche Welt nach seinem Bilde. Eine armselige Fußbank ist ihm Puppe, Eisenbahn, Hund, Mutter, Stube und alles sonst noch mögliche. Ein Sandhaufen im Freien, worin es nach eignem Gefallen und unbeaufsichtigt wühlen kann, ersetzt dem Kinde einen ganzen Spielzeugladen, weil aus dem Sand eben alles zu formen geht, was die junge, im unbeschränkten Maße einbildungsfähige Phantasie nur zu schaffen gedenkt. Das Spielzeug ist aber etwas Fertiges, bleibt wenigstens, so lange es heil ist, in den Augen des Kindes dasselbe und wird daher zumeist, nachdem die erste Freude an dem Neuen vorüber ist, achtlos beiseite gelegt. Je vollendeter ein Stück Spielzeug ist, je sicherer ist es diesem Schicksal verfallen. Die Puppe mit einem Holzkopf läßt sich mit irgend einem Gegenstand kämmen; zu der Puppe mit Werghaaren braucht das Kind schon einen Kamm, die vornehm gekleidete Puppe, welche Papa und Mama schreien kann, ist beim Kinde wohl Gegenstand des Staunens aber kein eigentliches Spielzeug mehr, wenigstens im kindlichen Sinne nicht. Diese unzweifelhaft richtigen Beobachtungen, die wohl noch keinem Elternpaar entgangen sind, mußten Herrn Stahl nun in seinem gestern im Rathause gehaltenen Vortrag zu der Entdeckung dienen, daß so ziemlich jedes im Laden gekaufte Spielzeug vom Uebel sei, weil es der Phantasie des Kindes Zwang anthue. An die Stelle des Spielzeuges solle die Beschäftigung mit der Natur treten, die dem modernen Großstadtkinde sozusagen verschlossen sei. Daher die Thatsache, daß die Spielzeugfrage im erwähnten Sinne für das Dorfkind gar nicht und für das Kind aus der Kleinstadt lange nicht in dem hier entdeckten bedenklichen Sinne existiere. Daher die weitere Thatsache, so wäre zu folgern gewesen, daß die ländliche Jugend mit der reichsten, die großstädtische hingegen mit der ärmsten Phantasie begabt ist, und ein Geist von reger Thätigkeit sich überhaupt nur auf dem Kartoffelacker bilden kann. Es will uns scheinen, daß an diesem Punkte das Register schon ein Loch hat und im Grunde eine weniger strenge Forderung von glücklicherer Wirkung gewesen wäre. Aber bei aller Uebertreibung giebt die Anregung des Herrn Stahl Stoff zum Nachdenken und legt den Eltern nahe, bei der Auswahl von Spielzeug vorsichtig zu sein und jedes Stück daraufhin zu prüfen, ob es die Schaffenskraft des Kindes anregt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Wahl von vier Bürgerdeputierten in die neu zu bildende Deputation für die Verwaltung der König Friedrich-Stiftung mittels Stimmzettel. — Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungssachen über 27 Rechnungen, sowie über die Jahresabschlüsse für 1901 des Viehmarktes, des Schlachthofes, der Fleischschau auf dem Schlachthofe, der Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch und des Verwaltungsfonds der Sparkasse nebst Anhängen. — Berichterstattung über die Resolution des Stadtv. Wallach, betreffend die Veranschlagung und die Beschaffung von Inventarien und Einrichtungsgegenständen, Subsellien usw. — Berichterstattung über die Petition der Schuldiener um Gehaltsaufbesserung. — Vorlagen betreffend: die Teilung des Gemeinde-Waisenrats-Bezirks 196 E. — die Erwerbung des in Weißensee, Berlinerstr. 138/9, belegenen Grundstücks zur Errichtung eines Blindenasyls, — die für Erwerbungen und Beschränkungen von Straßenland auf Grund von Entschädigungsbeschlüssen oder richterlichen Entscheidungen im Vierteljahr Juli-September 1902 gezahlten Beiträge, — den Ankauf des Chausseehaus-Grundstücks im Gutsbezirk Wartenberg, — den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse im Juli-September-Vierteljahr 1902, — die Ablehnung eines Vermächtnisses zur Unterhaltung eines Erbbegräbnisses aus dem städtischen Friedhof in der Gerichtsstraße, — die Erhöhung der Gebührensätze für die von der Armendirektion zugelassenen sogenannten Bezirks-Hebammen, — den Verkauf zweier zu beiden Seiten des Kiefholzweges in Treptow belegenen Parzellen, — die Annahme eines Vermächtnisses des verstorbenen Geschichtsmalers Prof. Schauer, — den Entwurf einer Polizeiverordnung zur Regelung des Straßenhandels in Berlin, — den Abschluß des Lagerbuches der Stadtgemeinde für 1901, — die Errichtung von Baulichkeiten rc. auf den städtischen Rieselgütern, — den speciellen Entwurf zum Neubau eines zweiten Gebäudes für 54 siche Männer bei der Irrenanstalt Herzberge. — Pensionierungs- und Unterstützungssachen. — Wahl von 2 Mitgliedern für das Kuratorium der Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879. — Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 6 Uhr, die Wahl von zwei unbesoldeten Stadträten statt.

Wertlosigkeit der Innungskontrolle. Das Berliner Polizeipräsidium hat dem Bunde deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innungen, in Beantwortung einer Eingabe, die Mitteilung zugehen lassen, daß die Beratungen zur Sicherstellung der gesundheitsgemäßen Ausübung des Barbier- und Friseurgewerbes noch nicht zum Abschluß gelangt seien. Der Polizeipräsident würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Gewerbetreibenden schon jetzt unter sich eine private hygienische Beaufsichtigung der Betriebe einrichten wollten. Dagegen erscheine der Vorschlag, Angehörige des Gewerbes mit Beamteneigenschaft auszustatten und mit der gesundheitlichen Aufsicht der Geschäfte amtlich zu betrauen, nicht zweckmäßig. Der Präsident ist der Ansicht, daß eine amtliche Kontrolle nur durch besondre, von dem Gewerbe ganz unabhängige Beamte mit Erfolg vorgenommen werden könne. Der Regierungspräsident von Potsdam, der bereits im vorigen Jahre Vorschriften zur Barbierstuben-Hygiene erlassen und den Innungen die Aufsicht überlassen hat, beklagt sich in einem Schreiben über die Unzulänglichkeit dieser Kontrolle. Er erklärt, von dem Erlaß einer Polizei-Verordnung zunächst noch Abstand nehmen zu wollen, in der Erwartung, daß der Bund auf die Innungsvorstände hinwirke, sich die Durchführung der Maßnahmen und deren Ueberwachung mehr angelegen sein zu lassen.

Fürst und Wucherer. Auf Veranlassung des Fürsten Anton Radziwill wurde hier am Freitag ein Geldagent Namens Röttger verhaftet, der vordem Bevollmächtigter des Fürsten Stanislaus Radziwill, des Sohnes des Fürsten, war und in dieser Eigenschaft den Prinzen bewuchert und betrogen haben soll. Aus Wien wird der „Vossischen Zeitung“ zu dieser Angelegenheit gemeldet, Röttger habe sich dort seiner Zeit bemüht, Geld auf Wechsel des Prinzen zu beschaffen, und als ihm dies nicht gelang, verwickelte er den Prinzen in Häuserspekulationen, bei denen der Prinz für 170 000 Kronen Bargeld bald mehr als eine Million schuldete. Die hierbei beteiligten Personen werden jetzt strafgerichtlich verfolgt. Diese Angelegenheit war die Ursache der Lösung der Verlobung zwischen dem Prinzen und der Gräfin Chotek, der Schwägerin des Erzherzogs Franz Ferdinand. Dem Erzherzog war die Sache zu Ohren gekommen und er verlangte von seinem Oberhofmeister, Grafen Nostitz, welcher Vormund der Gräfin Chotek ist, die sofortige Vereinigung der Angelegenheit. Als sich dies unmöglich erwies, wurde die Verlobung aufgehoben. Vielleicht ist hierin der Grund zu der seiner Zeit vielbesprochenen einfachen Verabschiedung des Grafen Nostitz von seinem Hofamte zu suchen.

Zu dem Eifersuchtsdrama in der von der Heydtstr. 1 wird noch mitgeteilt, daß sich die durch einen Stich in den Unterleib schwer verletzte Köchin Therese Steigner außer Lebensgefahr und bereits auf dem Wege der Besserung befindet.

Bau-Unfall. Am Sonnabendnachmittag stürzte der Maurer Hermann Werner aus Gusow aus der zweiten Etage des von der Firma Held u. Franke ausgeführten Baues Alte Jakobstr. 30/31 herab und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Da die Vorder-Fassade aus Sandstein hergestellt wird, so befindet sich an derselben ein festes, von den Zimmerleuten aufgestelltes Gerüst, welches jedoch in der zweiten Etage mangelhaft abgedeckt und nicht einmal wie üblich mit einer Barriere versehen war. Werner war bei den Steinmetzen beschäftigt und im Begriff, auf das äußere Gerüst zu steigen. Hierbei trat er fehl und stürzte aus der zweiten Etage auf die am Boden liegenden Sandsteine. Er wurde mittels Krankenwagens nach dem Krankenhause am Urban gebracht. Werner ist Vater von vier unerzogenen Kindern. Nach Ansicht von Augenzeugen wäre W. nicht abgestürzt, wenn die Rüstung vorschriftsmäßig abgedeckt und mit Barriere versehen gewesen wäre.

Ein kleines Warenlager wurde bei einem alten Bodendiebe Johannes Schwarz, der hin und wieder wohl in großen Geschäften Stellung hatte, beschlagnahmt. Schwarz, der mehrfach mit Zuchthaus bestraft ist, wurde bei einem Bodendiebstahl in der Landsbergerstraße abgefaßt. In der Wohnung seiner „Braut“, mit der er mitten in der Stadt hauste, fand man eine ganze Wagenladung Betten, Unterbetten, Taillen, Röcke, Unterröcke usw. Der Verhaftete giebt zu, das alles gestohlen zu haben, weiß aber im einzelnen nicht mehr, wo das gewesen ist. Die Eigentümer können die Sachen im Zimmer 36 des Polizeipräsidiums besichtigen und in Empfang nehmen.

Ein schwerer Unfall wurde gestern vormittag durch ein scheu gewordenes Droschkenpferd an der Ecke des Alexander-Ufers und der Sandkrug-Brücke herbeigeführt. Das vor der Droschke erster Klasse 6925 gespannte Pferd war am Alexander-Ufer an der Stadtbahn-Ueberführung durch das Geräusch eines über die Brücke fahrenden Zuges scheu geworden und jagte die Uferstraße entlang. Der Kutscher Wilhelm Wittke, Freienwalderstr. 20 wohnhaft, hatte die Herrschaft über das Pferd verloren, welches an der Sandkrug-Brücke gegen einen dort haltenden Straßenbahnwagen rannte. Infolge des Anpralls flog W. vom Bock auf das Straßenpflaster und erlitt einen schweren Schädelbruch. Er wurde in hoffnungslosem Zustand nach der Charité gebracht.

Auf der Eisenbahnfahrt bestohlen wurde, wie erst jetzt der Kriminalpolizei angezeigt worden ist, in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober der russische Baron von Kroupensky, der über Oderberg hierherkam. Wahrscheinlich zwischen Oderberg und hier, vielleicht auch erst in Berlin selbst, wurde ihm eine Brieftasche mit 1975 Rubel in 200-, 300- und 500-Rubelscheinen und kleineren Münzen, eine größere Anzahl Blanco-Accepte mit russischer Unterschrift und eine große Zahl Rechnungen auf seinen Namen entwendet. Die Scheine befanden sich in einer Brieftasche mit silbernen Verzierungen modernen Stils. Wahrscheinlich hat ein internationaler Eisenbahndieb sich die Sachen angeeignet, während der Baron schlief.

Ein Paletotdieb, der wahrscheinlich schon seit Juli dieses Jahres verschiedene öffentliche Anstalten, wie die Charité, die Anatomie, die Bergakademie und die Landwirtschaftliche Hochschule, und Gastwirtschaften und Kaffeehäuser in der Friedrichstadt unsicher machte, ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Ein Kriminalbeamter, der unauffällig in einem Café saß, beobachtete, daß ein junger Mann sich zweimal kurz hinter einander dort aufhielt. Da auch hier wiederholt Ueberzieher gestohlen worden waren, so folgte er ihm, als er einen Paletot anzog, der ihm nicht recht paßte. Der junge Mann ging nach dem Bahnhof Friedrichstraße, gab dort den Ueberzieher in Verwahrung, suchte ein andres Café auf, um hier seinen eignen Ueberzieher anzuziehen, ging dann wieder nach dem Bahnhof und ließ sich den aufbewahrten Ueberzieher herausgeben. Jetzt nahm der Beamte, der ihm immer gefolgt war, ihn fest. Der Mann nennt sich Anton Berends, man weiß aber nicht recht, wer er ist und ebenso wenig wo er wohnte. Es würde die Untersuchung fördern, wenn sich der Eigentümer des Ueberziehers, mit dem der Beamte ihn erwischte, im Zimmer 97 des Polizeipräsidiums melden wollte. Der Ueberzieher trägt auf einem Stück Sammt das Zeichen B. M. in Kreuzstich gestickt.

Jubiläum. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Bierabzieher ersucht uns mitzuteilen, daß der Bierabzieher Gottfried Borß, Reichenbergerstr. 130, am Donnerstag sein 25jähriges Arbeitsjubiläum begeht.

Einen Straßenbrand gab es gestern abend in der Fruchtstraße. Das Zuführungs-Gasrohr zum Hause Nr. 73 war schadhaft geworden und das ausströmende Gas hatte das Erdreich und das Trottoirpflaster durchdrungen. Wahrscheinlich war es dann durch ein weggeworfenes Streichholz in Brand geraten, so daß die Flammen an der Mauer emporloderten. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, schleunigst Gasarbeiter telephonisch herbeizurufen, die durch den sogenannten Gas-Absperrtopf die Gaszuführung einstellten. Noch im Laufe des Abends zogen sie dann ein neues Gasrohr ein. Als Merkwürdigkeit sei noch erwähnt, daß dieser einzige Gasabsperrtopf für vier Häuser dient, während sonst fast jedes Haus in Berlin seinen eignen Absperrtopf hat. Infolge dieses Vorkommnisses waren daher auch jene vier Häuser stundenlang ohne Gaslicht. — Zur selben Zeit mußte in der Großen Frankfurterstraße 112 ein Wohnungsbrand abgelöscht werden.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag wurde ein größeres Löschaufgebot nach der Katzbachstr. 4 gerufen. Hier war gegen 9 Uhr aus nicht ermittelter Ursache in der Wohnung eines Anbaues an das Quergebäude ein Brand ausgekommen, der an den Möbeln, Betten, Kleidungsstücken rc. reiche Nahrung fand und bei Ankunft des ersten Löschzuges auch schon auf die Dachkonstruktion übergesprungen war. Die Wehr ging daher auch sofort mit mehreren Schlauchleitungen vor und löschte die Flammen in verhältnismäßig kurzer Zeit ab. Die Aufräumungsarbeiten dauerten indes noch längere Zeit. Kurz vorher war in der Friedrichstr. 37a in einem Glaswarenlager Feuer ausgekommen, das in der Hauptsache Feuerungsmaterial erfaßte, aber noch im Keime erstickt werden konnte. In der Liegnitzerstr. 11 hatte die Wehr nachmittags 3 Uhr zu thun. Fleischwaren waren hier in einer Räucherkammer in Brand geraten. Außerdem mußte noch in den letzten 24 Stunden in der Müllerstr. 11 in einer Küche ein Feuer abgelöscht werden, das den Fußboden und die Balkenlage erfaßt hatte.

In der Deutschen Gesellschaft für volkstümliche Naturkunde hält am Mittwoch, den 12. November, abends 8 Uhr, im Hörsaal des königl. Museums für Völkerkunde, Königgrätzerstraße 120, Herr Dr. E. Deckert einen Vortrag mit Lichtbildern über: „Die westindischen Vulkanausbrüche“. Am Dienstag, den 18. November, abends 8½ Uhr, wird im Hörsaal des hygienischen Instituts der kgl. tierärztlichen Hochschule, Luisenstr. 56, ein sechsstündiger Vortragscyklus über „Bakteriologie“ durch Herrn Dr. J. Bongert, städt. Ober-Tierarzt und Leiter des bakteriologischen Laboratoriums auf dem städtischen Schlachthof, eröffnet werden. Näheres durch den Schriftführer, Oberlehrer Dr. Greif, Köpnickerstr. 142.

Im Verlage von Alexius Kießling in Berlin SW., Kleinbeerenstraße 26 erschien soeben in vierter Auflage: Kießlings neuer Radfahrerplan von Berlin mit Vororten 1 : 20 000 mit farbiger Darstellung der Art und Beschaffenheit des Pflasters und der für Zweiradfahrer verbotenen Straßen nebst Straßenverzeichnis und Polizeiverordnung, in sechsfarbigem Druck, 1 Mark. Der Plan gewährt ein sehr übersichtliches Bild von dem Stande des Pflasters am 1. Oktober 1902.

Volksschüler-Vorstellungen. Das Schiller-Theater veranstaltet auf Grund des im vorigen Jahre mit den Stadtverwaltungen von Berlin und Charlottenburg getroffenen Uebereinkommens auch in diesem Winter wieder eine Reihe von Nachmittags-Vorstellungen, ausschließlich für die oberen Klassen der Gemeindeschulen von Berlin und Charlottenburg. Der Besuch dieser Volksschüler-Vorstellungen ist für die Schüler resp. deren Angehörige kostenfrei, nachdem die genannten Stadtverwaltungen hierfür wieder einen bestimmten Betrag zur Verfügung gestellt haben. Zur Aufführung gelangt in diesem Jahre Lessings „Minna von Barnhelm". Ein Billetverkauf findet für diese Vorstellungen nicht statt.

Die Ausstellung des Vereins der Geflügelfreunde in Berlin „Cypria" vom 15.—17. d. M. im „Luisenhof", Dresdenerstr. 34/35, umfaßt vier Sonderabteilungen, und zwar: 1. Die Ausstellung der „Cypria" von Geflügel aller Art, 2. die Ausstellung der ostdeutschen Brieftaubenliebhaber-Vereine von rund 500 Nummern, 3. die zweite deutsche Eselschau, verbunden mit der ersten allgemeinen Tierschutz-Ausstellung, und 4. die Ausstellung hornloser Saanen- und Toggenburger Ziegen von der brandenburgischen Landwirtschaftskammer.

Aus den Nachbarorten.

Deckeneinsturz. Am Dienstag früh 6¾ Uhr stürzte ein Teil der Decke im Parterre-Geschoß im Hause Viktoriastr. 1 in Friedrichsfelde ein. Das einstöckige alte Wohnhaus, bestehend aus zwei Wohnungen im Parterre, gehört dem Eigentümer Burkert und ist an zwei Parteien vermietet. Das Haus ist im höchsten Grade baufällig und es ist erstaunlich, daß ein solches Gebäude noch als Wohnhaus vermietet werden darf. In der einen Stube wohnte eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern. Die zwei vorhandenen Betten stehen an der Längsseite der Stube am Giebel entlang. Die Deckenbalken sind nur durch sogenannte Wickel-Lehmstaaken ausgefüllt. Es ist weder Fußboden auf den Ballen, noch eine Schalung darunter. Es scheinen sich allmählich die ausfüllenden Wickelstaaken gelockert zu haben, denn plötzlich stürzte ohne Einwirkung von oben unter furchtbarem Gepolter das ganze einen Meter breite Balkenfeld in der Stubenlänge zusammen. Beide Bettstellen wurden durch die Last zertrümmert, ebenso Tisch, Stühle und Spiegel. Wäre der Einsturz eine halbe Stunde früher erfolgt, so wären vier Menschenleben vernichtet worden, indem Vater und Mutter sowie beide Kinder in den Betten überrascht worden wären. Auch dieser Fall lehrt wieder, daß es endlich an der Zeit ist, bezüglich des Wohnungswesens Zustände herbeizuführen, die solche Gefahren für Leben und Gesundheit beseitigen.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung erledigte am Montag in netto zehn Minuten sechs Vorlagen. Unter anderm wurden zur Vergrößerung der Kassenräume der Sparkasse 3450 M. bewilligt. Die Einlagen der Sparkasse haben seit dem zweijährigen Bestehen derselben bereits die Höhe von 12 Millionen Mark erreicht. — In die gemischte Deputation zur Regulierung der Sedanstraße wurde auch Stadtv. Obst (Soc.) deputiert. — Die Jahresrechnung der Armenverwaltung stellt sich für 1901 in Einnahme und Ausgabe auf 258 670 M., wovon allein auf Nachbewilligungen 26 913 M. entfallen.

In Zehlendorf ist die Zahl der Einwohner neuerdings zurückgegangen. Im Juli d. J. hatte sie die Zahl 10 000 überschritten, am 1. Oktober betrug sie 9761, am 1. November 9637. — In merkwürdiger Weise wird das Fortbildungsschulwesen in der Gemeinde zurückgestellt. Obgleich für die Fortbildungsschule bereits im vorigen Jahr 400 Mark in den Etat eingestellt wurden, ruht noch alles in dieser Sache. Nunmehr haben die Handwerksmeister am Orte Protest gegen die Verschleppung erhoben, die im seltsamen Gegensatz zu dem Eifer steht, mit dem man sich der Schulinteressen der Besitzenden annimmt.

Ein Angriff gegen einen Militärposten soll Sonntagnacht an der Grenze der Jungfernheide auf Haselhorster Gebiet verübt worden sein. Ein Kanonier des Garde-Fußartillerie-Regiments, der als Posten auf einem Uebungsplatz bei einer Menge von Artilleriematerial stand, wurde angeblich um Mitternacht von zwei Männern überfallen, nachdem er sie vorher dreimal angerufen und dann aufgefordert hatte, den Platz zu verlassen. Nach hartem Kampf schlug der Kanonier, wie es heißt, seine Angreifer in die Flucht. Die Geschichte klingt ein bißchen abenteuerlich, da kein verständiger Mensch danach Verlangen tragen kann, einen zweiten Fall Lück an seiner Person heraufzubeschwören.

Gerichts-Zeitung.

Die „Staatsbürger-Zeitung" vor Gericht.

Um Tralehner Verhältnisse handelte es sich bei einer Anklage wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten Hegel zu Gumbinnen, die gestern den früheren verantwortlichen Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung", Otto Böckler, vor die zweite Strafkammer des hiesigen Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Opitz führte. Der Angeklagte hatte sich, nachdem er wegen Beleidigung des Justizrats Cassel zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, nach Oestreich begeben, ist aber nach längerem Aufenthalt daselbst wegen mehrerer noch anhängiger Strafsachen ausgeliefert worden und verbüßt zur Zeit die sechsmonatige Gefängnisstrafe. — Die „Staatsbürger-Zeitung" veröffentlichte in ihrer Nummer vom 5. Mai v. J. eine Zuschrift aus Trakehnen, die folgendes mitteilt: Ein dort als Ortsarmer sich aufhaltender Sohn einer Invaliden-Wittwe habe eine Anzeige wegen Veruntreuungen eines Gestütsbeamten erstattet, sei aber darob von einem Stutenmeister im Auftrage des Herrn v. Oettingen stark gerüffelt worden und habe dann mit seiner Mutter eine üble Behandlung erfahren. Ein in Berlin wohnender Bruder des Demant habe darauf über diese Behandlung eine Immediateingabe an den Kaiser gerichtet, diese sei dem Regierungspräsidenten Hegel zur Gumbinnen zur Prüfung überwiesen worden. Die darauf erteilte Antwort habe sich nun gar nicht auf diese Beschwerde bezogen, sondern auf eine Eingabe, die die Wittwe Demant in Sachen der Invalidenpension an den Kaiser gerichtet habe. In dem Artikel hieß es nun, daß eine Prüfung der Beschwerde des Demant durch Vernehmungen gar nicht stattgefunden habe; vielleicht habe der Regierungspräsident den von Demant angeschuldigten Landstallmeister v. Oettingen angehört, mit dem er gesellschaftlich verkehre. Dieser Passus hat den Regierungspräsidenten Hegel zur Stellung des Strafantrages veranlaßt. Er hat bei seiner kommissarischen Vernehmung bekundet: Er habe die in dem Immediatgesuch des Fabrikarbeiters Gottlieb Demant enthaltene Beschwerde über die Behandlung seines Bruders und seiner Mutter als Ortsarme dem Landratsverweser zu Stallupönen überwiesen und von dort die Mitteilung erhalten, daß die Beschwerde unbegründet sei und Demant Mutter und Sohn als Querulanten zu gelten haben. Allerdings haben die Feststellungen des Landratsverwesers nur auf Mitteilungen des Landstallmeisters v. Oettingen beruht. Ein gesellschaftlicher Verkehr zwischen ihm und dem Landstallmeister v. Oettingen finde allerdings statt, in dem inkriminierten Passus liege aber die beleidigende Insinuation, daß er sich durch diesen gesellschaftlichen Verkehr in seinen amtlichen Maßnahmen beeinflussen lasse. — Staatsanwaltschafts-Rat Schmidt gab zu, daß der Artikel an sich sachlich gehalten sei, bis auf den nicht sofort erkennbaren Tropfen Gift, den der beleidigende Passus darstelle. Er beantragte einen Monat Gefängnis. Rechtsanwalt Simons bestritt, daß überhaupt eine Beleidigung vorliege und beantragte Freisprechung event. eine geringe Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte auf 100 M. Geldstrafe event. 10 Tage Haft und die Nebenstrafen. Der Gerichtshof hielt zwar eine Beleidigung für vorliegend, erwog aber strafmildernd, daß die in dem Artikel mitgeteilten Thatsachen an sich richtig seien, da eine vollständig umfassende sachliche Erledigung der Beschwerde des Demant nicht stattgefunden habe, sondern nur Herr v. Oettingen und nicht die eigentlich Beteiligten von dem Landratsamtsverweser vernommen worden seien.

Eine zweite Anklage

richtete sich gegen denselben Angeklagten, Redakteur Böckler, der in Gemeinschaft mit dem Schriftsteller Paul Koch der Verächtlichmachung von Einrichtungen der jüdischen Religionsgesellschaft beschuldigt wurde. Diese wird in einer vom Angekl. Koch verfaßten Broschüre über den Ritualmord gefunden, dessen Inhalt von der „Staatsbürger-Zeitung" wiedergegeben worden war. In dieser Strafsache konnte nicht verhandelt werden, da nach einer von Frau Koch eingegangenen Mitteilung ihr Ehemann infolge einer Katastrophe, die seine ganze wirtschaftliche Existenz bedrohe, von einem heftigen Nervenchoc befallen sei und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müsse. Es wurde beschlossen, die Verhandlung dieser Strafsache zu vertagen.

Es folgte eine

dritte Anklage

gegen den Redakteur Böckler. In diesem Falle hat er sich wegen Beleidigung des Professors der Theologie, Hermann L. Strack, zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung stellt Rechtsanwalt Simons einen Ablehnungsantrag, der sich einem in der vorigen Sache vom Angekl. Koch gestellten gleichen Antrage angliedert. Der letztere hatte einen Ablehnungsantrag gegen den Beisitzer Landgerichtsrat Ziehm gestellt und dieser hatte bei seiner Aeußerung hierüber folgendes erklärt: „Ich erinnere mich nicht, daß ich in einer Verhandlung gegen den Buchhändler Dewald bei den Ausführungen des Angekl. Dewald und seines Verteidigers über den jüdischen Ritualmord mitleidig gelächelt oder den Kopf geschüttelt hätte. Ich halte es aber durchaus für möglich. Die Frage, ob es einen jüdischen Ritualmord giebt, ist nicht neu, sie ist längst von kompetentester Seite widerlegt worden. Wenn es gleichwohl immer wieder Personen giebt, die die Frage aus Geschäftsgründen, aus Unwissenheit oder aus Haß gegen die Juden als eine offene behandelt wissen wollen, so können sie doch unmöglich von einem Richter verlangen, daß er ihnen und ihrem Zwecke zu Liebe seine wissenschaftliche Erkenntnis beiseite setzt und ihren mit Wahrheit und Wissenschaft in Widerspruch stehenden Ausführungen eine andre Beachtung schenkt, als die des Erstaunens und Lächelns. Es ist also möglich, daß ich gelacht habe, halte mich aber nicht für befangen." — Auf Grund dieser in der andern Sache abgegebenen Erklärung beantragte Rechtsanwalt Simons namens seines Klienten die Ablehnung des Landgerichtsrats Ziehm als befangen. In dieser Strafsache handle es sich zwar nicht direkt um den Ritualmord, sondern um eine Beleidigung des Professors Dr. Strack, der Streit mit diesem gruppiere sich aber doch um dessen Stellungnahme zum Ritualmord und deshalb müsse ein Mann, der die von vielen wissenschaftlich gebildeten Männern immer noch als offen behandelte Frage des Ritualmordes in dieser scharf pointierten Weise als absolut erledigt hinstellt, als befangen angesehen werden. Ein andrer Richter, der Amtsgerichtsrat v. Podewils, habe in einer andren Sache die Frage des Ritualmordes für absolut offen erklärt. — Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Beratung zurück. Nach Anhörung des Landgerichtsrats Ziehm durch die Beschlußkammer wurde der Ablehnungsantrag abgelehnt, da jene Erklärung des Landgerichtsrats Ziehm keine Veranlassung gebe, gegen diesen Mißtrauen in seine Unbefangenheit zu setzen.

Es wurde hierauf in die Verhandlung selbst eingetreten, die nach langer Dauer damit endete, daß der Angeklagte zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. In den Erörterungen spielte selbstverständlich die Ritualmordfrage aller Wissenschaft zum Trotz wieder eine beträchtliche Rolle.

Versammlungen.

Das Gewerkschafts-Kartell Berlin und Umgegend hielt am Montag eine Delegierten-Versammlung bei Pait, Dragonerstr., ab. Nach dem Bericht, den der Kassierer Piesker erstattete, betrugen die Einnahmen des Kartells in der Zeit vom 12. Juli bis 25. Oktober inkl. des alten Bestandes von 421 M. insgesamt 13 036,26 M., die Ausgaben 11 912,74 M., so daß ein Bestand von 1 123,52 M. verbleibt. Unter den Einnahmen befinden sich 3 179,20 M. für Streiks der Bauarbeiter, Tischler, Kleber, Bleiglaser und Glasmaler. Verausgabt wurden für die Streiks der Musikinstrumentenarbeiter, Bauarbeiter, Tischler, Kleber, Kistenmacher, Bleiglaser und Glasmaler insgesamt 11 385 M. Hierauf berichtete Hinrichsen über die bevorstehende Gewerbegerichtswahl und die Kandidatenfrage zwischen Kartell und Gewerkschaftskommission. Er verwies darauf, daß dem Sekretär der Gewerkschaftskommission die vom Kartell aufgestellte Kartell-Kandidatenliste frühzeitig zugestellt, aber nicht berücksichtigt worden ist und teilte mit, daß nunmehr zwischen den in Frage kommenden Instanzen verhandelt wird, um eine Regelung der Kandidatenfrage zu veranlassen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten der Gewerkschaftskommission heftig kritisiert und verlangt, daß in Zukunft geeignete Vorkehrungen getroffen werden, um ein derartiges Verfahren gegenüber den an das Kartell angeschlossenen Gewerkschaften zu verhindern.

Den Bericht über die Angelegenheit der Frau Gubela, den Beschluß der Berliner Vertrauensleute betreffend und über die von der Geschäftskommission und dem Ausschuß des Kartells in dieser Sache unternommenen Schritte erstattete ebenfalls Hinrichsen. Nachdem die Vertrauensleute eine nochmalige Verhandlung mit Hinzuziehung der Kartellvertreter abgelehnt, ist vom Ausschuß des Kartells und der Geschäftskommission eine Sitzung in dieser Sache einberufen worden, in der die vernommenen zahlreichen Zeugen im allgemeinen für Frau Gubela günstig aussagten. Nach einer langen Diskussion wurde beschlossen, der nicht anwesenden Frau Gubela aufzugeben, gegen den Beschluß der Vertrauensleute noch innerhalb dieses Jahres bei dem Parteivorstand, entsprechend dem Organisationsstatut der Partei, Berufung einzulegen. Bis dahin soll Frau Gubela ihre bisherige Thätigkeit in der Organisation weiter ausüben und über das weitere soll dann eine spätere Kartellverfammlung entscheiden.

Hierauf berichteten Schröder und Wiesner über den gegenwärtigen Stand und den voraussichtlichen Verlauf des Rohrlegerstreiks. Sodann wurde von dem Vertreter der Bleiglaser mitgeteilt, daß entgegen den Vereinbarungen trotzdem Maßregelungen stattgefunden haben und eine größere Anzahl seiner Kollegen noch arbeitslos ist. — Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Sitzung, in der die Bäcker, Kürschner, Portefeuiller und der gewerkschaftliche Frauenverein fehlten.

Die Metallarbeiter hielten am Sonntag im Palast-Theater ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Besuch war ein sehr zahlreicher. Rendant Petzold verlas den Kassenbericht vom 3. Quartal. Danach hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 79 632,51 M. Es wurden 34 300 Beiträge mehr vereinnahmt wie im 2. Quartal, weil die Mitgliederzahl in dieser Zeit von 22 884 auf 26 180 gestiegen ist. An Ortsunterstützung hatte die Hauptkasse zu leisten 19 511,45 M. und an Streikunterstützung 32 374,05 M. Aus der Lokalkasse wurden für Streik- und sonstige Unterstützung gezahlt 15 619,65 M., das sind ca. 8900 Mark mehr wie im 2. Quartal. Die Lokalkasse weist einen Kassenbestand von 165 640,62 M. auf. Der erste Bevollmächtigte Cohen begründete den Antrag der Ortsverwaltung auf Anstellung eines neuen Bureaubeamten. Bei der schnell steigenden Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle Berlin und der dadurch erwachsenden Mehrarbeit seien die jetzigen acht Beamten nicht mehr ausreichend. Da die Beschäftigung von vielfach wechselnden Hilfskräften aber ihre Schattenseiten habe, so erweise sich die feste Anstellung eines neunten Beamten als eine zwingende Notwendigkeit. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag fast einstimmig angenommen und das bisherige Mitglied der engeren Ortsverwaltung, Pawlowitsch, von 2804 abgegebenen Stimmen mit Majorität gewählt. — Alsdann gelangte ein von der vorigen General-Versammlung zurückgestellter Antrag betreffend die Gehaltsregulierung der örtlichen Verbandsbeamten zur Verhandlung. Nach einer lebhaften Diskussion, in der sich verschiedene Redner teils für, teils gegen den Antrag ausgesprochen hatten, wurden folgende Sätze desselben mit großer Mehrheit angenommen: Der erste und zweite Bevollmächtigte sowie der Rendant erhalten ein Anfangsgehalt von 175 M. pro Monat. Das Gehalt steigt jährlich um 5 M. pro Monat bis zum Höchstbetrage von 200 Mark monatlich. Die übrigen Beamten erhalten ein Anfangsgehalt von 165 M. pro Monat (wie bisher), steigend jährlich um 5 M. pro Monat bis zum Höchstbetrage von 175 M. monatlich. Diese Gehaltsskala gilt vom 1. November d. J. ab. — Ferner lag ein Antrag auf Aenderung des Ortsstatuts betr. der zu zahlenden Streikunterstützung vor. Bisher wurden Streikgelder an Unorganisierte oder nicht vollberechtigte Mitglieder in einer Höhe gezahlt, die jene eigentlich gar nicht verdienten. Es geschah dies lediglich, um jene Leute vom Streikbruch fernzuhalten. Die Ortsverwaltung ist aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine derartige Rücksichtnahme jetzt nicht mehr in demselben weitgehenden Maße nötig ist, weil die Organisation am Orte immer mehr erstarkt und jene Elemente längst Gelegenheit gehabt haben, mit in die Reihen der organisierten Kollegen einzutreten, um vollberechtigte Mitglieder zu werden. Daher wurden folgende Unterstützungssätze vorgeschlagen: Für Unorganisierte oder bis 4 Wochen Organisierte 6 M. pro Woche (früher 9 M.), von 4—13 Wochen Organisierte 9 M. (früher 10,50 M.), von 13—26 Wochen Organisierte 12 M. (wie früher) und für nichtvollberechtigte weibliche Mitglieder 4 M. (früher 6 M.). Vorstehender Antrag fand einstimmige Annahme bis auf den für die weiblichen Mitglieder gemachten Vorschlag.

Auf Antrag von Frl. Kadeit wurde nämlich beschlossen, es bei dem Unterstützungssatz für nichtvollberechtigte weibliche Mitglieder in der bisherigen Höhe von 6 M. zu belassen, weil die Agitation unter den Arbeiterinnen eine so überaus schwierige sei. — Ein weiterer Antrag, für den Norden Berlins ein Hilfsbureau mit zwei Verbandsbeamten einzurichten, mußte der vorgerückten Zeit halber bis zur nächsten Generalversammlung vertagt werden. Ebenfalls die Wahl eines Beisitzers der engeren Ortsverwaltung an Stelle des zum Beamten gewählten Mitgliedes Pawlowitsch, da noch eine Stichwahl zwischen Schulz und Fiedler stattzufinden hat.

Eine lebhafte Agitation für die Konsumvereine entfalten gegenwärtig mehrere Mitglieder der vereinigten Konsumvereine Berlin-Nord und -Süd, Weißensee und Schöneberg. Von letzteren waren zu Montag 10 öffentliche Volksversammlungen einberufen worden mit der Tagesordnung: „Die Lebensmittelverteuerung und der Nutzen der Konsumgenossenschaften". Die auch von Frauen verhältnismäßig gut besuchten Versammlungen fanden statt in den Lokalen: Ballschmieder, Badstr., Weddingpark, Müllerstr., Berliner Prater, Kastanienallee, Borussiasäle, Ackerstr., Elysium, Landsberger Allee, Peters, Alt-Moabit, Bockbrauerei, Fidicinstr., Kreideweiß-Tempelhof, Obsts Festsäle-Schöneberg und im Prälaten-Weißensee. Als Referenten waren erschienen: Frau Helma Steinbach-Hamburg, Frau Emma Ihrer-Pankow, Frau A. Mesch, Fräulein Fanny Imle, Breslauer, Bernhardt, Hetzschold, v. Elm, Paul Göhre und E. Rosenow. — In den einzelnen Versammlungen wurde den Anwesenden Zweck und Nutzen der Konsumvereine ausführlich klargelegt. Bedauert wurde dabei jedoch, daß die Genossenschaftsbewegung gerade in Berlin nur sehr geringe Fortschritte mache. Diese Zurückhaltung entspreche eigentlich nicht der Intelligenz der Berliner Bevölkerung. Anstatt sich dem Konsumverein für Berlin und Umgegend anzuschließen, beteilige man sich hier an den Rabattsparvereinen, und dabei müsse es doch jedem Denkenden klar sein, daß die Konsumenten den bei den letztgenannten Vereinen erzielten Rabatt aus ihrer eignen Tasche zu bezahlen haben. Mit der Beteiligung an den Rabattsparvereinen beseitige man nicht die durch den parasitischen Kleinhandel bewirkte Lebensmittelverteuerung. Letzterer aber entgegenzuwirken, das sei der erste Zweck der Konsumvereine. Wenn die deutschen Arbeiter erst die richtige Erkenntnis von dem Nutzen der Konsumvereine gewonnen hätten, dann würden sie auch mit derselben Energie die Genossenschaftsbewegung fördern, wie sie es bei der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung thun. Zwar dürfe man in den Konsumvereinen nicht ein Allheilmittel zur Lösung der socialen Frage erblicken, so z. B. könne auf diesem Wege einer gesetzlichen Lebensmittelverteuerung, wie sie durch Zölle bewirkt worden sei und gerade gegenwärtig in noch größerem Maßstabe herbeigeführt werden solle, vorläufig nur indirekt und in geringem Grade entgegenarbeiten. Trotzdem seien die Vorteile gut geleiteter Konsumgenossenschaften derartig groß, daß sich die deutschen Arbeiter genau so gut dafür begeistern müßten, wie es die englischen und belgischen Arbeiter bereits gethan haben. Was die Engländer, Belgier usw. auf diesem Gebiete leisten können, das können die Deutschen ebenfalls, vorausgesetzt, daß sie den Wert einer Sache erst begriffen haben. Inwieweit diese Erkenntnis stetig mehr und mehr Platz greife, dafür liefere der erfreuliche Aufschwung der deutschen Konsumgenossenschaften in den letzten Jahren einen schlagenden Beweis, und infolgedessen stehe auch zu erwarten, daß die Berliner Arbeiterschaft in absehbarer Zeit den Konsumvereinen die gebührende Beachtung schenken werde.

Als Resultat der Versammlungen war eine nach mehreren Hunderten zählende Neuaufnahme von Mitgliedern für die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend zu verzeichnen.

Central-Verband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Berlin). Mittwoch, den 12. November, abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Zweiter Vortragsabend des Redakteurs Herrn Ströbel über das Thema: „Aus deutscher Litteratur." Gäste willkommen.

Berliner Tanzlehrer-Verband. Sitzung Freitags 8 Uhr in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstr. 75.

Vermischtes.

Aus dem Zuge gestürzt. Aus Oppeln wird der „Schles. Ztg." unter dem 9. d. M. berichtet: Im Zuge 1 von Breslau nach Oderberg saß eine Mutter mit einer Schwester und vier Kindern im Alter von 8 bis 9 Jahren. Ein Junge von fünf Jahren spielte mit dem Thürgriff, die Thür ging auf und das Kind fiel aus dem mit 75 Kilometer Geschwindigkeit fahrenden Zuge zwischen Dombrau und Oppeln auf das Nebengeleis. Die angstvolle Mutter sprang dem Kinde nach, statt die Notbremse zu ziehen. Beide, Mutter und Kind, wurden blutüberströmt in den Zug aufgenommen und in Oppeln von einem telegraphisch herbeigerufenen Arzt verbunden.

Fünf Seeleute ertrunken. Die Montag mit einer Ladung Salpeter von Iquique (Chile) im Hamburger Hafen eingetroffene Hamburger Bark „Gudrun" (Kapitän Thomsen) hat bei Kap Horn fünf Mann der Besatzung verloren. Die Bark hatte beim Passieren des gefürchteten Kaps stürmisches Unwetter zu bestehen. Während des Sturmes wurde der Matrose Hellriegel aus Kibnitz von einer Sturzsee über Bord gerissen. Der Kapitän ließ sofort ein Boot klar machen und mit den Matrosen Fehling aus Dierhagen, Pleitner aus Oldenburg, Hartung aus Vordingborg und Witt aus Rostock bemannen. Das Schiff drehte bei und nun stieß das Boot mit den vier kühnen Männern ab. Der verunglückte Hellriegel tauchte zeitweilig auf den Wogenkämmen auf. Eine Zeitlang kämpften die Retter sich durch die Wogen, und schon glaubte man, daß das Rettungswerk gelingen werde, da wurde das Boot von einer riesigen Welle gefaßt. Im nächsten Augenblicke trieb es kieloben, und die vier Retter fanden bei dem Wagestück ebenfalls den Tod, denn noch ein weiteres Boot auszusetzen, konnte bei dem Unwetter nicht gewagt werden. Es wurden noch Rettungsringe über Bord geworfen und die Unfallstelle längere Zeit abgekreuzt; aber von den fünf Verunglückten war nichts mehr zu erblicken.

Ein Hamburger Austernkutter ist ungefähr 100 Meilen unterhalb Helgoland untergegangen, doch wurde die ganze Mannschaft von einem andren Austernkutter gerettet und in Kuxhaven gelandet.

Bei Kronstadt zeigt sich zunehmend Eis, doch ist der Verkehr mit den Dampfschiffen zur Zeit noch möglich.

Brand der neuen Brücke in New York. Die im Bau begriffene Brücke über den East River zwischen New York und Brooklyn ist durch Feuer beschädigt worden. Der Schaden wird auf eine halbe Million Dollars geschätzt. Die zwei Brücken für Fußgänger, die an den Hauptkabeln hängen, sind zerstört. Die Behörden ließen den Verkehr auf dem East River einstellen, da ein Regen von Feuer und glühendem Eisen von der Brücke herunterfiel. Der Brand kam in der Spitze des 335 Fuß hohen Turmes auf der New Yorker Seite aus.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 12. November.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold.
Schauspielhaus. Im bunten Rock.
Deutsches. Monna Vanna.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Central. Madame Sherry.
Lessing. Die Zwillingsschwester.
Neues. Herren der Schöpfung.
Residenz. Seine Kammerzofe.
Westen. Das Heimchen am Herd.
Thalia. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha.

Anfang 8 Uhr:

Schiller. O. (Wallner-Theater.) Esther. Zwei Eisen im Feuer.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Der Biberpelz.
Belle-Alliance-Theater. Anno 48.
Wilhelm. Auf goldenem Boden.
Carl Weiß. Ilse Römer.
Luisen. Deborah.
Casino. Ein Sohn des Volkes.
Buntes Theater. Die Lore. Abergläubisch. Der Hund. Bunter Teil.
Palast. Goldene Jugend. Specialitäten.
Kleines. Rausch.
Trianon. Die Liebesschaukel. (La Bascule.)
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Wintergarten. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Steidl. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater

Heute und folgende Tage, abends 7½ Uhr:

Madame Sherry.

Operette in 3 Akten von Hugo Felix. Sonntag, 16. Novbr., nachmittags: **Die Geisha.** Abends: **Madame Sherry.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72–73.

Zum 478. Male: **Charleys Tante.**

Guido Thielscher als Charleys Tante.

Anfang: Charleys Tante. 8½ Uhr. Vorher: **Cassis Pascha.** Anf. 7½ Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, 16. Nov., nachmittags 3 Uhr: Gastspiel des königl. Schauspielers Herrn **Joseph Kesper. Die bezähmte Widerspenstige.**

Residenz-Theater.

Blumenstraße 9.

Seine Kammerzofe.

(Nelly Rozier.)

Schwank in drei Akten von Bilhaud und Hennequin.

Morgen und folgende Tage: **Seine Kammerzofe.**

Buntes Theater

(Ueberbrettl.)

Köpnickerstraße 68. Anfang **8 Uhr.**

Die Lore. Abergläubisch. Der Hund.

Bunter Teil:

Tiny Senders. — Marcell Salzer. Charlotte Marga. — Hans Fredy. Emil Justitz.

Wilhelm-Theater.

Friedrich-Strasse 236.

Auf goldenem Boden.

Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von W. Frecking.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Sonntag, den 16. November, zu halben Preisen, nachmittags 3 Uhr: **Die Anna-Lise.**

Belle-Alliance-Theater.

Heute und folgende Tage:

Münchener Ensemble-Gastspiel Konrad Dreher a. G.

Anno 48.

Altmünchener Posse mit Gesang in 3 Akten. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringer-Straße 37.

Wochentags 8, Sonntags 7½ Uhr.

8 Uhr: **Chambre garnie.**

8½ Uhr: **Die brill. Specialitäten.**

U. a.: **Nesemann als Sarah Bernhardt.**

9½ Uhr:

Ein Sohn des Volkes.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Ilse Römer.

Romantisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.

Morgen u. folgende Tage: **Ilse Römer.**

Sonnabendnachm. 4 Uhr: **Robinson Crusoe.** Sonntagnachm. 3 Uhr: **Eine Paria.**

Bernhard Rose-Theater,

Badstr. 58.

Mittwoch, den 12. November 1902:

Der Goldbauer.

Original-Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Anfang 8 Uhr.

Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Freitag, den 14. November: **Gr. Extra-Vorstellung.**

Der Leiermann und sein Pflegekind.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.

Im Theater um **8** Uhr:

Frühlingstage an der Riviera.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.

Das neue Novbr.-Programm.

Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Agoston

der „Witze“-König.

Der Todessprung

d. Hundes, vorgef. v. Maud Griselda

Lotte Sebus,

das gewisse Etwas.

Yvette de Laabé,

Flammentanz d. 20. Jahrhunderts. neue 14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.

Hochaktuelle Neuheit!!

Ein **„Boeren-Museum“**

(Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Grösste Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!

Luisen-Theater.

Reichenbergerstraße 34.

Zum 1. Mal:

Deborah.

Schauspiel in 5 Akten von Dr. H. S. Mosenthal.

Anf. 8 Uhr. Vorverk. 10–2 Uhr, Kasse, Invaliden- und Künstlerdank und Warenhäuser A. Wertheim.

Morgen: **Der grüne Karl.**

Freitag: **Othello.**

Sonnabend: ½3 Schülervorstellung. **Hamlet.** 8 Uhr: **Berlin, wie es weint und lacht.**

Sonntag: 3 Uhr: **Maria Stuart.** 8 Uhr: **Robert und Bertram.**

Metropol-Theater.

Berlin bleibt Berlin.

Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.

Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. —

Rauchen gestattet.

Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:

Die neuen Specialitäten.

Um 8¾ Uhr: Zum **7.** Male:

Unter persönlicher Leitung des Komponisten:

Nakiris Hochzeit.

Ausstattungs-Operette in 2 Akten und 6 Bildern von **Paul Lincke.**

Im zweiten Bilde:

Der sensationelle Spiegeltrick.

Im letzten Bilde:

H. Hardins elektrisches Ballett.

Kassenöffnung **7** Uhr. Anf. **8** Uhr.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.

Brunnenstrasse 16.

Das Käthchen von Heilbronn

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Donnerstag: **Die Näherin.**

Freitag: **Extra-Vorstellung.**

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.

Die Liebesschaukel.

Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.

Anfang 8 Uhr.

Sonntagnachm.: **Coralie & Cie.**

Palast-Theater

Burgstr. 22. Direktion: **R. Winkler.**

Große Ausstattungs-Novität.

Wiederauftret. d. Direktors **R. Winkler.**

8½ Uhr: 8½ Uhr:

Goldene Jugend.

Operetten-Burleske in 2 Akten mit Gesang u. Tanz von W. Gericke. Musik von C. Wappaus.

Hyronimus Fiebig — **Dir. R. Winkler.**

Tanz-Divertissement arrang. v. d. Ballettmeisterin Frl. **Anna Bernhard,** kgl. Tänzerin a. D.

Die neuen Kostüme aus dem Atelier **R. Schaub.**

12 neue Schaunummern.

Attraktionen I. Ranges.

Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater **O.** (Wallner-Theater).

Mittwochabend 8 Uhr:

Esther.

Von Franz Grillparzer.

Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**

Lustspiel in 3 Akten frei nach Calderon von Friedrich Adler.

Donnerstagabend 8 Uhr:

Kabale und Liebe.

Freitagabend 8 Uhr:

Der Biberpelz.

Schiller-Theater **N.** (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).

Mittwochabend 8 Uhr:

Der Biberpelz.

Eine Diebskomödie von Gerhart Hauptmann.

Donnerstagabend 8 Uhr:

Doktor Klaus,

Freitagabend 8 Uhr:

Der Herr Senator.

Cirkus Schumann

Mittwoch, den 12. November, abends 7½ Uhr:

Grosser Gala-Abend.

Wer lachen will,

muss die

unverwüstliche Meisterpantomime

Die lustigen Heidelberger

sehen.

Humor, Scherz, Witz, Frohsinn und Heiterkeit

beleben die Pantomime von **Anfang bis Schluss.**

Vorher:

Das Riesenprogramm.

Das musikalische Pferd. Trio Rossi. Direktor Alb. Schumanns Creationen.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)

Unter den Linden 44.

Anfang 8 Uhr:

Rausch.

Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.

Morgen: Ackermann.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 12. November 1902, abends 7½ Uhr:

Grosse Vorstellung.

Die neu engagierten Specialitäten und das grosse Ausstattungsstück

Dahomey mit **Elefanten-Jagd.**

Winter Garten

Neues Programm:

Die Sarnthaler Singvögel, Tyroler Gesangs-Sextett.

Willi Walden, Soubrette.

Loulou Glover, amerikanische Sängerin.

Der Schönheitspreis, Ballett-Divertissement in 1 Akt.

Mason u. Forbes, amerik. Excentriks.

Nara, Meister-Jongleur.

Emile Gautier, der Ritt auf der Tischplatte.

Theodor Franke, Humorist.

Germaine Gallois

Pariser Diva.

Valentine Petit, Phantasietänzerin.

Rosario Guerrero, spanische Tänzerin.

Minstrels Parisiens, Pariser Strassensänger. „Biograph“.

Anker-Brikets

sind überall dort zu haben, wo das bekannte Plakat mit der Hand aushängt. 44/4*

Roh-Tabak.

Größte Auswahl, billigste Preise. 54972*

Edmund Lindenstädt, Brunnen-Straße 16.

F. Scholz' Festsäle, Große Frankfurterstraße 74.

empfiehlt **1. und 2. Weihnachts-Feiertag zu Matineen.** Außerdem empfehle meine Säle wochentags zu Festlichkeiten und Versammlungen unter ganz coulanten Bedingungen. 53952*

Jeden Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag: **Tanz.**

Die Anerkennung

die unser Paletot

„Treffer“

in allen Kreisen der Berliner Bevölkerung gefunden, veranlaßte uns, ein

Seitenstück

zu diesem vorzüglichen Fabrikat herzustellen und zwar eine Joppe unter der Marke

Nimrod.

Wir offerieren mithin, als Beweis unsrer höchsten Leistungsfähigkeit, unsren in so kurzer Zeit so beliebt gewordenen Paletot **Treffer,** das praktischste, modernste und gediegenste Kleidungsstück der Saison, in dunkelgrauer Marengo-Farbe, bestehend aus weichem, fein meliertem Oberstoff mit gutem Plaid- oder gestepptem Atlas-Futter, ein- und zweireihig mit Sammetkragen, die Nähte zweimal gesteppt, für jede Figur, ob normal oder anormal passend, in Verarbeitung II zum Preise von **Mk. 18,—.** Derselbe Paletot mit extra schwerem Plaidfutter in Verarbeitung I, Ueberzieher nach Maß ersetzend, zum Preise von **Mk. 28,—.** Ferner die unter der Marke „Nimrod“ konfektionierte Joppe, bestehend aus dunkelgrauem weichem porösem Lodengewebe in glatter oder rauher Herstellung, gefüttert mit schwerer Fell-Imitation, in hochgeschlossenen Façons, Taillengurt, mit und ohne Muffiaschen. Dieses Kleidungsstück eignet sich besonders für Sportleute, Jäger, Beamte usw. In Verarbeitung II **Mk. 8,50,** in prima Verarbeitung und bestens ausgestattet **Mk. 12,—.**

Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Uebervorteilung ausgeschlossen. Garantie für tadellosen Sitz. Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation im größten Maßstabe.

Deutsche Compagnie Heitinger & Co.

Oranienstr. 40/41. 53672*

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle Chausseestr. 103.

Jeden Mittwoch und Sonntag:

Hamburger Sänger.

Direktion Otto Steidl und Wilh. Wolff.

Neu! Die lustigen Weiber von Stralau.

Humoristisches Gesamtspiel von Wilh. Wolff. Anf. 8 Uhr. Bons gelten. Eintritt **30** Pf.

Jeden Donnerstag: **Bergter-Konzert und Familien-Kränzchen.**

Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: **Großer Ball.**

8 große und kleine Säle unter coulanten Bedingungen zu vergeben. 50829*

Steidl-Theater

Oranienburg. Thor — an der Friedrichstr.

Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Steidl-Sänger.

Täglich wechselndes Programm. Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Festsaal:

Tanzkränzchen.

Reichshallen.

Täglich:

Stettiner Sänger.

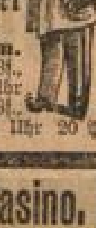
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11–1½ Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.

Donnerstag, Sonntag und Montag:

Hoffmanns Norddeutsche Sänger



Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Entree: Sonntags 50 Pf., Sperrsitz 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sperrsitz 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderst.

Täglich erstkl. **Specialitäten-Vorstellung.** Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag **Tanzkränzchen.**

Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété

Kommandantenstraße 77/79.

Direktion **Carl Haverland** (neue Direktion).

Das amüsante hochkomische mit großem Beifall aufgenommene

November-Programm.

Allererste Kräfte. U. a.:

Arthur Delbost.

Mr. Fredorf.

Mr. Dante.

Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:

Familien-Tanzkränzchen.

Sonntags von 12–2 Uhr **Matinee** bei freiem Entree.

Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3

Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Wochentags: Entree frei!

5 Künstler-Kapellen 5

Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Gesellschaftshaus Ostend

Memelerstraße 67.

Empfehle meine Säle für Gesellschaften und Versammlungen, auch Sonntags zu vergeben. 3785

Ernst Herzog.

Seidenstoffe

Weltbekannt

[illegible] 5615L*

Schwarze

Reinseidene Robe

[illegible] glatt und gemustert

10 Meter **Mark 25,00.**

Seidenhaus

Pauldrach & Ott,

I. Geschäft: **Oranienstr. 153,**
II. „ **Rosenthalerstr. 20-21.**

— Man verlange Proben. —

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.

Heute Mittwoch:

Militär-Konzert

3. Garde-Regim. zu Fuß (Herr **Goerisch.**)

Im Kaiser-Saal:

Bückeburger Sänger.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Specialarzt für 45/17*

Haut- und Harnleiden.

10–2, 5–7, Sonntags 10–12, 2–4.

Künstliche Zähne von **2 Mk.** an.

Plomben, schmerzloses Zahnziehen 1 Mk. Langjähr. Garantie. Teilzahl. gestattet. 10 Proz. Rabatt bei Barzahlung.

Zahn-Atelier Gust. Freyhoff,

Schwedterstraße 245a, I, Ecke Kastanien-Allee.

Teilzahlung

monatlich 10 M., liefert **elegante Herren-Garderobe** nach Maß. **Bar Kasse allerbilligste Preise. Wer selbst Stoff hat,** fertige Anzüge, Paletot nach Maß von 20 Mark an. 49182*

Tomporowski, Schneidermeister, **Prinzenstr. 55,** Ecke Dresdenerstraße.

Anzüge nach Maß für Herren- u. Knaben

Größte Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider ꝛc. werden unter **Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

36 Mark

elegante **Winter-Paletots, 30 Mark**

hochfeine **Herren-Anzüge, 12 Mark**

schwere **Winter-Beinkleider. Guter Stoff, tadelloser Sitz.**

14. Krausenstr. 14.

1 Treppe. Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Treppe.

Reste

zur

Damen-Mäntel-Konfektion und Kindergarderobe. Futterseiden, Besatzartikel

fertige Mäntel in grosser Auswahl zu bill. Pr.

C. Pelz,

4. Kottbuser-Strasse 4.

Frack- Verleih-Institut, Friedrichst. 151 I a. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1 M., Hose 1 M., Weste 50 Pf.

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten

nur direkt in der Fabrik S. Strohmandel, Berlin S.

72, Wallstr. 72, nahe der Rossstrasse,

wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. **Prachtkatalog gratis!** 51852*

28 Nach beendetem Umzuge **28**

Ausverkauf

zurückgesetzter Teppiche, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch-, Reise-, Schlaf- und Steppdecken, Läuferstoffe, Möbelstoffe und Plüsche.

Alles in grosser Auswahl zu noch nie dagewesenen billigen Preisen 56152*

J. Adler Teppichhaus

jetzt nur König-Strasse 28 Ecke Neue Friedrichstrasse.

Für 20 Mark

fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Zuthaten. **Weyer, Rosenthalerstr. 6/7.** Amt III 8524.

Achtung, Maurer!

Auf Grund des gestrigen Säulenanschlages, nach welchem am **Bau des Kanals in der Kaiser Wilhelmstraße Maurer zu einem Stundenlohn von 60 Pf. verlangt werden,** geben wir bekannt, daß am Sonnabend die gesamten Maurer des dortigen Kanalisationsbaues die Arbeit niedergelegt haben, nachdem ihnen ihre Forderung, 65 Pf. pro Stunde, abgelehnt worden war. Wir machen unsre Kollegen darauf aufmerksam, daß bis jetzt die Differenz noch nicht beseitigt ist, und bitten deshalb, **die Baustelle streng zu meiden.**

143/18 **Die Verbandsleitung.**

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Den Baudeputierten zur Kenntnis, daß **Wahl-Legitimationen** zu der am Sonntag, den 16. d. M., stattfindenden **Gewerbegerichts-Wahl** in allen Filialen Berlins zu haben sind. 44/7*

Wir ersuchen die Deputierten, für alle auf dem betreffenden Bau beschäftigten wahlberechtigten Kollegen Wahl-Legitimationen zu besorgen.

Die Verbandsleitung.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

(Eingetr. Hilfskasse Nr. 2, Hamburg.)

Oertliche Verwaltung Berlin.

Freitag, den 14. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal VI:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1902. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 259/15*

Der Vorstand. Richard Schröder, Tilsiterstr. 82.

Parkettbodenleger!

Mittwoch, den 12. November, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27:

Versammlung.

Tages-Ordnung: **Der Streik bei Mittag.** 91/4

Der Obmann: C. Krafft.

Reinickendorf u. Umgegend.

Donnerstag, den 13. November cr., abends 8½ Uhr:

Zwei Volksversammlungen

in den Lokalen **Kastanienwäldchen** (Inh.: **Abraham**), **Schönholz,** und **W. Thomas, Ecke Eichbornstraße und Augusta Victoria-Allee.**

Tages-Ordnung: 1. **Zollwucher und Fleischnot.** 2. Diskussion.

Referenten: Frau **Dr. Weyl** und Schriftsteller **Grunwald.**

223/9 **Der Vertrauensmann.**

Lese- und Diskutierklub „Südost".

Donnerstag, 13. November, 8½ Uhr bei Tolksdorf, Görlitzerstr. 58:

Vortrag

Moses oder Darwin? „Eine Schulfrage."

222/8 **Der Vorstand.**

Meissner

Geld-Lotterie

Ziehung 29. Novbr. bis 5. Dezemb.

Höchstgewinn ev. Mark

100000 bar

Originallose à 3 Mark

empfiehlt die **Glückskollekte**

J. Rosenberg,

Berlin S., Kommandantenstr. **51**

Porto u. Liste **30 Pf. extra.**

Neue freie Volksbühne.

Ordentliche Vereins-Vorstellung

I. Abteilung:	**II. Abteilung:**
Sonntag, den **16.** November, nachm. **2½** Uhr,	**Mittwoch,** den **19.** November (Busstag), **abends 7½** Uhr,

im **Belle-Alliance-Theater:**

Von Gottes Gnaden.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von A. Fitger.

Sonntag, den 23. November (Totensonntag), abends 7 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:

Ordentl. General-Versammlung.

Nach derselben: **Recitation** und **geselliges Beisammensein.**

150/15 **Der Vorstand.**

Kleber (Tapezierer)!

Mittwoch, den 12. November 1902, abends 8½ Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die letzten Vorgänge in der Klebebranche (Klebemaschine Hönemann). Referent: Kollege **Leo Schmidt.** 2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen der Kleber und Kundenarbeiter ersucht

178/14 **Der Einberufer: Paul Hirsch.**

Möbel

gegen Cassa und Teilzahlung

in der Fabrik

H. Roggensack,

Inh.: Paul Kraatz,

N., Ruppinerstraße 5.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Centralverband der Maurer 2c.

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, 13. November, abends ½9 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Ausserordentl. Generalversammlung

aller zum Lohngebiet Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen, sowie der Sektionen der Putzer, Rabitzer und Cementierer.

Tages-Ordnung:

Diskussion über die Vorschläge zu den Wahlen zur Verbandsleitung.

NB. Zutritt haben alle in Berlin und Umgegend arbeitenden Kollegen, die sich durch das **Verbandsbuch** legitimieren können. — Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.

Zur besondren Beachtung! Am Sonntag, den 16. November, findet die Wahl der Beisitzer zum Berliner Gewerbegericht statt. Da jeder Wahlberechtigte im Besitze einer **Wahllegitimation** sein muß, so ersuchen wir die **Baudeputierten,** auf den Bauten festzustellen, wer wahlberechtigt ist und in welchem Bezirk die betreffenden Kollegen wohnen. Diese Feststellung muß erfolgen auf Grund eines **Flugblattes,** welches mit einem Wahltableau versehen ist, und am **Mittwoch- und Freitagabend** in den Verkehrslokalen zur Verbreitung ausliegt. Wir ersuchen die Baudeputierten, sich an genannten Abenden in den Besitz dieser Flugblätter sowie der notwendigen Wahllegitimationen zu setzen.

143/17 **Der Zweigvereins-Vorstand.** J. A.: **Karl Panser.**

Achtung! Achtung!

Gebr. Cranz' Festsäle

Köllnerstrasse 8. **Köllnerstrasse 8.**

Wir empfehlen den geehrten Vereinen und Gewerkschaften unsre gänzlich renovierten und hochelegant ausgestatteten **Prachtsäle** mit **neuer Theaterbühne,** 300 bis 1200 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen.

Es sind noch einige **Sonnabende** im **Januar, Februar** und **März** sowie der **Totensonntag** zu vergeben, desgleichen sind noch der **1.** und **2. Weihnachtsfeiertag** zu Matineen frei.

54832* Hochachtungsvoll **Gebr. Cranz.**

Wegen Geschäftsauflösung

Ausverkauf

unsres großen 55002*

Uhren-Engros-Lagers

zu **enorm** billigen Preisen.

Regulateure, 14 Tage, Schlagwerk, etwa 1 Mtr. lang	von **10.—**	M. an.
Freischwinger, moderne	**13.50**	„ „
Herren-Uhren, silberne	**7.50**	„ „
Damen-Uhren, silberne	**7.50**	„ „
Damen-Uhren, goldene	**14.—**	„ „
Herren-Uhren, goldene	**30.—**	„ „

Stilgerechte **Haus-Uhren** sowie jede Art Uhren in größter Auswahl bis zu den feinsten Stücken.

Hilmer & John, Berlin, Leipziger-Str. No. 66, Hof geradezu.

Warum soll man Kathreiner's Malzkaffee verwenden?

Weil er als Zusatz zum Bohnenkaffee diesen weitaus bekömmlicher macht und dem Getränk einen milden, besonders angenehmen Geschmack verleiht. Das ist tausendfach erwiesen und von allen erfahrenen Hausfrauen anerkannt. 130/18*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Grünkram-, Mehl-, Vorkost-, Holz-, Kohlengeschäft, mit Rolle, sofort billig zu verkaufen Rixdorf, Reuterstraße 56.

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zuthaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Hochvornehme Herren-Anzüge, Winterpaletots aus feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38 Mark, Beinkleider 7—10 Mark, Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, erste Etage. 353b*

Rosenberg, der billige, Golfcapes, Damenjaccos, Mädchenjacketts, spottbillige Preise. 1362R*

Rosenberg, der billige, Knabenjoppen 2,50; **Knabenpaletots** 3,50; Knabenhosen 75 Pfennig. Kottbuserdamm 93.

Rosenberg, der billige. Reste zur Konfektion, Plüsche, Krimmer, Besätze, moderne Stoffe. Spottpreise. Zuschnitt gratis. Kottbuserdamm 93.

Mädchenkleider für jedes Alter bis zu 16 Jahren. Spottpreise. Der billige Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1206R*

Krawattenstoffe, große Auswahl, Wallnertheaterstraße 30. 206b

Damenkonfektion jeder Art, Modelle und Reisemuster, spottbillig, Leipzigerstraße 112, II. 1406R*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Waldparzellen, Quadratmeter 85 Pfennige, nahe am See, sehr idyllisch, hundertjähriger Hochwald, verkauft Besitzer Pflaumbaum, Hermsdorf, Lindenstraße 15. 2389b

Kanarienhähne, tiefe Hohlroller, billig, Krause, Beusselstraße 38. †83*

Kanarienvögel verkauft Geisler, Ackerstraße 87, vorn II. †97*

Kanarienhähne in allen Preislagen verkauft Krebs, Groß-Züchterei, Köpnickerstraße 154a, 4 Treppen. †113

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Garderobenhaus August Achilles, Große Frankfurterstraße 16. 1373R*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1307R*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwartz: Nur Wallstraße!

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Steppdecken spottbillig. Fabrik, Weinstraße 20. †92*

Pianino sofort verkäuflich, Ritterstraße 120, I. 45/6*

Menzenhauerzither, Notenblätter, neu, 5,00. Strabel, Kastanien-Allee 27.

Gelegenheitskäufe: Paletots, Herren- und Knabenanzüge, Hosen, Betten, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Teschings, Musikwerke spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 355b*

Goldsachen, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47B. 1339R*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, feine Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1389R*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ¹⁄₁₆ Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 122/17*

Batschari-Cigaretten, Feilnerstraße 15. *

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †92*

Lebendes Fischfutter verkauft Maurer, Pamierstraße 13, Hof I. *

Blumenarbeiterinnen empfiehlt Paraffin 5 Pfund 2 Mark. Flora-Droguerie, Paul Lemcke, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 2692b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Papageienauswahl, Kanarienroller 5,00 an, Stieglitze, Zeisige, Buchfinken, Dompfaffen billig Oranienstraße 87.

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 47/14*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet.

Passend für Brautleute! Mahagoni Wirtschaft, fast neu, Pianino, wegen Umzug nach außerhalb verkäuflich. Abends nach 6 Uhr. Kaden, Glogauerstraße 24, III. 47/13

Betten, guter Stand, 20, rotes Daunendeckbett, 2 Kissen, 26, verkauft sofort Adalbertstraße 78, I. rechts. [372b

Säulentrumeau, geschliffen, 40 M., Straußbergerstraße 6a, I. [46/10*

Kinderwagen, eleganter, Gummiräder, vernickelt, gut erhalten, verkauft Tschanter, Friedrichsfelde, Berlinerstraße 124. †116

Destillation! Wegen rheumatischer Leiden bin ich gezwungen, mein Geschäft billig zu verkaufen. Miete 1200. Preis 2000. Zahlung nach Uebereinkunft. Zu erfragen Zeitungsspedition Bäumler, Martin Lutherstraße 51. Laden Schöneberg. †124

Bettstellen mit und ohne Matratzen verkauft Belich, Reichenbergerstraße 9, Seitenflügel II. †15

Herrenrad, Damenrad, hochelegant, spottbillig, Schönhauser Allee 177a, Rausch. 123/9

Verschiedenes.

Deutsch. Richtigsprechen, Richtigschreiben, Schönschreiben, Schreibmaschine, Aufsatz, Korrespondenz, Buchführung, Rechnen. — Französisch, Englisch, Anfängern, Vorgeschrittenen. — Weiterbildung schulentlassener Kinder. 6,00 an. Richard Liebl, Oranienstraße 144. 148b*

Zitherunterricht, schnellfördernd. Frei-Instrument. Oranienstraße 144.

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Ratererteilung. 365b*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratererteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 364b

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Putzger, Steglitzerstraße 65. 252b*

Zahnersatz-Klinik für Unbemittelte. Leiter: Willy Reinhard. Täglich geöffnet 8—9, 12—1, 7—8 abends, Sonntags 8—9 vormittags. Materialberechnung Zähne 1 Mark an, Plomben 0,75 an, elektrisches Zahnziehen 0,50. Umarbeiten, Reparaturen pro Zahn 1,00. Behandlung kostenlos. Eingang nur Wasserthorstraße 56, II. 46/18*

Clichés, Zeichnungen für Annoncen und Preislisten. Hauer, Wasserthorstraße 30. 191b*

Wer Stoff hat, fertige Anzug nach Maß von Mark 15,00. B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge und Winterpaletots mit Zuthaten 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. *

Kunststopferei von Frau Kokoschy, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleihung, Paulstraße 7, Lagerspeicher.

Fahrrad kauft Nachlaß, Schönhauser Allee 163a. 122/1*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des **Weltbundes** gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Vereinszimmer bis 60 Personen frei. Kurth, Lausitzerstraße 46. †14*

Gegen Frau Hahn am 12. Oktober gemachte Beleidigung nehme ich zurück. Frau Michaelis. †15*

Ringschiffchen, Bobbinmaschine, kleine, kauft Tauchmann, Wollinerstraße 67. Preisangabe. 380b

Vereinszimmer zu vergeben mit Pianino. Hahn, Grünstraße 4. [†15*

Anfertigung eleganter Herrengarderobe, Teilzahlung gestattet, Marcus, Holzmarktstraße zweiundsechzig. 383b

Allen Freunden und Genossen empfehle mein Bier- und Kaffeelokal. Heilbronner Rotwein à Glas 10 Pf. Heinrich Wörner, Annenstraße 26, vis-à-vis Thalia-Theater. †83

Damenkleider werden von 2,50 an gereinigt und gefärbt, Ueberzieher von 3 Mark an. K. Rottnick, Andreasstraße 78, Eisenbahnstraße 18. †15*

Nähmaschinen zahle bis 10 Mark, wer auf Teilzahlung eine Nähmaschine kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Karte erbeten. Brauser, Warschauerstraße 64. †131*

Wer Stoff hat, fertige Anzug 20 Mark, feinste Zuthaten, zwei Anproben für tadellosen Sitz, goldene Medaille, Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II (Alexanderplatz). 77/15

Vermietungen.

Zimmer.

Einfach möbliertes Zimmer sofort billig zu vermieten Werneuchenerstraße 2, Quergebäude parterre, Meyer.

Möbliertes Zimmer, Stallschreiberstraße 55, I rechts, sogleich.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, bittet um Zuwendung schriftlicher Arbeiten. Seher, Adalbertstraße 40, bei Schmidt.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser.

Stellenangebote.

Tüchtige Klempner sucht Schäfer Nachf. A.-G., Lützowstraße 107/8.

Farbigmacher sucht Goldleistenfabrik Barthels, Michaelkirchstraße 17.

Posamentier-Handarbeiterinnen im und außerm Hause verlangt Pohl, Sebastianstraße 8. 377b

Schürzennäherin, weiße, Andreasstraße 37, II. †45*

Ein tüchtiger Stahlgraveur

erhält dauernde Stellung bei [47/6*

C. G. Hallbergs

Guldsmedsaktiebolag,

Stockholm.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die **Pianofabrik** von **Ernst Koch & Co., Greifswalderstraße 153/156,** ist wegen Lohndifferenzen bis auf weiteres gesperrt.

88/5 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:

A. Schulz, Krautstr. 18/19.
Emmeluth, Dieffenbachstr. 53.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer **Ufer.**
Wegner, Stallschreiberstr. 58.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krautstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Jarius, Höchstestr. 17.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!

Wegen ständiger Ueberstundenarbeit haben die organisierten Kollegen der Möbeltischlerei von

Hahn & Metzkow, Weißensee, König-Chaussee 71,

die Arbeit eingestellt. Der Betrieb ist für die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes gesperrt. Zuzug ist also fernzuhalten. 90/16*

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Brauereiarbeiter.

Die Differenzen mit der **Brauerei Julius Bötzow,** Hoflieferant, sind beigelegt und ist die Sperre aufgehoben. 41/13

Die Agitationskommission.

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.